

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inferflons-Gebühr

Beträgt für die hochgepalmenen Kolonialzeile über deren Raum 60 Bg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Kategorie 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 20 Bg. (täglich 2 fertige Blätter), jedes weitere Blatt 10 Bg. Stellenanzeigen und Schiffsannoncen haben das erste Blatt 10 Bg., jedes weitere Blatt 5 Bg. Briefe über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Preis für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingeklagen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.60 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 11. April 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das dicke Ende.

So bewegt sich die Verhandlungen des Reichstages am Mittwoch bei der Beratung der Wehrvorlage gestaltet, so ruhig und aufregungslos verlief der erste Tag, der dem dicken Ende des Rüstungsstadiums, der Beratung der Deckungsvorlagen gewidmet war. Man hatte den Eindruck, als hätten die bürgerlichen Parteien, die am Donnerstag zu Worte kamen, sich vorher stillschweigend darüber geeinigt, sich im hellen Tageslicht der Plenarberatung gegenseitig möglichst schonend zu behandeln, um sich für die Beratungen im Kammerlicht der Kommission und im Dunkel der Kulisen von vornherein einen gewissen Boden der „Verständigung“ zu sichern.

Am offensichtlichsten und zugleich am späßigsten trat diese Tendenz in den Eingangsworten des Nationalliberalen Baasche zutage. Er stellte mit einem vorläufigen Spott in der Stimme fest, daß er trotz der langen Rede seines Vorredners, des Abg. Speck vom Zentrum, dennoch nicht genau wisse, worauf Herr Speck und seine Partei eigentlich hinauswollten. Herr Baasche zeigte aber nicht nur Verständnis für dieses Selbstunsel, indem er zugab, daß es politisch klug sei, sich nicht festzulegen, sondern er fuhr unter stürmischer Heiterkeit des Hauses fort: „... und ich will dem Vorredner in gewissem Sinne folgen“. Der konservative Graf Westarp aber als nicht minder vorsichtiger Mann sagte sich diesem Bunde als Dritter ein; er erklärte, daß er im allgemeinen auf dem gleichen Boden wie seine beiden Vorredner stehe.

Bedenken hatten natürlich alle drei Redner in Hülle und Fülle. Sie kritisierten die Vorlagen zum Teil dermaßen in Grund und Boden, daß kaum noch einige Fäden an ihnen zu räbblieben. Am schärfsten ging in dieser Beziehung der Zentrumredner vor. Das gehört zur gegenwärtigen Politik dieser Partei, deren oberstes Prinzip die Opportunität ist. Sie „macht sich stark“ — um ein schönes Wort Bethmann Hollwegs zu gebrauchen — gegen die Regierung, um einen um so höheren Kaufpreis für ihre spätere Zustimmung herauszuschlagen. Sie hat „schwere Bedenken“ gegen den einmaligen Wehrbeitrag, gegen die angebliche Beeinträchtigung der Finanzhoheit der Einzelstaaten, gegen die Vermögenswachstumssteuer, gegen die Fortdauer der Umsatzsteuer, gegen das Erbrecht des Staats. Nur gegen die Fortdauer der Zudersteuer, der einzigen Steuer, deren Aufhebung den breiten Massen unmittelbar zugute kommen würde, hat das Zentrum keine Bedenken. Mit grimmigen Worten schloß Herr Speck: bei ihnen gebe es keine hurrupatriotische Begeisterung, im Volke sei keine Begeisterung über diese Vorlagen, das Volk leide unter ungeheuren Steuerlasten. Dennoch — welches Opfer! — werde das Zentrum die Vorlage prüfen und mit den anderen bürgerlichen Parteien gemeinsam bewilligen, was notwendig sei.

Herr Bethmann Hollweg zog bei den Schlussworten des Zentrumredners sein faltreiches Gesicht in noch sorgenvollere philosophische Falten als sonst. Fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen!

So bärbeißig, wie ein Zentrumsmann sein kann, wenn er will und muß, kann ein Nationalliberaler niemals sein. Herr Baasche ging deshalb milder mit der Regierung und ihren Vorlagen um. Am Wehrbeitrag will er einiges stücken und bessern, sogar die Fäden sollen herangezogen werden. Auch für die übrigen Vorschläge hatte er Wünsche. Aber für eine Erbschaftsteuer oder Vermögenssteuer ist doch nur er und der größte Teil seiner Freunde zu haben. Das ist der Luftakt zum Unfall! Auf die Kommission setzt Herr Baasche seine ganzen Hoffnungen.

Graf Westarp war der einzige Redner, der den Vätern der Notwendigkeitsvorlage, die noch die Spuren ihrer überstürzten Herstellung überall zur Schau trägt, eine volle Schale des Lobes darreichte. Sie sei gründlich durchgearbeitet. Die Kürze der Begründung sei ihre Würze, sie enthalte mehr, als man auf den ersten Blick erkenne. Die Konservativen haben freilich allen Grund, mit der Vorlage zufrieden zu sein. Nach ihrem Diktat ist sie angefertigt. Der schnarrende Graf hätte diese Tatsache durch seine Sympathieerklärung gar nicht erst noch vor aller Welt zu erhärten brauchen. Daß er in seiner Rede, wie das bei ihm üblich ist, über die Sozialdemokratie törichte Bemerkungen machte, ist selbstverständlich. Sie werden unserem zweiten Redner willkommen Gelegenheiten geben, die Haltlosigkeit dieser Redensarten nachzuweisen.

In scharfem Kontrast zu den Reden der drei größten bürgerlichen Parteien des Hauses stand die Rede unseres Genossen Südekum, durch die die Donnerstagssitzung des Reichstages eingeleitet wurde. In einer zweistündigen, übersichtlichen und instruktiven Rede, die überall den guten Kenner des Stats und der Finanzpolitik des Deutschen Reiches erkennen ließ, rügte Südekum den Deckungsvorlagen zu Leibe. Er konnte sich darauf stützen, daß die Sozialdemokratie die Ursache dieser neuen Belastung des deutschen Volkes, die Deeresvermehrung, aus guten Gründen grundsätzlich verwirft, also auch keine Verpflichtung zur Auffindung neuer Steuern anerkennt. Wenn aber schon gegen unseren Willen neue Steuern beschlossen werden sollen, so werden wir unseren ganzen Einfluß ausüben, um es durchzusetzen, daß diese Steuern möglichst nur auf die tragfähigen Schultern der Beschäftigten gelegt werden.

In diesem Sinne ging Südekum aus von einer Darlegung der Notlage des arbeitenden Volkes. Herr Baasche kritisierte später an dieser Darlegung herum, weil sie die Wehrkraft Deutschlands im Ausland diskreditiere. Als ob es eine schlimmere Diskreditierung der Wehrhaftigkeit Deutschlands gäbe als die gegenwärtige Deeresvorlage und ihre kleineren Vorgänger!

Südekum brachte vortreffliche Argumente gegen die Deckungsvorlage im allgemeinen wie auch gegen die einzelnen Mittel und Mittelchen vor, und durch glückliche und wirksame Pointierung seiner Argumente hielt er dauernd die Aufmerksamkeit des Hauses fest. Einen besonderen Eindruck aber machte seine belustigende Aufhellung der Vaterchaft des Wehrbeitrages, des vielgerühmten Hauptstückes der Deckungsvorlagen, des harten Prüffsteins der „Opferwilligkeit“ des Volkes. Nicht der Kaiser, nicht der Kanzler, nicht der Schatzsekretär noch sonst ein Mann der Regierung oder der bürgerlichen Parteien hat den Gedanken eines solchen Wehrbeitrages zuerst ausgesprochen, sondern vor fünf Jahren bereits der — Sozialdemokrat David! Vielleicht verlieren die potenten Herrschaften nun noch rascher als zuvor die Freude an diesem Beitrag.

Im übrigen zeigt diese interessante Feststellung auf neue, daß die bürgerliche Gesellschaft, ob sie will oder nicht, immer mehr den Richtlinien folgen muß, die ihr die Sozialdemokratie vorschreibt.

Den Anfang der Donnerstagssitzung bildete ein Nachspiel zu der stürmischen Austritten am Mittwoch. Der bayerische Kavalleriegeneral, der den Zentrumsabgeordneten Haensler wegen seiner scharfen Deereskritik mehr aus Ungehörigkeit als aus bösem Willen gekränkt hatte und dabei auch über die parlamentarischen Formen gestolpert war, bedauerte in einer Erklärung sein Ungehörigkeit.

Dieser Tragikomödie war eine Komödie auf dem Präsidentenstuhle vorhergegangen. Die beiden Vizepräsidenten tritten sich um die Glocke, jeder wollte sie ergreifen, um den Reichstag einzuleiten und einzuläuten. Herr Baasche war aber eine Kassenlänge zu spät gekommen, und so behauptete Herr Dove wie ein unbengiamer Römer seine Position. Herr Kaempf sorgte nachher wieder auf eigene Verantwortung und Gefahr dafür, daß er hinter seinen Kollegen nicht zurücksteht, wenn es dem Reichstage einige heitere Minuten zu bereiten gilt.

Einladung zu einer Verständigungskonferenz.

Wir konnten gestern nur in einem Teile der Auflage mitteilen, daß nach einem uns aus Bern zugegangenen Privattelegramm eine Einladung von Mitgliedern verschiedener Parteien des schweizerischen Nationalrats zu einer deutsch-französischen Verständigungskonferenz, die am 20. April in Bern stattfinden soll, ergangen ist. Das Einladungsschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Unsere Nachbarländer Deutschland und Frankreich sind im Begriff durch verstärkte Einstellung von Rekruten und durch Verlängerung der Dienstzeit ihres stehenden Deeres bedeutend zu vergrößern. Es liegt den Unterzeichneten eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser uns betreffenden Nationen durchaus fern, aber sie beobachten die Entwidlung der Rüstungen mit schmerzlichem Interesse, weil unser Land durch zahllose wirtschaftliche und kulturelle Bande mit den beiden Völkern verknüpft ist, und sie leiten daraus das moralische Recht ab, ihre Dienste in wohlmeinender Weise anzubieten. Nicht sowohl der Inhalt, als der Zeitpunkt der Einbringung der deutschen und der französischen Wehrvorlagen ist geeignet, Reunruhigungen hervorzurufen und selbst den europäischen Frieden zu gefährden.“

Alle jene Vollsvertreter, die sich dieser Erkenntnis nicht verschließen, werden es als wichtiges und erreichbares Ziel betrachten, eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über die Rüstungsfrage herbeizuführen. Um den Mitgliedern der beiden Parlamente, die in dieser Auffassung mit uns einig gehen, Gelegenheit zu gegenseitiger Aussprache auf neutralem Boden zu geben, und um einen Weg zu dem Ziel der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu finden, erlassen die Unterzeichneten, verschiedenen Parteirichtungen angehörenden Mitglieder des schweizerischen Nationalrates die Einladung zu einer deutsch-französischen Verständigungskonferenz auf Sonntag, den 20. April, nach Bern. Die Teilnehmerliste sowie alle näheren Mitteilungen über Organisation der Konferenz werden folgen.

Alle jene Vollsvertreter, die sich dieser Erkenntnis nicht verschließen, werden es als wichtiges und erreichbares Ziel betrachten, eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über die Rüstungsfrage herbeizuführen. Um den Mitgliedern der beiden Parlamente, die in dieser Auffassung mit uns einig gehen, Gelegenheit zu gegenseitiger Aussprache auf neutralem Boden zu geben, und um einen Weg zu dem Ziel der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu finden, erlassen die Unterzeichneten, verschiedenen Parteirichtungen angehörenden Mitglieder des schweizerischen Nationalrates die Einladung zu einer deutsch-französischen Verständigungskonferenz auf Sonntag, den 20. April, nach Bern. Die Teilnehmerliste sowie alle näheren Mitteilungen über Organisation der Konferenz werden folgen.

Wie wir hören, hat auch eine Anzahl bürgerlicher Abgeordneter in Frankreich wie in Deutschland ihre Teilnahme an der Konferenz zugesagt.

Die Träger der Milliardensteuer.

Die konservativen Parteien wollen, das tritt mit jedem Tage deutlicher hervor, aus dem „Milliardenopfer“ für sich politisches Kapital schlagen. Nachdem sie durch Ablehnung der Erbschaftsteuer von 1909 ihre Steuerfurcht vor aller Welt Augen so manifestiert haben, glauben sie durch

diese einmalige Vermögensabgabe ihr Ansehen herstellen zu können, um später das Volk um so mehr zu schröpfen.

Bei näherem Zusehen erweist sich aber, daß es keineswegs die Großgrundbesitzer sind, die die Vermögenssteuer aufbringen werden. Da auch diese Reichsvermögenssteuer nach dem Muster der preussischen Vermögenssteuer erhoben wird, so können wir leicht feststellen, welche Bevölkerungsschichten durch sie am schwersten getroffen werden. Die preussische Vermögenssteuer wird bekanntlich, abgesehen von den Zuschlägen, mit 1/2 pro Mille erhoben. Sie ergab für 1911 auf einzelne Einkommensgruppen verteilt:

Einkommensgruppe	überhaupt	in den ländlichen Gebieten	
		Städten	Gemeinden
900 M. und weniger	0,84	0,21	0,12
über 900 bis 3000	12,07	4,58	7,49
3 000 „ 6 500	8,27	5,14	3,14
6 500 „ 9 500	3,82	2,68	0,93
9 500 „ 30 500	9,83	7,70	2,13
30 500 „ 100 000	7,67	5,80	1,87
über 100 000	8,70	6,29	2,42
Zusammen	50,51	32,41	18,10

Daraus ergibt sich, daß in den ländlichen Gebieten die Jensten mit einem Einkommen bis 3000 Mark fast die Hälfte des gesamten auf das platte Land entfallenden Anteils der Vermögenssteuer aufbringen. Rednet man auch die reichen Bauern hinzu, die ein Einkommen bis 6500 Mark aufweisen, so stellt sich die von ihnen zusammen mit den beiden ersteren Gruppen aufgebrauchte Steuer auf 10,75 Millionen Mark, während die „Millionenbauern“, die ein Einkommen von über 100 000 Mark haben, bloß 2,42 Millionen an Steuern aufbringen.

Erhöht man die angegebenen Zahlen um das Zehnfache, so erhält man annähernd die Summen, die die einzelnen Schichten an Reichsvermögenssteuer aufzubringen haben. Die ersten drei Einkommensgruppen werden circa 107,5 Millionen, die letzten drei Gruppen bloß 64,2 Millionen zu zahlen haben.

Betrachten wir die Verteilung der preussischen Ergänzungssteuer nach den einzelnen Vermögensgruppen, so erhalten wir folgendes: Es stellte sich der Steuerertrag in Millionen Mark:

Vermögensgruppe	überhaupt	in den Städten	auf dem Lande
6 000 bis 20 000	4,55	1,89	2,67
20 000 „ 32 000	3,18	1,42	1,76
32 000 „ 52 000	4,66	2,27	2,39
52 000 „ 100 000	6,38	3,62	2,71
100 000 „ 200 000	6,18	4,32	1,86
200 000 „ 500 000	7,32	5,65	1,66
500 000 „ 1 000 000	4,91	3,84	1,07
1 000 000 „ 2 000 000	4,23	3,17	1,06
über 2 000 000	9,13	6,23	2,90

Die Jensten mit über einer Million Vermögen auf dem Lande, also die Latifundienbesitzer und Kohlenbarone usw., bringen noch nicht vier Millionen an Vermögenssteuer auf; die ersten zwei Vermögensgruppen, also Bauern mit einem Landbesitz von 5—20 Hektar, zahlen dagegen insgesamt 4,43 Millionen an Vermögenssteuern. . . . Und diese Bauern werden jetzt an Reichsvermögenssteuer ganze 44,3 Millionen zahlen müssen. Da in Preußen solcher Jensten im ganzen etwas über 700 000 waren, so werden sie durchschnittlich 63 Mill. Mark aufzubringen haben, was keine geringe Last ist.

Der mittlere ländliche Besitz mit einem Vermögen von 32 000 bis 100 000 M. zahlt an preussischer Ergänzungssteuer 5,1 Millionen, zusammen mit den beiden ersten Vermögensklassen 9,5 Millionen oder mehr als die Hälfte der auf dem Lande aufzubringenden Vermögenssteuer. Folglich sind es nicht die Großgrundbesitzer, die die Vermögenssteuer aufbringen und sie werden auch nicht sich an „baterländischen Opfer“ am meisten beteiligen. Denn, wenn schon in Preußen mit seinem vorwiegenden Großgrundbesitz der Bauernstand mehr als die Hälfte der Steuer aufbringen muß, um so mehr in den anderen Bundesstaaten, wo der bäuerliche Besitz verbreiteter ist.

Nur eine progressive Steuer kann das große Vermögen wirklich stärker belasten. Die diese gestaltet sein darf, läßt sich folgendermaßen berechnen. Wir haben gesehen, wieviel die einzelnen Vermögensgruppen bei 1/2 Promille an Steuer aufbringen. Nehmen wir aber einen progressiven Satz von 1 Promille bis 1,2 Prozent, dann erhalten wir (wenn wir die preussischen Sätze zum Grunde legen, obwohl bei der Vermögensabgabe die erste Gruppe steuerfrei bleiben sollte) folgende Zahlen:

Vermögensgruppe	pro Mille	Steuerertrag in Millionen Mark		
		überhaupt	Stadt Land	
6 000 bis 20 000	1	9,10	3,78	5,32
20 000 „ 32 000	2	12,72	5,68	7,04
32 000 „ 52 000	3	27,96	13,62	14,34
52 000 „ 100 000	4	50,64	25,96	24,68
100 000 „ 200 000	5	61,80	43,20	18,60
200 000 „ 500 000	6	87,84	67,80	20,04
500 000 „ 1 000 000	10	98,20	76,80	21,40
1 000 000 „ 2 000 000	11	98,00	69,74	28,26
über 2 000 000	12	219,12	149,54	69,58
Zusammen		690,44	459,12	231,32

Auch bei einer solchen Progression würde das platte Land weniger als ein Drittel an Steuern aufbringen. Die ersten

Vermögensgruppen der ländlichen Zensiten müssen im ganzen 12,36 statt 9,4 Millionen zählen; dafür hatten aber die „Millionenbauern“ 92,9 Millionen statt 29,6 Millionen zu entrichten.

Der Gesamttrag stellt sich auf 660 Millionen. Für das Reich ergibt sich ein Ertrag von 1100 Millionen. Würden aber auch die Fürsten zur Tragung der Steuer herangezogen, die Veranlagung genauer vorgenommen und noch etwa die Aktiengesellschaften besteuert werden, so würde man mit einem Gesamttrage von rund 1300—1500 Millionen rechnen.

Man sieht, wie das „Opfer“ wirklich sein magte, um den reichen Klassen einigermaßen das Recht zu geben, von ihrer „Opferfreudigkeit“ zu sprechen. Wie aber die neueste „Finanzreform“ in Wirklichkeit aussieht, ist sie nicht als eine neue Belastung des Mittelstandes und speziell der Bauern.

Gegen die Forderungen des Militarismus.

Das Zentrum gegen seinen Militärsachverständigen.

Dass das Zentrum doch nicht so klug ist, wie seine Gegner gemeinhin annehmen, beweist seine Stellungnahme zu der Rede des Generals Haessler. Herr Haessler übte an der Wehrvorlage eine Kritik, an der die Sozialdemokratie vielfach ihre helle Freude haben konnte. Dass diese Kritik nicht den Anschauungen der Zentrumsfaktion entspricht, dass sich vor allen Dingen das Zentrum bei seiner Abmahnung über die Wehrvorlage durch diese Kritik in keiner Weise behindern lassen würde, verstand sich ganz von selbst. Aber ebenso selbstverständlich war es auch für jeden Kenner der Zentrumspolitik, dass die Absicht der Zustimmung zu der Regierungsvorlage dem Zentrum nicht von vornherein einen Maulkorb anlegte, und seine für die Masse der Wähler draußen im Lande bestimmte Kritik unterbinden konnte. Insofern war es durchaus begründet, dass am Mittwochabend die „National-Zeitung“ zwar konstatierte, dass sich die Parteifreunde des Generals Haessler während seiner Rede in „eisiges Schweigen“ gehüllt hätten, dass sie aber dann fortfuhr:

„Aber innerlich freuen sich die Herren des Zentrums doch, denn ihr General wahrte der Partei das demokratische, vollständige Gesicht, und um nichts auf der Welt möchte sie diesen Bekämpfer der Heeresvorlage missen.“

Die von dem General Haessler repräsentierte „demokratische“ Tonart ist freilich diesmal so rücksichtslos eindeutig ausgefallen, dass das Zentrum bei der Regierung und seinen Freunden von der rechten wohl Mißverständnisse befürchtete, wenn es sich nicht schleunigst gegen eine Mitverantwortlichkeit verwehrte. Die „Germania“ unternahm es daher, den Herr Haessler schleunigst von den Rücksichten des Zentrums abzuschildern:

Herr Haessler hat als General zweifellos ein großes Sachverständnis für militärische Dinge, und vieles von dem, was er sagte, war gerichtsferdig, aber in manchem sah er doch weit über das Ziel hinaus. Seine Ausführungen bedekten sich in vielen Punkten nicht mit der Auffassung der Fraktion, und es wäre besser gewesen, wenn sich Herr Haessler seine Ausführungen für die Kommission, die der geeignete Ort für die Vorbringung einer in einzelne gehenden Kritik ist, vorbehalten hätte. Der ihm ausschließlich von der Linken zu teil gewordene Beifall wird dem Herrn Abgeordneten zweifellos gezeugt haben, daß er in manchem einen Mißgriff getan hat. Die Linke zeigte sich maßlos erfreut über die feindliche Meinungsverschiedenheit im Zentrum. Aber die Herren täuschen sich. Das Zentrum kennt keinen Fraktionszwang, und jedem seiner Mitglieder steht die volle Redefreiheit zu. Wenn Herr Haessler davon Gebrauch gemacht hat, war das sein gutes Recht, aber die Art, wie es geschah, läßt sich nur — wie bebauern, das sagen zu müssen — aus einer Verkennung der gegenwärtigen politischen Situation erklären.

Danach hat die „National-Zeitung“ diesmal die Gerissenheit des Zentrums in der Tat überhäuft. Aus Sorge, es mit der Regierung oder mit der Rechten verderben zu können, hat das Zentrum den einzigen seiner Redner, der wirklich Sachkunde und demokratisches Bewußtsein besitzt, brüsk verleugnet. Um so näher liegender wird es sein, daß die ehrlichen Gegner des Rüstungswahns die Argumente des Zentrumsgenerals benutzen, um die selbst vom bürgerlichen Standpunkt so überaus fadenscheinige militärische Begründung der Wehrvorlage zu beleuchten.

Die Interessenten rühren sich.

Das Lokalblatt für Tempelhof bei Berlin bringt unter dem 7. April folgende Bekanntmachung:

Pferdebedarf.

Da der Pferdebedarf für die neuen Wehrvorlagen ein sehr großer sein wird, fordern wir alle Pferdebesitzer auf, ihr volkswirtschaftliches (4—5jährig) Pferdmaterial bis zum Herbst nicht zu verkaufen, um es dann der Heeresverwaltung zur Verfügung stellen zu können.

Der Bedarf wird auf 40 000 Pferde geschätzt, von denen 30 000 Stück für die Feldartillerie nötig sein werden.

Landwirtschaftsamt für die Provinz Brandenburg.

Noch ehe die Heeresvorlage angenommen worden ist, sind die Agrarier schon drauf und dran, aus dem militaristischen Milliardenregen herauszuholen, was nur herauszuholen geht. Denn die Warnung vor dem Verkauf von Pferden erfolgt nicht aus patriotischer Sympathie für das Heer, sondern weil die Herren Agrarier ganz genau wissen, daß der Fiskus bei seinem Kassenbedarf an Pferden tüchtig geschöpft werden kann. Die Militärbehörde wird dabei für ihr schweres Geld einen großen Teil minderwertigen Pferdmaterials in den Kauf nehmen müssen, das sowohl vor dem Geschütz wie in der Schwadron sehr bald abgemagt sein wird. Der vermehrte Abgang dieser Pferde muß dann später durch vermehrte Remonteneinstellung ausgeglichen werden. So werden die Steuerzahler auf Jahre hinaus die Leidtragenden sein, und die agrarischen Pferdezüchter können sich ins Häuschen lachen.

Kundgebungen gegen die Wehrvorlage.

Gegen den Rüstungswahn und gegen die preussische Wahlrechts-schwach protestierten in Adl und Vororten fünf außerordentlich stark besuchte Volksversammlungen. In der überall einstimmig angenommenen Resolution wird gegen die neuen Militärforderungen als eine neue Verschärfung der chronischen Kriegesgefahr und ein Hindernis auf dem Kulturfortschritt und die Wohlfahrt der Völker protestiert. Weiter sprachen die Versammlungen ihre Empörung darüber aus, daß trotz der neuen ungeheuren Opfer, die dem Volke zugemutet werden, eine Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechts immer noch verweigert wird.

Protest gegen die neue Heeresvorlage erhob die sozialdemokratische Arbeiterschaft von Chemnitz in 6 großen Volksversammlungen, die am Dienstagabend in verschiedenen Teilen der Stadt in großen Sälen abgehalten wurden. Sie waren sämtlich ungemein zahlreich besucht. Es sprachen die Genossen Kozle, Göhre, Orens, Hinkel, Heßler und Ströden. Der Entschluß der ebenfalls aufgenommenen Delegation war niedergelegt in einer Resolution, die in sämtlichen Versammlungen einstimmig Annahme fand.

In Nürnberg wurden drei imposante Demonstrationen abgehalten. — Protestversammlungen fanden auch statt in Lübeck und Olfen.

Auf dem Wege zur Lösung.

Wien, 10. April. Die Blätter erfahren von untrübsamer Stelle zu den beruhigendsten Nachrichten, wonach König Nikola für seinen Verzicht auf Skutari durch territoriale und finanzielle Zugeständnisse entschädigt werden solle, daß das Kongert der Großmächte sich mit dieser Angelegenheit noch nicht befassen habe. Andererseits sei es wohl möglich, daß einzelne Mächte unter einander bereits Besprechungen darüber gepflogen hätten. Jedenfalls sei es aber ganz ausgeschlossen, daß Montenegro eine territoriale Entschädigung auf Kosten Albanien erhalten werde, dessen Grenzen im Norden und Nordosten bereits endgültig festgesetzt seien.

Das einzige Europa.

London, 10. April. Die „Times“ betonen die Einigkeit des europäischen Kongerts. Die Reden Sir Edward Grey und des deutschen Reichskanzlers hätten in allen Kreisen eine ausgezeichnete Wirkung gehabt. Sie hätten in Verbindung mit der offenen und loyalen Haltung der russischen Regierung auch in Oesterreich alle plausiblen Gründe für einen Zweifel an der Haltung der Mächte beseitigt. Alle Kreise in der Doppelmonarchie dürften jetzt sicher sein, daß Europa darauf halten werde, daß seine Beschlüsse respektiert würden. Die „Times“ betonen, daß Europa auch in der Befestigung des Konfliktes zwischen Bulgarien und Rumänien Rußland zu Dank verpflichtet sei. Das Blatt schließt mit einer Mahnung an die verbündeten Balkanstaaten, daß es die beste Politik für sie sein werde, sich den guten Willen Europas zu sichern, indem sie sich einem Frieden auf der Grundlage, die Europa ihnen empfiehlt, geneigt erweisen.

Die Kriegentschädigung.

Konstantinopel, 9. April. Alle türkischen Blätter weisen den Gedanken einer Kriegentschädigung zurück und bestehen darauf, daß die Balkanverbündeten eine Quote der türkischen Staatsschuld übernehmen.

Panlawiten-Halluzinationen.

Die fast alleseitige Zurückweisung des Schlagwortes vom Kampf zwischen Germanentum und Slaventum hat Herrn v. Bethmann Hollweg veranlaßt, seine diesbezüglichen Bemerkungen im Reichstage zu erläutern. Er habe, so erklärte er, lediglich von den panlawitischen Strömungen gesprochen, die keineswegs mit der slavischen Rasse verwechselt werden dürfen. Ist es auch anzuerkennen, daß der Reichskanzler den Mut zu einer teilweisen Selbstwiderlegung gefunden hat, so ändert das an dem unglücklichen Verlegenheitsargument nur sehr wenig, das Herr v. Bethmann Hollweg zur Begründung der Heeresvorlagen herangezogen hat. Denn, wenn seine Worte einen Sinn haben sollen, so beruht ja seine Argumentation — auch nach der „Rechtstellung“ — erstens darauf, daß auf dem Balkan eine militärisch-politische Verschiebung zugunsten des Germanentums stattgefunden hat, und zweitens darauf, daß der Sieg der Balkanlawen eine Verstärkung der panlawitischen Strömungen wachgerufen habe, gegen die Deutschland ausrücken müsse. Schränkt man also die Bemerkungen des Reichskanzlers auch dahin ein, daß die Slawen Oesterreichs nicht gemeint sein sollen, so bleibt doch der grundlegende Hinweis auf die Erstarkung des russischen Panlawismus, der in Verbindung mit den Veränderungen auf dem Balkan eine Verstärkung der deutschen Landmacht erfordert.

In diesem Zusammenhang gesehen, bedeutet der Hinweis auf den Panlawismus, trotz der sorgfältigen Versicherungen des Reichskanzlers, daß es „einen realen Interessengegenatz zwischen uns und Rußland nicht gibt“, eine offene Anklage gegen die Elemente in Rußland, die gestützt auf ihre Verbindungen am Hofe und in der Bureaucratie die offizielle Politik in die Bahnen der traditionellen Eroberungspolitik auf dem Balkan drängen möchten. Steht nun etwa das gesamte Slaventum in Rußland hinter diesen Elementen? Keineswegs. Abgesehen davon, daß der Gegensatz zwischen den geknechteten Völkern und Kleinrenten und den herrschenden Großrenten einen tiefen Riß in dem Gebäude des Panlawismus darstellt, bilden die panlawitischen Elemente in Rußland nur eine veridwinkelt kleine Schicht, die nur soweit politischen Resonanzboden findet, als sie sich direkt oder indirekt in den Dienst des chauvinistischen Kurzes im Innern und der Expansion nach außen hin stellt. Entsteht auch hieraus mitunter eine gewisse Spannung zwischen den Trägern des nationalistischen Regierungskurses im Innern und den Vertretern der offiziellen auswärtigen Politik, die mit der jeweiligen Konjunktur rechnen müssen, so endet diese Spannung in der Regel mit einem leichten Sieg der offiziellen Politiker über die uderantwortlichen Schreiber und Heher. Aus solchen Spannungen, mögen sie in noch so heftigen Formen austreten, tiefgehende Gegensätze zu konstruieren, bedeutet nichts anderes, als der russischen Expansion die Wege zu ebnet.

Betrachten wir nun diese Frage in Verbindung mit dem Balkankrieg und der jüngsten panlawitischen Welle in Rußland. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Siege der Slawen über die Türken bei den nationalistischen Elementen des Adels und des Bürgertums in Rußland — die Arbeiterklasse blieb von dieser Injektion völlig unberührt — eine Steigerung des Chauvinismus hervorgerufen hat. Realpolitische Wirkungen hat aber diese panlawitische Welle nicht nach sich gezogen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie — wie Otto Soergel sehr eingehend in einem Artikel in der „Kreuz-Zeitung“ (Nr. 163 vom 9. April) ausführt — völlig in der Luft hängt. Von jenem Orientprogramm Peters, Katharinas II. und Alexanders I. — schreibt er — ist Stück für Stück im Krimkrieg, im Kriege 1877/78 und in dem jetzigen Kriege verloren gegangen, so daß es heute nur noch Traum und Stimmung ist, aber kein realpolitischer Faktor mehr. Daß sich Bulgarien und noch mehr Serbien und Montenegro die Unterstützung, die aus der Gemeinsamkeit von Rasse und Konfession kommt, gefallen lassen, ist selbstverständlich, und ihnen wird es gleichgültig sein, wenn es darüber zum Kriege kommt. Aber etwas Reales für Rußland und im Sinne des alten Panlawismus kommt aus einem solchen Kriege nicht heraus. Schon deshalb nicht, weil die Mittel und die Unterstützung, durch die diese immer selbständiger gewordenen Balkanstaaten nun ihre Konsolidierung anstreben und abschließen werden, doch aus Mitteleuropa kommen müssen. Diese wird man sich auf dem Balkan deshalb gern gefallen lassen, weil sie von jeglicher politischer Bevormundung oder gar territorialen Machtansprüchen gänzlich frei geboten werden, während gerade das panlawitische Programm, wenn es überhaupt real durchgedacht wird, die mühsam erlangte Unabhängigkeit der Balkanlawen wieder bedroht.“ Der letzte Hinweis des konservativen Schrift-

stellers ist um so interessanter, als er sich mit der sozialdemokratischen Kritik völlig deckt, und die Phantazereien der bürgerlichen Presse über das Entstehen einer „slawischen Großmacht“ am Balkan unter russischer Hegemonie in das Reich der Fabel verweist. Der genannte Autor zieht nur die Konsequenz aus seinen Ausführungen, wenn er weiter erklärt: „Deshalb ist es nicht so ipso ein Nachteil für uns, daß die Stelle der europäischen Türkei nunmehr zum Teil von slawischen Staaten besetzt ist, deren richtig erkannte Interessen diese vielmehr auf Oesterreich und Deutschland als auf Rußland weisen.“ Wenn — fügen wir hinzu — Deutschland und Oesterreich diese Tatsachen richtig einschätzen und die Balkanstaaten nicht durch eine verkehrte Politik in die Arme des Panlawismus treiben.

Die russische Sozialdemokratie gegen die Panlawiten.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Die frivole Kriegsbege der panlawitischen Schreiber, die in den letzten Tagen ihre Agitation auf die Straßen übertragen hatten, ist naturgemäß auf den heftigsten Widerstand der Sozialdemokratie, die ungeachtet der schwierigsten Bedingungen ihre Aufgabe als friedenerhaltender Teil der sozialistischen Internationale erfüllt. Seit sie schon seit Beginn des Balkankrieges ihr Möglichstes getan, um der kriegerischen Bege der Nationalisten, der Slavophilen Agitation der Liberalen entgegenzutreten, so bietet sie jetzt alle ihre Kräfte auf, um den chauvinistischen Ausschreitungen der panlawitischen Schreiber den klaren, unzweideutigen Willen der Arbeiterklasse entgegenzusetzen. Eben weil die Panlawiten, ihrer Schwäche bewußt, schließlich an die „Straße“ appelliert haben, und ihre Agitation aus den dumpfen Räumen der slawischen Gesellschaften und der Staatsduma hinaustragen, gewinnt die Stellungnahme der Sozialdemokratie als der anerkannten Vertreterin der — politisch entrechteten — werktätigen Bevölkerung eine weittragende Bedeutung. Im hellen Tageslichte der öffentlichen Manifestationen gewinnt der Gegensatz zwischen den patriotischen Kriegshechern und den friedenerhaltenden „Anstößlern“ natürlich ein ganz anderes Gesicht, als in den Körperlichkeiten, in denen sich der Wille des Volkes nur selten Geltung verschafft. Der Unterschied zwischen den behöschlich gehudelten und gesforderten Manifestationen der „patriotischen“ Panlawiten und den bisher stets mit Waffenmacht auseinandergesprengten Demonstrationen der revolutionären Bevölkerungslagen ist denn auch so gewaltig, daß sich selbst das slawenfreundliche Radettenblatt „Kjeisch“ nach der letzten großen Manifestation der Panlawiten am 6. April zu dem Geständnis gezwungen sieht, daß die Demonstrationen der „linken“ Elemente unter denselben Bedingungen nicht gehntausend, sondern wohl hunderttausend Teilnehmer zählen würden!

Die Auseinandersetzungen über diese Manifestationen in der Duma holen für unsere Genossen eine gute Gelegenheit, den Standpunkt der Sozialdemokratie diesen Fragen gegenüber zur Geltung zu bringen. Bei der Erörterung der von den Nationalisten eingebrachten Interpellation über die polizeilichen Ausföhrungen bei der ersten panlawitischen Kundgebung unterstrichen die Redner unserer Fraktion das zweifache Maß, mit dem die patriotischen und die sozialistischen Kundgebungen gemessen werden. Zu den panlawitischen Kundgebungen selbst äußerte sich unser Genosse Burjanow: „Sie wissen — sprach er — daß wir Sozialdemokraten, wie die Arbeiterklasse, die uns in die Duma entsandt hat, Ihren Manifestationen feindlich gegenüberstehen, da sie mit der Bewegung der Volksmassen und des gesamten internationalen Proletariats im Widerspruch stehen. Die russische Arbeiterklasse ist der Ansicht, daß der Balkankrieg kein Volkskrieg ist. Sie betrachtet ihn vor allem, im Widerspruch zu Ihnen, nicht als Befreiungskrieg der Balkanvölker. Die Befreiung dieser Völkerschaften kann vielmehr nur durch das Bündnis aller Balkanvölker auf demokratischer Grundlage erzielt werden, und nur ein solches Bündnis besitzt den sozialistischen Zweck, den Sie bei Ihren Demonstrationen angeblich im Auge haben. . . . In dem letzten kritischen Augenblick, in dem die kriegerischen Nationalisten aller Länder Rußland wiederum in die Verwickelungen am Balkan hineingehen wollen, erheben die russischen Arbeiter ebenso wie bisher Protest gegen den Krieg, den weder sie, noch die russischen Bauern haben wollen. . . . Davon ausgehend, sind wir entschlossene Gegner der jüngsten Manifestationen und führen einen unersöhnlichen Kampf gegen Ihre verbrecherische Kriegsbege.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. April 1913.

Preussische Kultur.

Bezeichnend für die Kulturzustände des größten deutschen Bundesstaates sind die am Donnerstag im Abgeordnetenhaus gepflogenen Debatten über das wichtigste Kapitel des Kulturbetriebs, das Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen“. Schon äußerlich ist es geradezu ein Skandal, daß die Vertreter der Wehrheitsparteien, nach dem sie ihr reaktionäres Sprüchlein hergesagt und die dreifachen Angriffe auf die Volksschullehrer gerichtet hatten, durch die bekannte Wortabsteuermethode die Redner der Linken, darunter auch Abgeordnete, die im Privatberuf dem Lehrerstande angehören, einfach mundtot machten.

Kauffallend war die Rede des Oberschulmachers Freiherrn v. Sedlitz, der plötzlich sein liberales Herz entdeckt hatte, für die Vermittlung der Schulaufsicht und für eine bessere Lehrerbefolgung eintrat. Dieser Wandel in seinen Anschauungen hatte sich so plötzlich vollzogen, daß sogar der Kultusminister seine Ausführungen, wenn auch verblümt, als Wahlrede bezeichnete.

Nachdem Abg. Ernst (Sp.) die konservativen Angriffe auf den Deutschen Lehrerverein zurückgewiesen und die haarsträubenden Schulzustände in den Ostmarken geahndet hatte, erwachsen der Unterrichtsverwaltung in den Provinzen des Polen v. Trampczynski und unseres Genossen Borzard zwei unangenehme Kritiker. Ersterer verurteilte in scharfen Worten die Art, wie den polnischen Kindern gewaltsam die deutsche Sprache beigebracht wird, und wies schäfflich nach, daß die Schule in den polnischen Landesteilen politische Ziele verfolge; letzterer gab eine Schilderung der trostlosen Schulverhältnisse in Preußen, wo trotz aller Ableugungsversuche Lehrermangel und überfüllte Schulklassen an der Tagesordnung sind. Aufsicht auf Beförderung ist freilich nur in sehr geringem Maße vorhanden. Wie sollte es auch anders sein angesichts der Tatsache, daß dem Zentrum, der Abg. Kestner durch Zwischenrufe belandete, die ein-klassige Schule als Ideal vor Augen schwebt. Mit guten Gründen bewies Borzard, wie leicht es möglich wäre, bei richtigem Verständnis das von den Gegnern verspottete Schulideal der Sozialdemokraten durchzuführen.

Der Minister fand weder auf die Anklagen des polnischen, noch auf die des sozialdemokratischen Redners ein Wort der Erwiderung. Was soll er sich auch in geistige Anstößen stürzen? Weiß er doch, daß er die Mehrheit dieser „Volksvertretung“ stets auf seiner Seite hat!

Am Freitag will sich das Haus über die Jugendpflege unterhalten.

Das fehlt noch!

Zu einer Betrachtung der „Post“ über die Behandlung der Militärverurteilung im Reichstage finden sich die folgenden Sätze:

„Im allgemeinen ist es durchaus mit Freude zu begrüßen, wenn recht viele unserer Generale ins Parlament einziehen, um dort ihre militärische Sachkenntnis in den Dienst der nationalen Aufgaben zu stellen. So würde es zweifellos eine Bereicherung unseres parlamentarischen Lebens bedeuten, wenn z. B. General v. Bernhardt, Generalleutnant v. Brodow oder Generalmajor Reim das hohe Amt am Königsplatz als erwählte Vertreter des deutschen Volkes betreten würden und der Regierung manche wertvolle Anregung aus dem Schatze ihres militärischen Wissens und Könnens gäben. Gätte der Reichstag von jeher mehr Generale zu seinen Mitgliedern gezählt, so wäre vielleicht manche unzulässige Heeresverurteilung vermieden worden.“

Vor diesem Schicksal möge der Reichstag im Interesse der Steuerzahler bewahrt bleiben. Das Parlament darf kein Votum werden, auf dem talentvolle Generale, auf deren fernere Dienste in der Armee verzichtet wurde, sich ausbilden können. Um den Reichsverbandler v. Brodow oder gar den Wahlmacher des Fürsten Bülow, General Reim in den Reichstag zu bringen, müßten die Konföderativen schon ihre sichersten Kreise in Stellung zur Verfügung stellen. Forderungen zu stellen, ist Sache der Regierung, Aufgabe des Reichstages aber ist es, diese Forderungen in Einklang zu bringen mit den Interessen des Volkes. Die Prozentpatrioten jedoch, die sich das kostspielige Vergnügen leisten, die „Post“ auszuhalten, möchten den Reichstag in eine militärische Kammer umgewandelt sehen.

Der antibachemittische Erzbischof.

Am Mittwoch ist in Köln der Nachfolger des Kardinals Fischer, der bisherige Bischof von Münster, Dr. Felix v. Hartmann, „intronisiert“ worden. Das geschah mit dem üblichen Straßengebränge und den pomphaften Feierlichkeiten im Dom, aber auch mit den obligaten Straßensperrungen. Die Straße gehört dem Verkehr — wenn es sich um Wahlrechtsänderungen handelt! Uebrigens aber war die Anteilnahme der Einwohnerschaft weniger zahlreich als bei den Vorgängern des neuen Kirchenfürsten. Die Zeiten und die Menschen sind ernster geworden. Sineu aber kann, daß der neue Erzbischof in Köln nur geringen Sympathien begegnet. Herr v. Hartmann ist dem Kölner Retrovolutantentum außerordentlich verbunden. Der bisherige Weibischof Dr. Müller sollte Kardinal Fischers Nachfolger werden; aber Dr. Müller ist bachemittfreundlich, und deshalb hat Rom befohlen, daß Felix v. Hartmann zu wählen sei. Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb auf Grund besonderer Informationen nach der Erzbischofswahl, bei der Proklamierung des Herrn v. Hartmann sei eine „eiserne Kälte“ vorhanden gewesen; ein Knirschen ging durch die Reihen des Klerus; mit Murren, offenen Widerreden empfing das Volk die Nachricht; man hatte den Eindruck, daß Köln sich einer schweren Niederlage bewußt war.“

Mit „Köln“ meint das Blatt die Kölner Richtung im Zentrum, deren Kandidat der Weibischof war. Und in der Tat haben die „Kölner“ in Herrn v. Hartmann einen ihrer unveröhnlichsten Widersacher, einen Mann derer scharfsten Modernistenfeinde, einen Mann derer um Koer und Oppersdorf, auf die Nase gesetzt bekommen. Herr Trimborn gelobte bei dem Empfange dem neuen Erzbischof „das volle Maß des Gehorsams“, den in dem lebendigen Organismus der Kirche die Glieder den Häuptern und Vorgesetzten schuldig sind.“ Dennoch werden die Bachemittler und M. Glöckner unter dem neuen Gebieter tun, was sie im Interesse ihrer politischen Herrschaft für geboten halten. Ohne Zweifel wird Herr v. Hartmann seinen bachemittlichen Instinkten nicht rücksichtslos die Zügel schießen lassen; aber auf Wohlwollen werden die Herren von der herrschenden Zentrumsrichtung bei ihm nicht zu rechnen haben. Man wird gegenseitig miteinander auszukommen suchen, bis die vorhandenen Gegensätze eines Tages doch aufeinander schlagen werden.

Krieg und Standrecht.

In Chemnitz erscheint eine „Einkäufer-Zeitung“, Fachblatt für die Textil- und Bekleidungsbranche, das dem löblichen Zwecke dient, die Verbindung zwischen der Industrie und den ausländischen Einkäufern zu erleichtern. Daneben macht das Blatt auch in blödsinniger Scharfmacherei. Aus dem Bericht über die Konjunktur ergibt sich, daß die einzelnen Textilbranchen mit Aufträgen geradezu überhäuft sind; die dadurch geschaffene Möglichkeit, höhere Preise zu fordern, wird von den Unternehmern voll ausgenutzt. Weil aber auch die Arbeiter aus dieser günstigen Konjunktur Vorteil ziehen wollen, verweigert sich das Blatt zu folgender Ausruf:

„Ja, wenn die Arbeiter dabei nur ihre Lohnverhältnisse verbessern wollten in einer der Marktlage entsprechenden Ausdehnung, hätte niemand etwas dagegen einzuwenden. Es handelt sich jetzt aber immer um Nachfragen der sozialdemokratischen Parteileitung, ganz gleichgültig, ob ein ausbrechender Streik den Arbeitern auch wirklich Nutzen oder nur unlagbaren Schaden bringen kann. Hier kann nur die Regierung einmal Aenderung schaffen, und am schnellsten würde ein Krieg die Lage ändern. Mit der Mobilmachung tritt das Standrecht in Kraft und allen Gegnern und Scharfzüglern wäre mit einem Male der Mund geklopft. Hinterher liegen sich auch die Belege leicht so verschärfen, daß mit dem Humanitätsdusel bei uns auf einmal ausgeräumt wäre.“

Zu dieser Unverschämtheit haben sich noch nicht einmal die anerkannten Scharfmachergänge aufgeschwungen.

Gehaltszulage von 350 000 M.

Der König von Württemberg kommt mit seiner jetzigen Zivilliste nicht mehr aus. Diese beträgt nach kürzlichem Staatshaushalt für 1912 ausschließlich der Appanagen von 73 874 M. zusammen 2 140 418 M. Nunmehr ist den württembergischen Ständen (Ersten Kammer) ein Gehaltsaufschlag zugewandt, nach dem die Zivilliste um 350 000 M. jährlich erhöht wird. Die Vorlage wird mit der Steigerung der Gehälter der königlichen Beamten begründet. In den Fraktionen des Landtages sind bereits in den letzten Tagen vertrauliche Verhandlungen über die Erledigung der Frage gepflogen worden. Also wird die Gehaltssteigerung sehr glatt durchgehen.

Gefinnungsschnüffelei gegen Ausländer.

Die jüngst berichtet, ist in Nürnberg Gemeindefolgeium von einem Sozialdemokraten nachgewiesen worden, daß in Akten von Ausländern, die um die Staatsangehörigkeit nachsuchen, der eingestempelte Vermerk enthalten ist: „Hat sich in der politischen Bewegung nicht bemerkbar gemacht.“ Daraus ist zu schließen, daß bei solchen Gelegenheiten über die politische Gefinnung der Bewirbter Erhebungen angestellt werden. Da im Landtage vom Minister verneint wurde, daß solche Nachforschungen von der Regierung angeordnet seien, blieb nur die Annahme, daß der freisinnige Nürnberger Magistrat diese Schnüffelei aus Eigenem betreibt. Nun stellt die „Schwab. Volkszeitung“ fest, daß auch in Augsburg ein ähnliches Verfahren eingeschlagen wird, und zwar geschieht die

Nachforschungen durch Schulleute, die in den Wohnungen der Betroffenen erscheinen, alles auftragen, sogar die Bilder an den Wänden aufmerksam mustern und alles äußerlich notieren. Da diese Gefinnungsschnüffelei gleichzeitig in Nürnberg und Augsburg betrieben wird, hat entweder die bayerische Regierung, trotz der ministeriellen Erklärungen, diese Weispiegelung durch einen Geheimbefehl angeordnet, oder die liberalen Magistrate erniedrigen sich freiwillig zu dienstfertigen Schergen der bayerischen Zentrumsregierung.

Der empfindliche Reichsverbandsgeneral.

Das „Berliner Tageblatt“ hatte Dienstag abend aus Anlaß der Bemerkungen, die Generalleutnant z. D. v. Liebert im Reichstage über das Eindringen von „Fremdkörpern“ in das Offizierskorps gemacht hatte, ihm ein wenig den Zeh gelesen. Darüber scheint sich v. Liebert beleidigt zu fühlen, denn die ihm nahestehende „Post“ und die „Tägliche Rundschau“ berichten, daß Herr v. Liebert gegen das „Tageblatt“ die Beleidigungsklage anstrengen werde.

Das „Tageblatt“ bemerkt dazu, daß es diesem Prozeß mit ganz besonderem Interesse entgegenstehe. Zum Schluß bemerkt das Blatt:

„Die beiden Blätter, die für Herrn v. Liebert eine so unbegrenzte Sympathie hegen, behaupten, wir hätten Herrn v. Liebert „verleumdet“ und wir hätten eine „Flut von Beschimpfungen“ gegen ihn vorgebracht. Herr v. Liebert selbst wird gewiß gerechter empfinden — er wird wissen, daß wir die „Flut“ möglichst eingedämmt haben und schonend, rücksichtsvoll, dieselbe gemessen sind. Wir hätten, um nur eines zu erwähnen, auch sagen können, daß v. Liebert, Exzellenz und Mitglied der Reichspartei, am 1. Juni 1912 in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der Afrika-nischen Compagnie zur Herauszahlung zu viel erhaltenen Lantienmen verurteilt worden ist, nachdem er sich in der Generalversammlung geweigert hatte, diese Lantienmen zurückzuerstatten. Aber wir haben diesen kleinen Vorfall gar nicht erwähnt, weil wir nicht mehr als nötig eine Persönlichkeit fränken wollten, die einen so hohen militärischen Rang bekleidet, das Vertrauen der Reichspartei besitzt und bei allen „patriotischen“ und „nationalen“ Bestrebungen eine hervorragende Rolle spielt.“

Nach diesen Ausführungen darf man annehmen, daß der Prozeß ganz interessant wird.

Belgien.

Der friedliche Streik und die Vorbereitungen der Behörden.

Unser Brüsseler Korrespondent meldet uns unterm 9. April: Wir haben wiederholt auf die Maßnahmen der Arbeiterpartei in Brüssel und in den Industriezentren hingewiesen, die alle von den Sorgen und Bemühungen der Genossen zeugen, die Kongreßbeschlüsse, die einen friedlichen Streik gebieten, getreulich und mit dem Aufgebot aller Kräfte zu erfüllen. Wir haben neulich gemeldet, daß Unruhmänner des Vorinages, wo die temperamentvollen wallonischen Vergarbeiter hausen, militärischen Schuß für ihre Establishments ablehnten. Heute bringt der „Peuple“ die Nachricht, daß der Bürgermeister von Charleroi, das gleichfalls Sitz einer vieltausendköpfigen durch ihr forschendes wallonisches Temperament bekannten Arbeiterschaft ist, dem Gouverneur des Hennegau erklärt hat, daß er Vertrauen in die Ordnungsmahregeln des Streikkomitees habe und auf Gendarmerie, Militär und Bürgergarde derzeit verzichte. Der Bürgermeister hätte vorher Rücksprache mit den beiden an der Spitze stehenden Vertrauensmännern genommen und aus ihren Zusicherungen wie aus dem was er vor sich sieht sein Vertrauen geschöpft. Und der Bürgermeister einer Arbeiterstadt wird wohl einigermaßen seine Leute kennen.

Trotzdem so auf jede Weise deutlich wird, daß alle in menschlicher Berechnung liegenden Garantien für eine friedliche Abwicklung des Streiks gegeben sind und Unruhm nur von außerhalb der Arbeiterschaft liegenden Elementen zu fürchten sind, die sich die Streikkomitees schon vom Halbe zu halten wissen werden, zeigen gewisse Behörden eine außerordentliche Kenglichkeit und Vorwarnung. Sie mutet diesmal um so seltsamer an, weil es sich nicht um einen Kampf gegen das Unternehmertum handelt — das ja sonst immer zu beschützen ist — und dieses auch keine Vorwarnung zeigt. Einzelne Industrielle, Bürgerliche werden im Gegenteil für die Unterstützung des Streiks insofern sorgen, als sie die Kinder der Streikenden versorgen oder für deren Unterhalt Summen spenden. Es gibt liberale Streikkomitees und liberale Vereinigungen, und diese gut bürgerlichen Organisationen sorgen in verschiedener Weise für die künftigen Streikenden, die zu ihrer Partei gehören. Der ehemalige Bürgermeister Brüssels, Charles Suls, ein aufrechter Mann und bekannter Kämpfer für den obligatorischen Schulunterricht, hat dem Streikkomitee eine größere Summe zugesandt, ebenso wie Solboz, der für Kultur- und Bildungszwecke immer eine offene Hand hat. Ein liberales bürgerliches Blatt spendet 100 000 Fr. wöchentlich für den Streik.

Es scheint nach all dem, daß es sich bei der großen Arbeitsniederlegung vom 14. April nicht um eine Revolution, um einen Kampf gegen die Gesellschaftsordnung an und für sich, nicht um einen Coup gegen das Vaterland und die Monarchie, sondern eben ganz einfach um einen gefählichen, friedlichen, minutiös vorbereiteten, wohlorganisierten Generalstreik, und um den Kampf für das gleiche politische Recht handelt. Dieses gleiche Recht wird aber von der eben herrschenden liberalen Partei verweigert, an deren Spitze der — Kriegsminister v. Broqueville steht. Es ist also der — Alexikalismus zu schägen, und daher die Revolutions der Herren, ihr Eifer, Belgien bei diesem friedlichen Streik mit Gendarmerie, Militär und Bürgergarde zu durchsetzen, in einen förmlichen Belagerungszustand zu versetzen. Heutige Zeitungsnachrichten melden von diesen Wäsksten, Truppen nach allen Seiten zu senden. Da sollen je zwei Kompagnien nach Marchiennes und Jumet, eine nach Roux, Courcelles, Ghatelineau, Gilly, Couillet u. a. in der Provinz Hennegau abmarschieren. Für Gent soll „Garde oirivoque“, Bürgergarde, für Montag einberufen werden. Nach La Louvière Centre sollen Sonntag Truppen abgehen, überhaupt sollen für die den Centre strengere Maßnahmen der Regierung in Vorbereitung sein. Die Eisenbahnen sind schon angewiesen, um die Truppen rascher zu befördern. Für Pimal sollen einer Meldung zufolge 3000 Soldaten und 300 Pferde in Aussicht genommen sein.

Das sind so einige Maßnahmen der Behörden, um auf ihre Weise die Bevölkerung zu — „beruhigen“.

England.

Die Wahlrechtsvorlage.

London, 9. April. (Fig. Ver.) Einen eintenden Wechselbaug nannte ein konservativer Redner die Wahlrechtsvorlage, die gestern von der Regierung eingebracht und in erster Lesung mit 303 gegen 177 Stimmen angenommen wurde. Die Vorlage, die die Pluralwahl abschaffen wird, ist alles, was von der großen Wahlrechtsvorlage des letzten Jahres, deren Annahme einigen Millionen Arbeitern das Wahlrecht verschafft haben würde, übrig geblieben ist. Sie ist früh genug eingebracht worden, um den Schuß des Parla-

mentsgesetzes zu genießen und über die Köpfe der Lords hinweg in zwei Jahren Gesetzeskraft zu erlangen. Die weitere Wahlreform werden die Liberalen als Köder für die nächsten allgemeinen Parlamentswahlen aufbewahren. Wie erinnerlich sein wird, mußte die große Wahlreform Ende Januar aufgegeben werden, weil der Speaker die Frauenstimmrechtsamendments und gewisse Regierungsamendments für unzulässig erklärte. Die jetzige Vorlage bezweckt nur, den Wählern, die auf Grund ihres Eigentums in verschiedenen Wahlkreisen wählen können, die Ausübung ihres Wahlrechts bei einer allgemeinen Parlamentswahl in mehr als einem Wahlkreis bei Strafe zu verbieten. Als Höchstmaß der Strafe ist eine Geldbuße von 200 Pfund Sterling oder zwei Jahre Gefängnis mit Verlust des Wahlrechts auf sieben Jahre und des Rechts, öffentliche Ämter zu bekleiden, festgesetzt.

Die Pluralwähler spielen in der englischen Politik eine wichtige Rolle. Da in Großbritannien die Wahlen nicht alle am selben Tage stattfinden, ist es unter Umständen einem reichen Manne, dessen Name in zwanzig oder mehr Wahlkreisen auf der Wählerliste steht, möglich, in ebenso vielen Kreisen seine Stimme abzugeben. Den Pluralwählern sollen die Konferenzen in 30 oder 40 Kreisen den Sieg verdanken. Die liberale Partei, die noch große Arbeitserfolge hinter sich hat, hat weit mehr Nachteile als Vorteile von dem bestehenden System. Am schwersten aber trifft die Ungerechtigkeit der Einrichtung die Arbeiterpartei, die in einigen Kreisen nur wegen der importierten Pluralwähler stets einen harten Stand hat und nach der Abschaffung der Pluralwähler eine Reihe industrieller Wahlkreise holen könnte. Es ist daher begreiflich, daß die große Mehrheit der Arbeiterpartei für die Regierungsvorlage stimmte, obwohl der letzte Parteitag der Arbeiterpartei, wie der der J. L. P., eine Resolution angenommen hat, in der die parlamentarischen Vertreter der Arbeiter aufgefordert werden, gegen jede Wahlreform zu stimmen, die die Frauen nicht einschließt. Nur drei Arbeiterpartei, die Genossen Sir Hardie, Snowden und O'Grady, stimmten gegen die erste Lesung. Es ist genau so gekommen, wie wir in einem früheren Bericht vorausgesagt haben. Die Parlamentsmitglieder haben sich um die in einer ritterlichen Stimmung gefassten Resolution nicht gekümmert, ohne jedoch deshalb die Interessen der Arbeiterschaft und der Frauen insbesondere zu verletzen. Denn es ist nicht einzusehen, welchen Nachteil dem Frauenstimmrecht dadurch erwachsen soll, daß man für ein Gesetz stimmt, das die dem Frauenstimmrecht meist feindlich gesinnten Kreise zugunsten derer schwächt, auf die sich die Frauen verlassen können.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Bezirk Lübeck hielt am Dienstag seine Generalversammlung ab, in welcher der Jahresbericht für das 9 Monate umfassende Geschäftsjahr 1912/13 erstattet wurde. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß sich die Mitgliederzahl von 5446 auf 5801, also um 355, erhöht hat. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug 790. Die Zahl der Abonnenten des „Lübecker Volksboten“ stieg um 600. Der Agitationsdienst 32 Volksversammlungen sowie die Verbreitung des monatlich erscheinenden „Länderboten“ in insgesamt 25 000 Exemplaren, 4500 Agitationskalendern, 71 000 Flugblättern und 5000 Broschüren. Eine erfreuliche Entwicklung hat die freie Jugendbewegung genommen, der in verflochtenen Jahre in Lübeck ein eigenes Heim geschaffen wurde. Auf dem Gebiete des Bildungswesens, das durch einen besonderen Arbeiterbildungsverein und den Bezirksbildungsausschuß für Reddenburg-Lübeck, dessen Sitz Lübeck ist, gepflegt wird, sind gleichfalls schöne Erfolge erzielt worden. Die von der Partei und dem Gewerkschaftskomitee gemeinsam ins Leben gerufene Aushilfskommission hat zur Abstellung manderlei Mängel beigetragen, welche die Beschäftigung jugendlicher im Gefolge hatte. Die Einnahmen beliefen sich auf 28 601,16 M., die Ausgaben auf 15 833,71 M., so daß am Schluß des Geschäftsjahres ein Kassenbestand von 10 777,45 M. vorhanden war. Im Bezirk bestanden 9 Ortsgruppen. Der bisherige Bezirksvorstand wurde wiedergewählt. Vorsitzender ist Genosse P. Löwigt, Kassierer und Parteisekretär Genosse B. Bromme.

Opfer der Ehrfurchtmoral.

Am Freitag und Sonnabend fand vor der Strafkammer in Karlsruhe ein Prozeß gegen den Genossen Arbeitersekretär und Landtagsabgeordneten Willi und dessen Frau wegen Kuppelerei statt. Beiden wurde zur Last gelegt, es gebildet zu haben, daß ihre minderjährige Tochter Alara von August 1909 bis Juni 1912 mit dem Versicherungsbeamten Jung, ihrem jetzigen Manne, in der elterlichen Wohnung intimen Verkehr unterhielt; daß ferner ihr Sohn Ludwig, ebenfalls in der Wohnung der Familie Willi, längere Zeit vor seiner im Juli 1910 eingetretenen Volljährigkeit und noch später mit einem jungen Mädchen in nahe Beziehungen trat. — Das Gericht erkannte gegen Willi auf drei Monate, gegen dessen Ehefrau auf fünf Monate Gefängnis. An der Strafe der Ehefrau Willi kommen vier Monate Untersuchungshaft in Abzug.

Abgeordneter Willi, der in der Zweiten Kammer den Kreis Karlsruhe Stadt II vertritt, war, als vor einigen Wochen das Strafverfahren gegen ihn eingeleitet wurde, vom Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie aufgefordert worden, sein Mandat als Landtagsabgeordneter für alle Fälle niederzulegen, hatte sich aber geweigert, dieser Aufforderung Folge zu leisten, da er jede Schuld an den ihm zur Last gelegten Dingen bestritt. Aus den Zeugnisaussagen ging hervor, daß Genosse Willi mehrfach energisch wegen der Vorwurfsmotive, die seine Frau auf die Bitten der Kinder immer wieder duldet, in seiner Familie aufgetreten ist und mehrfach mit Verlassen des Hauses und mit Scheidung gedroht hat. Willi war durch seine vielseitige Tätigkeit als Arbeitersekretär, Abgeordneter, Mitglied des Bürgerausschusses und Versammlungsredner naturgemäß sehr oft bis spät in der Nacht von Hause abwesend und deshalb nicht in der Lage, seinen eindringlichen Mahnungen an Frau und Kindern jenen Nachdruck verleihen zu können, den er selbst gewünscht hat.

Unserem Mannheimer Parteiblatt wird zu der Angelegenheit noch geschrieben, daß gegen den Spruch der dortigen Strafkammer Revision eingelegt worden ist. Nach Lage der Sache war selbst in juristischen Kreisen allgemein die Freisprechung des Angeklagten erwartet worden. Willi hatte sich ursprünglich, obwohl er sich keineswegs schuldig fühlte, auch bereit erklärt, sein Landtagsmandat niederzulegen, nachdem die Anklage gegen seine Frau auf ihn ausgedehnt worden war, hatte es dann aber in Uebereinstimmung mit der Auffassung der karlsruher Parteileitung unterlassen, als dieser von juristischer Seite behauptet wurde, daß keinerlei belastendes Material gegen ihn vorliege. Die Verhandlung vor der Strafkammer ergab in allen Punkten die Richtigkeit der Darstellung Willis, dessen Beurteilung auch in juristischen Kreisen allgemein übertraf.

Wir möchten dem noch hinzufügen, daß der Kuppelereiprozess auf Grund dessen hier die Beurteilung erfolgte, der juristische Niederlag einer durch und durch pharisäischen Gesellschaftsmoral ist. Das gleiche gilt auch von der Anwendung des Paragraphen. Eine bürgerliche Gesellschaft, die die Prostitution gleichsam als „allgemeinere“ Einrichtung hinstimmt; eine Gesellschaft, auf deren Rotafonto zahllose Kindermorde, Selbstmorde und Verbrechen usw. fallen, verhält sich hinter eine Wuchhabengerichtigkeit, die einzelne arme Schwächer hart angeht, zahllose andere aber, besonders auf den Höhen des Lebens, frei laufen läßt.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf im Malergewerbe.

Die Annahme, der Unternehmerverband werde seine zur finanziellen Schwächung der Maler inszenierte Machtprobe noch nicht aus der Welt schaffen wollen, ist durch die zweitägigen Verhandlungen in Berlin voll bestätigt worden. Zu den von den Unternehmern eingereichten 10 Anträgen, durch die nahezu sämtliche bei den ersten Verhandlungen abgelehnten Anträge wieder aufgenommen und das Tarifmuster in den wichtigsten Fragen verschlechtert werden sollte, wurden einige Erläuterungen gegeben. Obgleich die Unternehmer ihre Anträge gar nicht ernsthaft begründeten, weil die Gehilfenvertreter von vornherein jede Änderung des Tarifschemas entschieden ablehnten und Gegenanträge in Aussicht stellten, erklärten sie sich schließlich mit dem Tarifschema im Gegensatz zu früher nunmehr einverstanden, wenn die Lohnfrage befriedigend geregelt werde.

Bei den Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeiten machten die Unternehmer an Stelle der Schiedsprüche ein Angebot von 3 Pf. pro Stunde für die ganze Vertragsdauer. Zugleich lehnten sie Lohnerhöhungen zum Ausgleich für Arbeitszeitverkürzungen ab.

Die Gehilfenvertreter beantworteten diese Zumutung mit folgender Erklärung:

„Die Vertreter der Arbeiterorganisationen lehnen das Angebot der Arbeitgeber, durch das sie die Absicht bekunden, selbst noch unter die in den Schiedsprüchen festgesetzten Löhne herabzugehen, grundsätzlich ab. Sie halten eine Verabredung für eine Reihe von Lohngebieten auf der Grundlage der Schiedsprüche ohne weiteres für möglich; dagegen können sie für einen weiteren Teil von Lohngebieten die in den Schiedsprüchen festgesetzten Bedingungen über Löhne und Arbeitszeit nicht als ausreichend anerkennen, weil die örtlichen Verhältnisse nicht genügend gewürdigt worden sind. Außerdem hat sich die Situation durch die vom Arbeitgeberverband vorgenommene Ausperrung wesentlich verändert, indem durch den inzwischen erfolgten Abschluß zahlreicher Einzelverträge und korporativer Tarifverträge, u. a. mit dem Bund deutscher Dekorationsmaler, die Schiedsprüche bereits überholt sind.“

Die Gehilfenvertretung begründete diese Erklärung eingehend unter Darlegung des ganz unmotivierten Vorgehens des Unternehmerverbandes und der dadurch heraufbeschworbenen Situation, die es nun den Gehilfen unmöglich mache, die Schiedsprüche in allen Orten noch als ausreichend anzuerkennen. 13 406 Ausperrten und Arbeitslosen ständen jetzt 13 488 Gehilfen gegenüber, die bereits zu den in den Schiedsprüchen enthaltenen Arbeitsbedingungen und zum großen Teil noch darüber hinaus arbeiten. Das müsse gewürdigt werden. Der Unternehmerverband habe sich die Schuld, daß es so gekommen sei, selbst zuzuschreiben.

Nach langer Beratung der Unternehmervertreter und nach weiteren Bemühungen der Unparteiischen, die Differenzen auszugleichen, blieben die Unternehmer bei ihrem Angebot. Darauf gaben die Gehilfenvertreter folgende Erklärung ab:

„Wir erkennen die Bemühungen der Herren Unparteiischen zur Beilegung der bestehenden Differenzen an, sind jedoch durch die infolge der Ausperrung veränderten Verhältnisse nicht in der Lage, dem Vorschlage der Unparteiischen, die Schiedsprüche für alle Lohngebiete anzuerkennen, beizutreten. Durch unsere Erklärung haben wir den Willen zu einer Verständigung gezeigt und halten eine Einigung auf dieser Grundlage nach wie vor für möglich.“

Hierauf erklärten die Unparteiischen, daß zu ihrem Bedauern, trotzdem nun alle Bedenken gegen das Tarifschema beseitigt seien, die Verhandlungen abgebrochen werden müßten. — So hat der Unternehmerverband durch sein erneutes provozierendes Angebot gezeigt, daß er nach wie vor glaubt, durch seine verpuffte Aktion die Gehilfenorganisationen aufzureiben.

Sind diese Absichten auch nicht ernst zu nehmen — denn die Pläne der Scharfmacher im Malergewerbe werden niemals in Erfüllung gehen —, so zeigen sie den Gehilfen doch mit erfreulicher Klarheit, was sie zu erwarten hätten, wenn es nach dem Willen der Unternehmerverbändler ginge. Der Kampf dauert also fort, und daß er für die Arbeiter zu einem befriedigenden Ende geführt wird, dafür bürgt schon die jetzige Situation, die nach der schroff ablehnenden Haltung der Unternehmervertreter bei den neueren Verhandlungen nunmehr für die Unternehmern keineswegs besser geworden ist.

Berlin und Umgegend.

Der Streik beim Haderpeter.

Den Schauerwärdern gegenüber, die in der bürgerlichen Klatschpresse aufgeführt werden, ist es notwendig, noch einzelne Momente dieser Vorgänge besonders hervorzuheben.

Die Forderungen der Kellner bei Martin beließen sich nicht nur auf Lohnerhöhung, sondern gingen auch auf eine Verkürzung der täglich 16stündigen Arbeitszeit hinaus, was bereits in ähnlichen Geschäften durchgeführt ist. Es kann hier auch gleich ein Irrtum richtiggestellt werden, der in unserer gestrigen Notiz mit unterlaufen ist, indem dort, wo Lohn gezahlt wird, die Kellner keine Kost erhalten.

Was nun die Kuehner betrifft: Mit den roten Hundchen will ich nichts zu tun haben, die brauchen mein Lokal nicht zu betreten, die Herr Martin nicht gehen haben will, so wird uns von der betreffenden Seite versichert, daß dieselbe tatsächlich vor Zeugen gefallen sei, wofür die in Betracht kommende Person jederzeit den Beweis anzutreten bereit ist. Uebrigens soll Herr Martin in seinen Ausdrücken nicht sonderlich hart sein und ähnliche Ausdrücke nicht gelten anwenden.

Der Verband der Kuehnergehilfen verachtet sich auch nachdrücklich gegen die durch die bürgerliche Presse verbreitete Beschuldigung, wonach die streikenden Kellner mit Gummischläuchen ausgerüstet gewesen seien. Vielmehr habe Herr Martin solche an seine arbeitswilligen Geister geliefert und sein Geschäftsführer und Schöner Kuehner lief schon am ersten Tage des Streiks mit einem großen Schraubenschlüssel im Lokal herum. Kommt es doch täglich vor, daß unbedeutende Gäste im Haderpeter verprügelt werden. Dies passierte erst gestern wieder einem Gast, weil er sich weigerte, Trinkgeld zu geben.

Herr Martin behauptet auch, er habe vom Verband keine gelernteren Kellner erhalten. Die Kräfte, die er jetzt hat, sind aber alle andere als gelernte Kellner. Der eine ist ein gewisser Waldrusch, der in der Kaiserstr. 6 eine Kellnerkneipe besitzt, ein anderer ist Installateur und ein dritter Hausdiener, während als Ausschmucker und Wirtler sich der Engroschlächtermeister Georg Kuhn aus der Zentralmarkthalle betätigt. Des weiteren sitzen in dem Lokal immer noch Kriminalbeamte an den Tischen und in der ersten Etage ist eine fliegende Polizeiwache eingerichtet. Die Küche ist vergebens, denn der Verband hat seinen Mitgliedern strengste Zurückhaltung anbefohlen, die diese ohnehin schon geübt haben und auch fernerhin üben werden.

Der Betrieb des Herrn Martin ist nach wie vor für organisierte Gehilfen gesperrt!

Berantw. Redakt.: Alfred Diebold, Neukölln, Inseratenteil berantw.: H. Wiede, Berlin, Druck u. Verlag: Bornhorts Buchdr. u. Verlagsanstalt

Deutsches Reich.

Von den örtlichen Tarifverhandlungen im Zimmerergewerbe.

Nachdem am Schlusse der zentralen Verhandlungen für das Baugewerbe am 12. März die Vertreter der Arbeiterorganisationen ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen hatten, auf Grund des von den Unparteiischen vorgeschlagenen Tarifmusters in örtliche Verhandlungen einzutreten, haben diese in der Woche nach Ostern ihren Anfang genommen. Sie drehen sich vorwiegend um Lohn und Arbeitszeit. Die bis jetzt vorliegenden Verhandlungsergebnisse sind, wenigstens soweit das Zimmerergewerbe in Frage kommt, in ihrer großen Mehrzahl nicht detari, daß sie einer friedlichen Erledigung die Wege zu ebnen vermöchten. In sehr vielen Orten haben die Unternehmer einen strikte ablehnenden Standpunkt eingenommen und nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht, so in Apolda, Arnswalde, Aischersleben, Bad Nauheim, Barmen-Eiderfeld, Brinlum, Duppach, Köln, Eintracht, Erfurt, Forst, Friedberg i. Hess., Göttingen, Gronau, Hagen i. Pom., Hann.-Münden, Höchst, Homburg, Iphoe, Kahl, Karlstraße, Landsberg a. W., Langen, Miesbach, Mülheim a. M., Müll, Neuscheid, Saalfeld, Soarbrücken, Solingen, Straubing, Suhl und Wilhelmshaven. Vereinzelt sind für die nächste Tarifperiode sogar Lohnherabsetzungen in Aussicht gestellt, so in Tilsit und Traunstein. Wo Angebote gemacht worden sind, bewegen sie sich in den überaus meisten Fällen in so bescheidenem Rahmen, daß sie sich fast wie Höhn ausnehmen. Nur in ganz wenigen Orten können die Angebote ernsthaft in Frage kommen; der Teuerung, oder gar den Bedürfnissen der Arbeiter entsprechen sie nirgends. Bei näherer Prüfung der Verhandlungsergebnisse drängt sich die Vermutung auf, daß der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an ihnen nicht ganz schuldlos ist. In einem Falle ist das in den Verhandlungen von einem Vertreter der Unternehmer auch offen ausgesprochen worden, indem er erklärte, daß sie, die Unternehmer, an Beschlüsse ihrer Organisation gebunden seien. Sicher ist auch, daß einer örtlichen Verständigung vielfach Beschlüsse der Bezirksverbände der Unternehmer entgegenstehen. Das tritt besonders kraft in Weidenburg hervor, wo der Bezirksverband seinen Ortsverbänden die Angebote vorgeschrieben hat.

Diese Angebote bilden ein einheitliches Ganzes, das nur als solches anzunehmen oder abzulehnen sein soll. Daß bei dieser von den Unternehmernführern in ganz bestimmter Absicht geschaffenen Sachlage die örtlichen Verhandlungen so gut wie gar keine Bedeutung haben, weil den Unternehmern vorweg jede Selbständigkeit, jedes Recht der Entscheidung genommen ist, bedarf kaum der Erwähnung. Seltsam muten auch die in zahlreichen schließlichen Orten gemachten Angebote der Unternehmer an, die ganz zweifellos von der Breslauer Bezirkszentrale der Unternehmer diktiert sind. Kann im Ernst jemand glauben, die Arbeiter würden sich mit der Zustimmung zufrieden geben, daß sie in diesem Jahre nichts und in den nächsten beiden Jahren eine mäßige Zulage erhalten sollen? So lauten nämlich die „Angebote“ der Unternehmer in Breslau, Breslau-Land, Freyberg i. Schl., Glad., Girsberg, Landeshut, Langenbielau-Reichenbach, Neurade, Rimpisch, Schweidnitz, Strahlen, Striegau und Waldenburg und Umgebung.

Abgesehen sind fast durchweg die Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit. In einzelnen Fällen stellen Örtlichkeiten, wie Bartenstein, Braunsberg, Gumbinnen, Insterburg, Remel, Rastenburg, Schippenh., Stallupönen u. a. für eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche, zumeist für den Sonnabend zugestanden worden. In Labiau soll endlich die 11stündige Arbeitszeit der 10stündigen weichen, und in Obornik in Posen soll an Stelle der 10stündigen die 10stündige Arbeitszeit eingeführt werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich, von 10 auf 9½ Stunden, ist zugestanden worden für Kamslau ab sofort, für Chemnitz, Glöckstadt und Stuttgart ab 1. April 1914, für Guxhagen, Delmenhorst, Königsberg i. Pr. und Lehe-Geestemünde ab 1. April 1915. Weitere Zugeständnisse bezüglich der Arbeitszeit sind bis jetzt nicht bekanntgeworden.

Was die Lohnangebote anlangt, so sind die Unternehmer in Bremen, München und Rosenheim einer Zulage nicht abgeneigt, doch haben sie unterlassen, deren Höhe anzugeben. Um einen Pfennig für die ganze Dauer des Vertrages, also für drei Jahre soll sich der Lohn erhöhen in Cassel, Darmstadt, Mühlheim a. M., Nienberg, Herfeld, Mainz, Oels, Schöffen, Weizen, Wehlar und Wreschen. Dieser eine Pfennig soll in drei der vorgenannten Orte im zweiten Vertragsjahre, in drei gar erst im dritten Jahre gezahlt werden. Auf 1½ Pf. ebenfalls für die ganze Dauer des Vertrages, lauten die Angebote für Offenbach und Wiesbaden. Auf 2 Pf. für Heidenberg, Hensburg, Frankfurt a. M., Goolar, Hannover, Hof, Holzkirchen, Kiel, Miesbach, Ramlau, Oberlogau, Passau, Reichenhall, Roth a. Sand, Rudolstadt, Schwarzenbach a. S., Seib und Weimar. In vier von diesen Orten sollen die 2 Pf. sofort gezahlt werden, in drei Orten erst im 2. Jahre und in den übrigen Orten verteilen sie sich auf die einzelnen Jahre. 3 Pf. sind für folgende Orte geboten worden: Barth, Blankenburg i. Th., Braunsberg, Gasse, Demmin, Ganderkesee-Gruppenbüthen, Greiffswald, Grimmen-Triltsch, Großsch. Halle a. S., Hildesheim-Salzdorf, Jena, Kellinghusen, Küstrin, Neudamm, Nürnberg-Fürth, Röhre, Sauter-Grünberg i. P., Singen, Soltau, Straßburg, Stuttgart (als Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung ab 1. April 1914) und Wogram. In der Mehrzahl dieser Orte verteilen sich die drei Pfennige auf drei Jahre mit je einem Pfennig, nur in 4 Orten soll die Zulage für dieses Jahr gleich 2 Pf. betragen. — Für Gnesen lautet das Angebot auf 3½ Pf. und zwar sollen auf das erste Vertragsjahr 1½ Pf. und auf das dritte Jahr 2 Pf. entfallen. 4 Pf. Zulage sind geboten in Bernburg, Borna, Bries, Dessau, Hanau, Konjanz, Leipzig, Lüneburg, Kassel, Reiche, Obornik, Schönebeck, Schwabach, Tönning und Würzen. Die 4 Pf. verteilen sich in allen Fällen auf 2 bzw. 3 Jahre. Auf 5 Pf. lauten die Angebote in Bartenstein, Bromberg, Döbeln, Jever, Magdeburg, Oshag, Posen, Rastenburg, Stallupönen, Stahfurt, Stettin, Strehla, Swinemünde, Waldheim, Wehlar und Zeulendorf, die sich ebenfalls auf drei Jahre verteilen. Bedeutlich höher, nämlich 6 Pf., sind geboten in Gumbinnen, Garmisch, Leidnig, Röhre, Remel, Rügeln, Cederau, Kohnen und Weihenburg i. Pomeranien sollen 6 Pf. erhalten, gleichfalls auf drei Jahre verteilt. 7 Pf. sollen Insterburg, Labiau, Rittweide und Reudach a. Altz erhalten; 8 Pf. Chemnitz, Guxhagen, Glöckstadt und Lehe-Geestemünde; 8½ Pf. Delmenhorst und 10 Pf. Königsberg i. Pr. Auch diese Angebote verteilen sich wie fast alle übrigen auf drei Jahre.

Die Wirkung der schon erwähnten Angebote in Weidenburg, auf die im einzelnen nicht eingegangen werden soll, ist für die ganze Dauer des Vertrages folgende: 3 Zahlstellen mit 63 Zimmerern erhalten nichts; 7 Zahlstellen mit 245 Zimmerern im dritten Jahre 1 Pf.; 12 Zahlstellen mit 433 Zimmerern im zweiten und dritten Jahre je 1 Pf., zusammen 2 Pf.; 35 Zahlstellen mit 1309 Zimmerern in jedem Jahre 1 Pf., zusammen 3 Pf.; 1 Zahlstelle mit 29 Zimmerern 5 Pf. und 1 Zahlstelle mit 9 Zimmerern 6 Pf.

Die vorstehend aufgeführten Zahlstellen des Zimmererverbandes, für die bis jetzt verhandelt ist, umfassen 5144 Orte mit 29 745 Zimmerern; davon sind 24 401 Verbandsmitglieder. Für mehr als die Hälfte der an der diesjährigen Tarifverhandlung beteiligten Verbandsmitglieder stehen die Verhandlungsergebnisse noch aus, oder haben die Verhandlungen noch nicht stattgefunden. Bis 19. April sollen sie bekanntlich beendet sein.

Erfolgreiche Tarifbewegung der Klempner in Hamburg.

Seit einiger Zeit verhandeln die Klempner in Hamburg mit den Unternehmern über eine Erneuerung des Tarifvertrages. Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig, weil die Unternehmer in der Frage der Arbeitszeit vor der Erledigung dieser Frage im gesamten Baugewerbe kein Zugeständnis und bei dem Lohn für Jungausgelernte sogar einen Abbruch von 5 Pf. vom Stundenlohn machen wollten. In der letzten Verhandlung einigte

man sich dahin, daß die Frage der Arbeitszeitverkürzung bis zu ihrer Erledigung im Baugewerbe zurückgestellt werden soll. Eine allgemeine Lohnerhöhung soll erfolgen vom 1. April mit 4 Pf. und vom 1. Oktober d. J. ab um weitere 2 Pf., so daß der Stundenlohn dann 80 Pf. beträgt. Der Lohn für Jungausgelernte bleibt auf der jetzigen Höhe von 55 Pf. und steigt im Jahre nach vollendeter Lehrzeit auf 58 Pf. Der neue Tarif, der in seinen Einzelheiten noch festgelegt werden muß, läuft auf drei Jahre.

In der Kaffeezuckfabrik von Weich in Stettin sind 80 Arbeiter und Arbeiterinnen ausständig. Die Firma lehnt jede Verhandlung über die gestellten Lohnforderungen ab. — Zugug ist fernzuhalten.

Zum Streik der Winnschiffner.

Der Unternehmerverband von Hamburg-Altona benutzt die Arbeitsniederlegung der Hafenarbeiter in Schönebeck a. d. Elbe, sich nach allen Regeln der Kunst zu blamieren. Daß ihm dabei auch eine Verleumdung des Transportarbeiterverbandes unterläuft, wundert keinen Kenner des Hamburger Unternehmerverbandes. Ohne auch nur den leisesten Versuch zu machen, seine Behauptung zu beweisen, schreibt die Scharfmacherorganisation in der bürgerlichen Presse aller Schattierungen:

„Es ist doch nötig, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß dieser Vorgang in Schönebeck einen großen Kontrastbruch bedeutet. Die Expeditions- und Elbschiffahrts-Kontor A.-G. in Schönebeck hat mit dem Deutschen Transportarbeiterverband einen Kontrakt abgeschlossen, welcher erst Ende Juni abläuft. Unbestimmt um diesen Kontrakt legen die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes auf dessen Gehalt nun, die Arbeit nieder.“

Wir sind in der Lage, mitteilen zu können, daß die Arbeitsniederlegung nicht auf Gehalt des Transportarbeiterverbandes erfolgte. Aus diesem Grunde sind auch die daran geknüpften „praktischen Schlussfolgerungen“ des Hamburger Unternehmerverbandes müßiges Gerede. Es scheint allerdings, daß der Hamburger Unternehmerverband, um dieser „praktischen Schlussfolgerung“ willen, den „Kontraktbruch des Transportarbeiterverbandes“ erst erfunden hat. Er schreibt nämlich weiter:

„Durch diesen Vorfalle wird wiederum bewiesen, welchen fraglichen Wert für die Arbeitgeber Vereinbarungen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften haben. Die Gewerkschaften werden es schließlich dahin bringen, daß man es ablehnt, mit ihnen Kontrakte zu schließen.“

Die Hamburger Schleifendreher werden gut tun, wenn sie sich einen Schreiber zulegen, der wenigstens über die elementarsten Kenntnisse der Gewerkschaftsbewegung verfügt. Die Gewerkschaftler wissen, daß die Unternehmer nicht mit ihnen Tarife abschließen, weil die Gewerkschaftler so schöne Augen und die Unternehmer so butterweiche Herzen hatten. Die Unternehmer sind immer nur dann geneigt, Tarifverträge mit den Arbeitern einzugehen, wenn die Arbeiter stark genug organisiert sind. Die Beigerung, mit den Arbeitern Verträge abzuschließen, ist aber als der Unternehmerverband von Hamburg-Altona, und daß Tarifverträge etwas anderes sind als Kontrakte, konnte der Sekretär des Hamburger Scharfmacherverbandes auch wissen. Aber ein Schelm gibt mehr als er hat.

Der Reiseurteilungsverband im Jahre 1912.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl des Verbandes stieg von 2169 im Jahre 1911 auf 2532 im Berichtsjahre. Die Zahl der Annahmen in den Verband betrug 2295, woraus hervorgeht, daß der Reiseurteilungsverband seinen Mitgliederbestand Jahr für Jahr fast restlos erneuern muß. Die Gehilfen werden den Meistern schon früh „zu alt“, zu anspruchsvoll und als künftige Konkurrenten ungenehm, so daß sie sich selbständig machen müssen und dann der Organisation den Rücken kehren. Dingu kommt noch eine erhebliche Fluktuation unter den Gehilfen, was die Bildung eines festen Mitgliederbestandes verhindert. Ein Teil der meist jugendlichen Mitglieder nimmt es auch mit der Beitragspflicht wenig genau, so daß die Zahl der voll geleisteten Beiträge einschließlich der laut Statut bei gänzlicher Erwerbslosigkeit ausfallenden Beiträge nur 1873 betrug. Die Differenz zwischen Mitgliederzahl und Beitragsleistungen betrug nicht weniger als 26 617. Die Anzahl der geleisteten Beiträge stieg von 85 910 auf 94 617. Die Einnahmen des Verbandes erhöhten sich von 36 175 M. auf 60 000 M., die Ausgaben von 40 070 M. auf 58 221 M. Der Kassenbestand vermehrte sich um 1830 M. und betrug 21 044 M., wovon sich 2688 M. in den Lokalkassen befinden. Für Agitation wurden 9527 M., für Erwerbslosenunterstützung 6243 M. und für Reiseunterstützung 371 M. aufgewandt. Die Unterstüßungseinrichtungen insgesamt erforderten eine Ausgabe von 7466 M. gegen 6127 M. im Jahre 1911. Für Lohnbewegungen, die sich auf 19 Orte erstreckten und ohne Arbeitseinstellung erledigt werden konnten, wurden 4313 M. ausgegeben. — Die Adresse des Verbandes ist jetzt: Berlin N. 113, Bornholmer Straße 80.

Achtung! Arbeiter in Kunstbänderfabriken! Seit sieben Wochen stehen etwa 300 Arbeiter der Anglo-Continente (vorm. Odenforische Guanowerke) in Hamburg im Streik, um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Die Firma verweigert, mit Berufstreifschreibern den Betrieb aufrecht zu erhalten. Das ist mihlungen. Jetzt werden unter falschen Vorwänden in anderen Kunstbänderfabriken eingearbeitete Leute für eine „chemische Fabrik in Hamburg“ — das ist der Betrieb der Anglo-Continente — gesucht. Die Arbeiter in den Superphosphat-Schwefelsäure- und Kunstbänderfabriken werden dringend um Fernhaltung des Zugugs gebeten.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nummer 8 des fünften Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Im Jubiläumsjahre der Freiheitskriege. — Gold und Bäre. — Die Weber. Jugenderinnerungen von Richard Wagner. — Regierung und Wahlrecht in Preußen (Schluß). — Der Rheinfall bei Schaffhausen. Von Karl Götter. Mit Abbildung. — Eine idiotische Verleumdung. — Aus der Jugendbewegung. Ausländische Jugendbewegung (Österreich, Frankreich, Schweiz). Vom Kriegsclubausflug usw.

Beilage: Die Buchhalterin. Erzählung von Fritz Müller. — Karl Marx in seinen jungen Jahren (Von der Rheinischen Zeitung zum kommunistischen Manifest). Von A. Conzold. — Flurbereinigung von Ansp. dazumal. Zeichnung von F. Alch. — Stil und Stilarten. Von Otto Koenig. — Wissenswertes von der Sprache usw.

Letzte Nachrichten.

Telegraphische Verbindung Riga-Paris.

Riga, 10. April. Die telegraphische Station der Ragnahofers Schiffahrtsschule errichtet eine telegraphische Station zum Zwecke direkten Verkehrs mit dem Eiffelturm in Paris.

Ein gräßlicher Eisenbahnfall.

Hanau, 10. April. (F. C.) Der Bahnmeister des um 2 Uhr von Hanau kommenden Zuges geriet beim Rangieren des Zuges auf der Station Heßbach unter die Räder. Er wurde in der Mitte durchgeschnitten. Der Verunglückte wohnte in Hanau, war verheiratet und Vater von fünf Kindern.

Den Schwiegerjoch erschossen.

München, 10. April. (F. C.) In Leonberg bei Groß-Röllach erschöß der Bauer Josef Rühlbach nach einem kurzen Wortwechsel seinen Schwiegerjoch mit einem Jagdgewehr und verbrachte die Leiche in einem Schuppen auf dem Hofe, wo sie alsbald gefunden wurde. Rühlbach wurde verhaftet.

Paul Singer & Co., Berlin SW. 5, Pergo 3 Verlagen u. Unterhaltungsbl.

Die Deckungsvorlage im Reichstage.

136. Sitzung. Donnerstag, den 10. April 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kühn, v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, Lisso.

Eine Entschuldigung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort Bayer. Militärbevollmächtigter Generalmajor Wenninger: Ich bitte, Ihnen eine Erklärung abgeben zu dürfen, die ich am liebsten schon gestern vorgebracht hätte. Leider wurde ich durch den Schluß der Sitzung überholt. Mit meinen gestrigen Bemerkungen wollte ich lediglich der Meinung Ausdruck geben, daß ich das Maß und die Schärfe der von dem Abg. Haessler an Einrichtungen unseres Heerwesens geübten Kritik bedauere. Es hat mir aber durchaus ferngelegen, ganz allgemein das Recht des Abgeordneten auf Kritik irgendwie anzufassen. Ebenso ist es mir völlig ferngelegen, mit meinen Bemerkungen hier im Hause der Ehre des Herrn Abg. Haessler in seiner Stellung außerhalb des hohen Hauses irgendwie nahezutreten. Ich bedauere, wenn meinen Worten von gestern eine andere Bedeutung beigelegt wurde oder würde. (Beifall.)

Abg. Spahn (3.): Die Wahrung der Ehre und Würde des Hauses und der Ehre eines einzelnen angegriffenen Abgeordneten ist Sache des Herrn Präsidenten. Ich möchte aber doch zu den Ausführungen, die gestern der General Wenninger gemacht hat, noch folgendes erklären: Der Herr General Wenninger hat zunächst den Abgeordneten nach seiner Stellung im Privatleben bezeichnet und als der Präsident dies als ungewöhnlich bezeichnet, hat er ihn als Abgeordneten bezeichnet und daran die Bemerkung geknüpft, er habe die Bezeichnung General aus eigener Wohlansständigkeit gebraucht und es sei ihm nunmehr angenehm, diese Bezeichnung nicht mehr brauchen zu dürfen. Darin liegt doch eine Mißachtung des Abgeordneten. Ich bitte den Herrn Präsidenten, das Stenogramm einzusehen und sich darüber schlüssig zu werden, ob er diese Bemerkung, wenn sie von einem Abgeordneten gegen einen anderen Abgeordneten gebraucht worden wäre, hätte hingehen lassen.

Vizepräsident Dove: Ich habe das Wort „Wohlansständigkeit“ gestern allerdings gehört, habe aber angenommen, daß der Herr Vertreter im Bundesrat damit hat das selbe ausdrücken wollen, was er heute erklärt hat, daß er diesen Ausdruck nicht in beleidigender Absicht gebraucht habe. Denn daß der Ausdruck „Abgeordneter“ für einen Abgeordneten der wohlansständigste ist, darüber dürfte wohl im Hause kein Zweifel sein. (Große Heiterkeit.)

Im übrigen muß ich erklären, daß bei dem Herrn, der im Hause herrschte, es mir nicht klar geworden ist, daß etwa gesagt sein sollte, es würde mit dem Ausdruck General eine Bezeichnung gegeben, die der Herr Vertreter im Bundesrat nicht mehr zu brauchen vorzöge, weil er darin etwas Ehrenbes für den Abg. Haessler sagen wollte. Ich glaube nach den Erklärungen des Herrn Vertreters im Bundesrat, daß diese Ansicht nicht begründet ist. Es ist aber wünschenswert, daß der Herr Vertreter im Bundesrat dieses nochmals ausdrücklich erklärt, denn ich möchte doch vorziehen, daß wir diesen Gegenstand noch heute verlassen.

Bayerischer Militärbevollmächtigter Generalmajor Wenninger: Ich bin auf Wunsch des Herrn Präsidenten sehr gern bereit, zu erklären, daß die Entschuldigung, die ich hier vorgebracht habe, und die wohl im ganzen Hause als durchaus loyal empfunden wurde (Sehr richtig!), auch diesen Fall, der mir sehr wohl in Erinnerung war, mit einbegriffen hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Hierauf wird die

Beratung der Deckungsvorlagen

fortgesetzt.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Bevor ich zu meinem Thema übergehe, will ich wenigstens mit zwei Worten die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers streifen. Er hat sich beklagt, seine erste Rede über das Verhältnis von Slawentum und Germanentum sei mißverstanden worden, er habe nur Redetreibungen des Panlawismus treffen wollen, nicht aber in den Kreis seiner Erörterungen einen etwaigen Kampf des Slawentums und Germanentums gezogen. Er scheint seine eigene Rede vom 7. April nicht genau im Gedächtnis gehabt zu haben. Er sagte damals, sollte es einmal zu einer europäischen Konflagration kommen, die Slawen und Germanen gegenüberstellen, so ist es für die Germanen ein Nachteil, daß die Stelle der Türkei auf dem Balkan von slawischen Völkern eingenommen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daraus ergibt sich klar, daß der Reichskanzler unter vollständiger Verkennung der Tatsache, daß Oesterreich zu drei Vierteln ein slawischer Staat ist, mit der Möglichkeit eines Kampfes zwischen Slawen und Germanen gerechnet hat. Wir empfinden Genugtuung über den zeitigen Sänder und erkennen gern an, daß er seinen Irrtum revidiert hat. Vielleicht wird ihn das auch zu einer Revision seiner preussischen Außenpolitik führen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich wende mich nun zu den Deckungsvorschlägen. Ich kann voraussichtlich, daß die gestrige einleitende Rede des Reichskanzlers sich wahlend von den Ausführungen des Reichskanzlers und des Kriegsministers zur Heeresvorlage unterschied. Namentlich der preussische Kriegsminister hat denn doch einen zu weit gehenden, einen zu verschwenderischen Gebrauch von dem Rechte gemacht, noch einmal den Nachweis zu führen, daß das Wort des alten Drenkterna („Weißt Du denn nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird?“) auch heute noch gilt. Der Reichskanzler bemühte sich um den Nachweis, daß die Deckungsvorlagen sich in das System unserer Reichsfinanzen einfügen und daß die geforderten Beibehaltungen vom Volke wohl aufgebracht werden könnten, zumal mindestens der größte Teil durch Vermögensaufhebungen aufgebracht werden soll. Der erste Teil des Nachweises konnte gar nicht geliefert werden. Denn das sich das

Sammelfurium von Steuervorschlägen

nicht in den Rahmen unserer Finanzen einfügt, darüber kann gar kein Zweifel sein. Aber die Vorlagen sind auch durchaus nicht so der Leistungsfähigkeit des Volkes angepaßt, wie ihr Schöpfer uns glauben machen will. Auch der Reichskanzler hat am 7. April behauptet, das deutsche Volk sei wohl in der Lage, die ihm angebotenen außerordentlichen Leistungen aufzubringen. Die Werte, die wir zu schätzen haben, seien von Jahr zu Jahr gestiegen, trotz der großen Aufwandsausgaben sei niemals ein Zeitpunkt gewesen, wo wir wirtschaftlich so hart gewesen seien wie jetzt. So leistungsfähig in der Erfüllung der Aufgaben der sozialen und kulturellen Entwicklung, und wo die Lebenshaltung des Einzelnen so hoch gestiegen wäre. Er fügte hinzu, die Weltgeschichte nennt uns

kein Volk, das an Mühsal zugrunde gegangen sei, wohl aber solche, die zugrunde gegangen seien, weil sie über Wohlleben und Luxus die Wehrfähigkeit vernachlässigt haben.

Gewiß, die wirtschaftlichen Werte sind gestiegen, auch die Lebenshaltung weite Kreise des Volkes ist gestiegen und es wäre sehr bedauerlich, wenn es nicht so wäre, wenn der jahrzehntelange Kampf der Gewerkschaften es nicht erreicht hätte, daß auch Schichten der Arbeiter an diesem Aufstiege teilgenommen haben. Aber die Steigerung des Wohlstandes und Einkommens ist so ungleich gewesen, daß die eigentliche Armut nicht abgenommen, wenn nicht gar zugenommen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und sie hat so ungleich zugenommen, daß der Abstand zwischen Reichtum und Armut größer geworden ist als je zuvor. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vor wenigen Tagen hat der preussische Finanzminister dem Abgeordnetenhaus die übliche Zusammenstellung über die Einkommensteuer vorgelegt, und daraus ergibt sich, daß weit über neunzig Prozent der Bevölkerung nur über ein Einkommen verfügen, das zur Lebensführung gerade ausreicht, zur Führung eines Kulturlebens aber vollständig ungenügend ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Genau dieselben Ergebnisse zeigt die schärfste Einkommensstatistik. Vor wenigen Tagen habe ich aus anderem Anlaß 50 Gemeinden deutscher Städte mit über 50 000 Einwohnern und 50 Verichte der Armenämter durchgesehen. Vor der Fälle des da enthaltenen Glanzes wendet sich der Blick schauernd ab. Vor wenigen Monaten wurde in Frankfurt a. M. vom dortigen sozialen Museum, dem Verein für Volkswohlfahrt und ähnlichen Organisationen eine Enquete veranstaltet, die ergab, daß auch ungelernete Arbeiter mit zahlreicher Familie die öffentliche Armenpflege in Anspruch nehmen müssen. Es heißt da, nach dem Urteil sachverständiger Männer ist es gewiß, daß eine Anzahl fleißiger, ständig beschäftigter Angelernter Arbeiter mit großer Familie deshalb fortwährend armenunterstützt wird, weil sie den hohen Mietzins nicht aufzubringen können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie die Berichte der Fabrikinspektoren durchsehen, so sehen Sie, daß nicht abgenommen hat die Kinderarbeit, und zugenommen hat in einem alles Denkbare übersteigenden Maße die Frauenarbeit (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und wenn ein großer Teil derjenigen, die zum Militär ausgehoben werden, und dort unter gewiß unhygienischen und auch sonst ungünstigen Bedingungen leben, auf die Dienstzeit mit einem gewissen Gefühl der Befriedigung zurückblicken, wenn mit Recht darauf hingewiesen werden kann, daß der Militärdienst bei unserem ungelungenen Schicksal zur Volksgesundheit beiträgt, so spricht das über die Zustände bei uns das denkbar härteste Urteil aus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Aufzehrung von Lebenskraft, Lebensfähigkeit durch verfrühte Berufsarbeit, durch mangelnde Pflege, durch ungenügende Nahrung ist so stark, daß alle unbefangenen Beobachter einen

Verfall unseres Volkes

glauben befürchten zu müssen, nicht aus Luxus und Wohlleben, wie der Reichskanzler meint, sondern weil durch ungenügende Löhne, schlechte Wohnung und namentlich auch durch unzureichende und ungenügende Ernährung infolge unserer wirtschaftlichen Verhältnisse die körperliche Ausbildung nicht so ist, wie sie sein müßte, um den höchsten Grad von Leistungsfähigkeit auch unter dem Gesichtswinkel der Vaterlandsverteidigung zu erzielen. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Unter den uns heute zugegangenen Drucksachen fand sich auch ein Schreiben des Herrn Grafen v. Mirbach-Sorquitten, der ja immer aufsieht, wenn er glaubt, nicht das Vaterland, wohl aber das Portemonnaie in Gefahr. (Heiterkeit.) Er beruft sich in seinen alten Scharteken auf die Schrift eines englischen Professors, wonach die Vergarbeiterlöhne in den letzten zehn Jahren erheblich gestiegen seien. Greifen wir also einmal die Vergarbeiter heraus. Seit Bestehen des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats haben die Kohlenpreise eine ganz außerordentliche Höhe erreicht, und entsprechend sind auch die Gewinne gestiegen. Nach amtlichen Angaben haben 37 Werke des Ruhrgebietes ihre Profite vom Jahre 1909 bis zum Jahre 1912 von 125 Millionen auf 196 Millionen Mark gesteigert. Die Löhne der Vergarbeiter sind dagegen in den Jahren 1907 bis 1912 in Preußen im Durchschnitt von 3,78 auf 4,09 M., also um 80 Pf., oder 2,6 Proz. gestiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Lebenshaltung hat sich aber seit 1907 um mindestens 20 Proz. verteuert, denn das Getreide ist im Preise um 25 Proz., das Fleisch um 18 Proz. gestiegen. Wegen 1896 ist der Wert der Leistung des Vergarbeiters um 651 M. im Jahre gestiegen, der Lohn nur um 441 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Differenz von 210 M. hat dazu beigetragen, daß der Reichskanzler sagen konnte, die Werte, die es in Deutschland zu schätzen gibt, sind immer größer geworden und die Bevölkerung befindet sich in Gefahr, durch Luxus und Wohlleben zu degenerieren.

Nun gibt es eine Partei in diesem Hause, die den Schäden einer solchen ungerechten Verteilung des Einkommens entgegenzuarbeiten sich bemüht. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie befinden sich auf diesem Wege. Unter ihren Gegnern finden wir aber nicht nur die Unternehmer, die Kapitalisten, von denen man es begreifen kann, sondern in hohem Maße gerade auch die Vertreter der Staatsgewalt, die auf diese Weise der Emporenwidmung des Volkes dauernd die schwersten Hindernisse bereiten. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, Preußen müsse doch im allgemeinen gut verfaßt werden, wenn man die Qualität der Beamenschaft und die Ordnung anschaut. Aber mit einer gewissen äußerlichen Ordnung verträgt sich sehr gut jener gerade in Preußen hervortretende Geist hinterlistiger Beeinträchtigung der Rinderbeimittelten, die wir in Preußen so häufig beobachten. (Ruf rechts: Unerbört!) Das ist nicht unerbört, sondern die Waise muß sich in jedem Regen, wenn er steht, wie die Mithandlung der Rinderbeimittelten vorgenommen wird, um zwar im Namen des Gesetzes und der Ordnung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Bei dem folgenden kann ich von der Voranschauung ausgehen, daß die Heeresvorlage im großen und ganzen wohl eine Mehrheit in diesem Hause finden wird. Manche Abänderungen sind wohl möglich, namentlich wird das gestrige Programm des Abg. Haessler wohl auch dem Zentrum Gelegenheit geben, Ersparungen in den Kreis der Möglichkeit zu ziehen, und, was mehr wert ist, durch Befürchtungen in die Wirklichkeit umzusetzen. Wenn man uns sagt, bei der gespannten Lage sei es jetzt nicht möglich, tiefgreifende Reformen im Heerwesen einzuführen, so verweise ich darauf, daß Scharnhorst und Boyen unter ganz anders gespannten Verhältnissen ein Heerwesen reformiert haben; wir hören immer dieselbe Rede, wenn wir Reformen anregen, daß sie jetzt nicht möglich seien, sondern noch verschoben werden müssen. Aber einmal muß doch die Gestaltung des Heerwesens sich den geänderten gesellschaftlichen Zuständen anpassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und eine bessere Zeit und Gelegenheit dazu als jetzt kann man sich nicht vorstellen. Ich habe eben an Scharnhorst und Boyen erinnert. Wollen Sie Worten, bis wieder ein Jesu über Deutschland kommt, und dann die Reformen

von anderen vornehmen lassen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, unsere Reformvorschläge seien von Vaterlandsfeindlichkeit eingegeben. Die Marwitzens von damals haben die Scharnhorst und Boyen gerade so als Vaterlandsfeinde bezeichnet, wie Sie (nach rechts) und Sozialdemokraten als solche zu bezeichnen pflegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Annahme der Heeresvorlage muß natürlich von tiefgreifendem Einfluß auf die Entschlüsse der Sozialdemokratie in Bezug auf die Deckung sein. Ein hoher Staatsbeamter sagte gelegentlich zu mir, so gut wie der Deckungsvorschlag für diese Vorlage habe der Sozialdemokratie wohl noch nie ein Deckungsvorschlag gefallen, und auch der Reichskanzler sagte gestern, es habe wohl niemand geahnt, daß es gelingen werde, einen solchen Vorschlag zu bringen, der eigentlich bei Nichtbeachten bei keiner Partei auf ernsthaften Widerstand stoßen könnte. Wenn jener Herr meinte, noch keine Deckungsvorlage habe der Sozialdemokratie so gut gefallen wie diese, so ist das in gewissem Sinne durchaus richtig. Wir haben auch gar keine Veranlassung, das zu leugnen oder zu verkleinern, im Gegenteil, wir wollen es so laut wie irgendmöglich ausprechen, wir wollen die Stunde davon bis in die letzte Minute im Deutschen Reich hineintragen, daß die Gestaltung der Deckungsvorlage

deutlich den Einfluß der 110 Sozialdemokraten im Reichstage und der 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler im Reichge erlangen läßt.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Deckungsvorschlag wäre sicher nicht so ausgefallen, wenn nicht im Januar 1912 die Wählerchaft Deutschlands der Sozialdemokratie so überwältigend ihr Vertrauen ausgesprochen hätte und ihr sowie der bürgerlichen Linken so viel Stimmen und Mandate zugewandt hätte, daß wir heute im Reichstage über eine Mehrheit der Linken verfügen. Es wird noch manches scharfe Wort der Kritik gegen Einzelheiten der Vorlage nötig sein, aber das wollen wir doch erst einmal auf unser Konto aufschreiben, daß zum erstenmal in der Finanzgeschichte unseres Reiches wenigstens der eingesandene Versuch gemacht wird, zu Mäßigungszwecken auch den Rechten heranzuziehen. Das ist ein Erfolg der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Erziehung, ein Zustandnis von nicht zu übertreffender Bedeutung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn jetzt die Heranziehung des Rechten durchaus nicht genügend erscheint, dann ergibt sich eine ganz einfache Schlussfolgerung, nämlich, daß noch nicht genug Sozialdemokraten hier sitzen (Heiterkeit und Sehr gut bei den Sozialdemokraten), und daß unter Volk daher die nächste Gelegenheit wahrzunehmen muß, um das bisher Veräumte nachzuholen.

Das Volk mag durch keine Aniffe und Schläge getäuscht werden können, aber den großen Zug der Geschichte nimmt das Volk mit einer beinahe intuitiven Sicherheit wahr. Mein Freund Frank hat gestern schon gesagt: Wenn es dem Zentrum möglich wäre, den Reichstag zur Auflösung zu bringen unter der Voraussetzung, daß die Sozialdemokratie dabei dezimiert wird, würde es das tun. Aber wie die Dinge heute liegen, können wir Sozialdemokraten einer Auflösung mit der größten Ruhe entgegengehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der letzten Zeit ist nun sehr viel die Rede gewesen von der

Aufschaltung der Sozialdemokratie.

Lebende Löwe kamen aus dem Zentrum und von den Konservativen zu den Ohren der Rationalliberalen, sie möchten doch zurückkehren zu dem alten schwarz-blauen Mod. Ja, so weit ist es gekommen, daß bei diesem Versuch der Aufschaltung der Sozialdemokratie sich der Abg. Erzberger sogar in dunkelste Jährenmühen verloren hat. In einem Artikel, den ich im „Tag“ zu meiner Ehre am 8. April gelesen habe, spricht er von der Zahl 13, die ganz besonders geeignet sei, alle bürgerlichen Parteien zusammenzuführen. Somit wurde die Zahl 13 nicht gerade als besonders glückbringend bezeichnet, und die Weisheit alter Weiber hat schon längst herausgefunden, daß von 13 die miteinander zu Tisch sitzen, immer einer zuerst sterben muß. (Heiterkeit.) Wenn nun unter dem Glückstrahl der Zahl 13 der bürgerliche Liberalismus eingeladen wird zum gemeinsamen lecher bereiteten Mahle, namentlich mit den Herren vom Zentrum, dann bergeßen Sie nicht das Wort: qui mango du pape es moure (Wer vom Papst ist, stirbt daran). Wer zuerst sterben würde von denen, die sich unter den Auspizien der 13 zusammengefunden haben würden, das brauche ich wohl nicht weiter auszuführen.

Auch der Reichskanzler ist nicht frei von den Gelüsten, die Sozialdemokraten auszuschließen. Es war nicht immer so. Bei der Verabschiedung der Verfassung von Elsaß-Lothringen konnte er unsere Stimmen sehr gut gebrauchen, um das gefährdete Schifflein in den Hafen zu lotsen. Er hat es auch schon verstanden, eine Politik a deux mains (nach zwei Seiten) zu führen, und zwar sogar gleichzeitig, denn zu gleicher Zeit, als die Elsaß-Lothringische Verfassungsvorlage nur mit Hilfe der Sozialdemokratie angenommen werden konnte, hat es der Reichskanzler fertig gebracht, die Reform der Versicherungsgegesetz gegen die Sozialdemokratie durchzuführen. Daß ihm Gelüste nicht fernliegen, die Sozialdemokratie auszuschließen, beweist schon die Scheinkonferenz, die Anfang März veranstaltet wurde. Es liegt uns selbstverständlich fern, dem Reichskanzler die Freiheit in der Auswahl seines Verkehrs irgendwie beschränken zu wollen. (Heiterkeit.) Obgleich es doch noch einen sehr großen Unterschied macht: politischer Verkehr oder gesellschaftlicher Verkehr. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir lehnen auch weit den Eindruck ab, als ob wir uns etwa gestränkt oder zurückgesetzt fühlten, weil wir nicht eingeladen waren. Aber es muß doch auf die politische Seite der Sache kurz hingewiesen werden, ob sich denn nicht ein einziger von den Herren Liberalen einmal gesagt hat, daß er nicht uns, sondern seinem Liberalismus den Hinweis darauf schuldig wäre, daß Verluste, die stärkste Partei des Reichstages zu isolieren, lächerlich und unflug sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eherlich, weil die Last der getwollten Aufschaltung allein schon beweist, daß sich die Erörterung im Grunde genommen ja doch um nichts anderes, als um die ausgeschaltete Partei dreht. Urisus hat einmal gesagt, wenn Euer zwei beieinander sind, so bin ich mitten unter ihnen. Das heißt, wenn es zwei wirklich eifrige Christen sind, werden sie ganz natürlich von dem sprechen, was ihren Geist und ihre Seele am innigsten beschäftigt. Gerade so ist es in unserem politischen Leben. Wo zwei Politiker beieinander sind, da sind wir Sozialdemokraten mitten unter ihnen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), denn es gibt nichts, was sie so beschäftigt wie die Sozialdemokratie, und ich glaube, ganz empfindsame Gemüter von den Herren namentlich auf der äußersten Rechten beschäftigen sich auch noch in der Nacht mit uns. (Heiterkeit.) Genf Westary: Da haben wir besseres zu tun! Stärkere Heiterkeit.) Den besten Beweis dafür, daß die Aufschaltung der Sozialdemokratie bei dieser Vorlage selbstschlagen ist, liefert die Vorlage. Denn die Sozialdemokratie bei der Abstimmung ausgeschaltet werden sollte — nun, den Schmerz, eine Steuer nicht bewilligen zu müssen, würde sie wahrlich nicht auch noch ertragen. Aber das soll uns nicht hindern, zu betonen, daß die Sozialdemokratie fest entschlossen ist, die Lasten

der Heeresvermehrung auf die Schultern der Besiegten zu legen. Das hat die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages durchaus eines Sinnes mit der sozialdemokratischen Fraktion der französischen Deputiertenkammer in ihrem internationalen Manifest vom 1. März 1918 klar und deutlich ausgesprochen. Wenn unser Kampf gegen die Heeresvorlage, den wir nicht führen, weil wir Volkseinde wären, die das Vaterland wehrlos lassen wollten, sondern weil wir das jegliche System des Heerwesens für falsch und unglücklich halten, wenn uns dieser Kampf nicht gelingt, dann werden wir wenigstens dafür sorgen, daß die Lasten dieser Vorlage auf die Schultern der Tragfähigen, der Besitzenden gelegt werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn man sich nun die Vorlage ansieht, die keineswegs unseren Wünschen entspricht, anders ist sie denn doch wie die von 1908/09. Damals war all unser Widerstand vergeblich. Bier, Tabak, Kaffee, Leuchtstoffe usw. wurden besteuert, der bloße Sebanke an eine Besitzsteuer rief auf der rechten Seite des Hauses Wutausbrüche hervor, die Triarier seiner Majestät waren es, die damals aus Furcht vor der Besitzsteuer den ersten Vertrauensmann der Krone zur

Kuchentartigen Preisgabe seines Amtes

zwangen. Damals kündigte Herr v. Oldenburg, Januschow es an, er werde es jedesmal wieder so machen, damit nicht der aus dem demokratischen Wahlrecht hervorgegangene Reichstag jemals die Verfügung über das Portemonnaie der Besitzenden erhalten könnte. Damals fiel die Keimzelle des Heeresbrands in Breslau, worin der starke Wille angekündigt wurde, gegen jede Besteuerung des Besitzes für Zeit und Ewigkeit Front zu machen. Was hat denn der Wandel herbeigeführt, namentlich auch der Regierung, die sich doch ihrem (nach rechts) damaligen Wunsche gefügt hat, weil sie sonst nicht Regierung hätte werden können, was hat den Wandel herbeigeführt im Sinne des Reichskanzlers, der sein Amt nicht hätte annehmen können, wenn er nicht auf dem Standpunkt der damaligen Mehrheit gestanden hätte, denn er war ja der erste Gehilfe Bülow's gewesen, den Sie (nach rechts) in die Wüste geschickt hatten, hatte mitgeföhrt für die damalige Erbschaftsteuer, für die Besitzsteuer. Wie hätte er dies Amt annehmen können, das Bülow auf Ihr Geheiß verließ, wenn er nicht anderen Sinnes geworden war, und wenn er nicht damals Ihre Gedanken zu seinen Gedanken gemacht hätte, was hat denn inzwischen diesen neuen Wandel nun wieder vollzogen, was hat in ihm den Gedanken emporkommen lassen — Wahrscheinlich doch auch schon seit November 1912 (Weiterkeit) — nunmehr wenigstens den Versuch einer Besitzsteuer dem Reichstag vorzuschlagen? Ja, das waren eben die Wahlen, die dazwischen lagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Volk hat mit den harten Gesellen abgerechnet, die ihm die Last von 1909 aufgebunden hatten, und wenn wir eine gerechte Wapfreiteilung hätten, und wenn nicht der Reichskanzler als Ministerpräsident in Preußen die Einlösung des königlichen Versprechens der Wahlreform sehr auf die letzte Kapsel genommen hätte, glauben Sie nicht, daß die Sinnesänderung des Kanzlers noch viel weiter gegangen wäre? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, die Vorlage beweise den Opfermut der Reichen. Bisher hat sich ja dieser Opfermut in der deutschen Finanzgeschichte noch nicht offenbart. Lebrigens, wenn er vorhanden wäre, warum zeigt er sich nicht deutlich? Der Reichskanzler hat die Reichsliste ermächtigt, freiwillige Beiträge von 100 M. dankend in Empfang zu nehmen, er würde sicher nicht zögern, die Ermächtigung zu erteilen, die freiwillige Spende von einer Milliarde Mark entgegenzunehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dann lauchten wir diese Vorlage gar nicht. Wenn es in der Begründung der Vorlage heißt, daß es nicht unbillig erscheint, wenn man die Reichen heranzieht, um Schätze dessen, was sie besitzen, so entspricht das ganz unseren Anschauungen. Wir werden nicht verstehen, diese schöne Stelle aus der Begründung der Vorlage in unserer Agitation auszunutzen. Bei der Beurteilung der Vorlage darf man nicht übersehen, daß wir in den letzten Jahren Hochkonjunktur gehabt haben, die sich in unseren indirekten Steuern und Zöllen sehr deutlich ausgedrückt hat, wir hatten infolgedessen große eigene Reichseinnahmen. Aber es mehren sich die Zeichen, daß die Hochkonjunktur ihrem Ende sich zuneigt. Dank der vom Herrn Kriegsminister so unzuverlässig gegebenen Unfähigkeit unserer Diplomatie sind wir ja seit Jahren nicht mehr aus der Unsicherheit im gewerblichen Leben herausgekommen, es haben sich namentlich auf dem Weltmarkt Zustände entwickelt, die kaum noch erträglich sind. Ein Großindustrieller, der 7000 Arbeiter und Beamte beschäftigt, sagte mir, daß ihm heute die Aufbringung der wöchentlichen Lohnsumme von 200—300 000 M. mehr Kopszerbrechen mache als vor einigen Jahren die Aufbringung einer Obligationen-anleihe von Millionen oder die Lebernahme eines noch so großen Auftrages, zu dem er fremdes Kapital hätte heranzubringen müssen. (Hört! hört!) Das sind bedenkliche Zeichen, die uns lehren, daß es trügerisch ist, mit einer Fortsetzung dieser Hochkonjunktur und einem Weiterbestehen der jetzigen hohen eigenen Reichseinnahmen zu rechnen.

Die einmaligen Ausgaben, die gefordert werden, beziffern sich auf 1055 Millionen Mark. Einen blühenden Nachweis der Notwendigkeit so hoher Aufwendungen ist die Regierung schuldig geblieben, auch der Herr Schatzsekretär hat gestern das Versäumte nicht ergänzt. Es müßte absonderlich, um keinen anderen Ausweg zu gebrauchen, an, wenn man in der Vorlage den Schein reichlicher Genauigkeit müßsam aufrecht erhalten sieht. Da findet man z. B. Ausgaben für die Luftflotte: 70 Millionen Mark, nicht 80, nicht 75 Millionen, nein ausgerechnet 70 Millionen Mark. Das erinnert an jene

Ausverkauf

wo mit großen Letzern der Preis von 2 M. 98 Pf. angekündigt wird, um dadurch den Anschein ganz besonders genauer Kalkulation hervorzurufen. Diese peinliche Genauigkeit in Einzelheiten sieht seitdem ab von dem vollkommenen Fehlen eines Finanzplanes über 1915 hinaus. Es ist vollständig unangänglich, die kolossalen Lasten der Heeresvermehrung im wesentlichen auf die Zolleinnahmen aufzubauen, weil nämlich niemand die Bestätigung unserer Zölle beim Wiederabschluss von Handelsverträgen voraussehen kann. Dafür ist entscheidend das Kräfteverhältnis der politischen Parteien. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Erstarkung der öffentlichen Meinung, die der Reichskanzler sagt, wird auch einmal so zunehmen, daß sie die Zollmannern umwirft, die heute Dabucht und Erwerbstrieb gewisser Klassen der Bevölkerung im unser Deutsches Reich herumgelegt haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Also auch nur vornehmlich auf die Zölle so gewaltige Lasten aufrollen zu wollen, halte ich für eine durchaus verfehlte Finanzmaßnahme. Wir müssen den Finanzplan über 1915 hinaus aufstellen. Sonst selber wir 1916 wieder vor der Notwendigkeit einer großen Finanzreform. Dem vorzubauen, ist nur möglich durch die Einführung direkter Reichssteuern, von denen ich vorzugsweise den Ausbau der Reichs-Erbschaftsteuer im Auge habe, während andere mehr an eine Reichsvermögens- und Reichseinkommensteuer denken. Die ganze Entwicklung drängt dahin. Die Geschichte unseres deutschen Reichsfinanzwesens ist die Geschichte gebrochener Versprechen, aber durch alle Experimente, namentlich auch mit den Militärbeiträgen, durch die Versuche der Besteuerung der Erbschaften hindurch zieht sich doch der große Gedanke, der schon im Artikel 70 der Reichsverfassung klar ausgesprochen ist, als der ursprüngliche Wille der Schöpfer der Reichsverfassung, der Gedanke der Einführung direkter Reichssteuern. Diese Bestrebungen fanden ihre Krönung in dem Beschluß der Reichstagsmehrheit vom 11. Juni 1912 über die Einführung einer Besitzbesteuerung. Ich habe mich damals sofort dagegen verwahrt, daß irgendwelche Zweideutigkeit mit dem Begriff der Besitzsteuer verbunden bleiben dürfe. Und auch der nationalliberale Abg. Roland Lüde hat damals ausdrücklich betont, daß auch für seine

Fraktion als Besitzsteuer nur eine Erbschafts- und eine Vermögenssteuer in Betracht kommen könne. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun will ich anerkennen, daß der Reichsschatzsekretär gestern ausgesprochen hat, daß die jetzige Vorlage nicht als eine Erbschaftsteuer anzusehen sei. Der Beschluß des Reichstages besteht also weiter. Der Bundesrat ist diesem Beschlusse beigetreten und hat sich verpflichtet, bis zum 30. April 1913 eine Vorlage über die Besteuerung des Besitzes vorzunehmen. Bisher, sagt der Schatzsekretär selbst, ist diese Vorlage nicht gekommen. Ich harre des Augenblicks, wo die Verbündeten Regierungen uns die Besitzsteuer vorlegen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In seiner konsilanten Weise hat der Staatssekretär auch zugegeben, daß man auf gewissen Seiten des Hauses den Wehrbeitrag als eine Art Abfindung, eine Art

Loskaufgeld von der Besitzsteuer

ansieht. Wenn jetzt der Wehrbeitrag erhoben werde, könnten natürlich auf die wunden Schultern der Besitzenden nicht neue Lasten gelegt werden. Nein, meine Herren, so haben wir nicht gewettet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist nicht die Ansicht der Mehrheit dieses Reichstages, und was nicht die Ansicht der Mehrheit von 1912. Die Deckungsvorlage wird nicht ohne eine allgemeine direkte Besteuerung des Besitzes in erster Linie in Form der Ausdehnung der Erbschaftsteuer, Gesetz werden. Ich warte erst noch ab, ob auch nur ein Teil dieser Mehrheit wagen kann, von dem damaligen Beschlusse abzubringen. Wenn man den Worten Wasseremanns in Hannover trauen kann, besteht nicht die geringste Befürchtung, daß die Nationalliberalen schamlos flüchtig werden würden. Unter dem donnernden Beifall seiner Parteifreunde hat Herr Wasseremann ausdrücklich gesagt, daß seine Partei an der Einführung einer direkten Besitzbesteuerung festhalte. Demnach ist die Mehrheit dafür vorhanden und ich bin berechtigt, zu sagen: Die Deckungsvorlagen werden nicht verabschiedet werden, es sei denn, daß sie ergänzt sind durch die Einführung einer direkten Besteuerung des Besitzes in Form einer Erbschaftsteuer in erster Linie oder eine Reichsvermögens- und Einkommensteuer.

Der Grundgedanke des Wehrbeitrages hat man lange Zeit dem Reichskanzler zugeschrieben, er habe ihn aus dem unergreiflichen Tiefen seines philosophischen Gemüts herausgespürt. (Weiterkeit.) Andere wieder sagten, der Vater aller Pflöcklichkeiten sei auch der Vater dieser Pflöcklichkeit. Gestern hat uns nun der Schatzsekretär gesagt, er selbst habe den Plan ausfindig gemacht, der die Welt in Erstaunen setzen mußte, wie es gelungen sei, um durch alle Fährlichkeiten sich hindurchzufinden. Ich muß sagen, offensichtlich haben die Verfasser dieses Vorschlages mit großem Eifer die Akten des Reichstages studiert. Denn schon am 2. Dezember 1907 wurde hier in einer Polemik gegen den damaligen Reichsschatzsekretär ausgeführt, der gemeint hatte, eine Erbschaftsteuer sei eigentlich im Grunde genommen eine indirekte Steuer. Wenn das eine indirekte Steuer ausmachen würde, daß sie nur einmal oder gelegentlich erhoben würde, so läßt sich vielleicht auch da vorläufig den ersten Schritt tun, indem man eine Reichsvermögenssteuer einführt, die immer nur dann erhoben wird, wenn eine neue Militär- oder Marinevorlage zu finanzieren ist. Diese Steuer hat außerordentlich Vorzüge, vor allen den, daß den Kreisen, die gar nicht genug Schiffe und Kanonen bekommen können, die ihren Patriotismus gar nicht laut genug in die Welt hinausschreien können, ausreichende Gelegenheit gegeben wird, ihre nationale Gesinnung auch mit dem Geldbeutel zu betätigen. Die Herren vom Flottenverein bis ganz oben hinauf in die höchsten, allerhöchsten Kreise würden damit das Recht erhalten, diese Auflage, wenn sie wollen, jedesmal doppelt zu bezahlen, damit ihrem überhärmenden Patriotismus die Möglichkeit geboten ist, auf dem Altar des Vaterlandes auch einmal andere Opfer zu bringen, als Opfer der großen Worte! Und noch am 20. Februar 1912 wurde wiederum ausgeführt: Die Reichsregierung möge doch jedesmal, wenn eine neue Marine- und Heeresvorlage kommt, die Summe, die sie erfordert, als gelegentliche Steuer ausschreiben, als Kontribution auf die Vermögen und Einkommen, z. B. die Einkommen von 6000 M. und die Vermögen von 100 000 M. an. Wenn Sie absolut keine regelmäßige direkte Steuer wollen, dann betreten Sie einmal diesen Weg. Das hat nicht der Herr Reichskanzler, auch nicht der Herr Schatzsekretär gesagt, sondern das hat mein Freund David gesagt. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also bei genauerem Zusehen entspinnt sich der Gedanke des Wehrbeitrages als ein laubterer, netter Gedanke, der der Sozialdemokratie seinen Ursprung verdankt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der von uns in diesem Hause schon vor 6 Jahren propagiert worden ist und hier nur eine fröhliche Usurpation, vorläufig unter einer falschen Bezeichnung, aber mit dem richtigen Geburtsort hier in den Akten des Reichstages. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sie werden danach begreifen, daß diese Vorlage mir durchaus nicht unympathisch ist. Natürlich überdebt mich das nicht der Notwendigkeit, Kritik an Einzelheiten zu üben. — Der Weg der Anleihe hat der Staatssekretär gestern mit Recht abgelehnt. Nach dem sprechlichen Risiko namentlich der letzten preussischen Anleihe wäre das ja Vermeintlich gewesen. Eine Deroute auf dem Anleihemarkt wäre nicht zu vermeiden gewesen. Aber damit ist nicht gesagt, daß die Entziehung so hoher Beträge, wie sie der Wehrbeitrag vorsieht, aus unserer Volkswirtschaft etwa unbedenklich wäre. Es kann in der Folge zu Abjasktionen, zu großer Arbeitslosigkeit kommen, und dann sind in letzter Linie wieder die Arbeiter diejenigen, die darunter zu leiden haben. Glauben Sie nicht, daß die Abwälzungsmöglichkeit so gering ist. Wenn jemand hunderttausend Mark Vermögen hat und 500 M. Wehrbeitrag bezahlen soll, die er jetzt zu 4 Proz. ausgeliehen hat, so ist es ihm heute möglich, wenigstens für die Hälfte davon einen höheren Zinsfuß zu ertroyen, der ihn in zwei, drei Jahren reichlich das einbringen würde, was ihm der Wehrbeitrag genommen hat. Dann hat er die 500 M. nur ausgelegt, bezahlen müssen sie die Mieter der Häuser, auf denen diese Hypotheken lasten. Auch sonst steht den Arbeitern selbst bei dem Wehrbeitrage eine Belastung bevor. Zweifelslos werden die in die Kellern gezogenen, aus der Volkswirtschaft herausgenommenen 130 000 Arbeitskräfte durch hässliche Wanderarbeiter ersetzt werden. Das sind gewiß durchaus gleichberechtigte Menschen, aber bei ihrer außerordentlich niedrigen Lebenshaltung bedeuten sie nun einmal eine dauernde Bedrohung der Lebenshaltung unserer deutschen Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So, wie der Wehrbeitrag von den Verbündeten Regierungen vorgeschlagen ist, zeigt er übrigens eine

brutale Rücksichtslosigkeit

namentlich gegen den Mittelstand. Fügt er auf der einen Seite mit unerbittlicher Derschheit die kleinen Vermögen an, so vermeidet er andererseits die Progression zu Lasten der Kleinvermögen, und begünstigt auffallend die Agrarier.

Präsident Dr. Kaempf: Ich möchte bitten, daß Sie den Ausdruck "brutalität" von Regierungsmassnahmen nicht gebrauchen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Sadekum (fortfahrend):

Ich harre des Augenblicks, wo die Vertreter anderer Parteien einen milderen Ausdruck, der sich mit der parlamentarischen Ordnung verträgt, hier produzieren werden, um die Rücksichtslosigkeit zu kennzeichnen, die gegen den Mittelstand in der jetzigen Fassung des Wehrbeitrages enthalten ist. Schließlich ist es ja in der Tat nicht unsere Aufgabe, die beständigen Ausdrücke zu suchen, gerade wenn es sich um die Verteidigung des Mittelstandes handelt, den Sie (nach rechts) ja doch Ihr besonderes Schutzhündchen nennen. (Sehr gut! bei den Soz.) Jedenfalls kann nicht verdrängten werden, daß die Leute mit kleinen Vermögen durch die jetzige Fassung des Wehrbeitrages unerträglich angefaßt werden, und wir Sozialdemokraten werden niemals Bedenken tragen, Ungerechtigkeiten auch dort zu be-

kämpfen, wo sie Menschen betreffen, die nicht unmittelbar in unseren Reihen stehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun sagte der Schatzsekretär, die Progression habe man vermeiden, um den ganzen Aufbau der Steuer so einfach wie möglich zu machen. Er ist ein viel zu kluger Finanzmann, um das selbst zu glauben, und braucht sich vor mir erst nicht sagen zu lassen, daß das einfach eine Frage der Veranlagung ist, daß, wenn ich veranlagt habe, ich darauf jeden beliebigen Steuerfuß anbringen kann. Nein, die Progression sucht man zu vermeiden aus Angst vor den Zahlungsfähigen; vor den Kapitalisten der höheren Grade, deren Spernumt dann auf eine recht harte Probe gestellt würde. Das war sicher die eigentliche Ursache, warum man von der Progression "der Einfachheit wegen" abgesehen hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Kritik der vorgeschlagenen Veranlagung des Wertes der land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke konnte ich mich auf Strug stützen, der dabei Worte gefunden hat, die wenn er sie unter dem Präsidium des Herrn Kaempf aussprechen würde, ihm zweifellos eine Menge zuziehen würde. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Hat er doch von "höflichlicher Ungerechtigkeit der Bestimmungen" gesprochen. Ebenso hat aber auch der beste Kenner des landwirtschaftlichen Logosens Erb die Veranlagung nach dem Ertragswert als reinen Unsinn bezeichnet, und zwar nicht im Hinblick auf diese Vorlage, sondern in einer rein wissenschaftlichen Arbeit, die schon 1912 erschienen ist. (Hört! hört! links.) Also diese Begünstigung der Agrarier muß befeitigt, eine Progression muß herbeigeführt werden. Wenn das alles geordnet ist, müßte eigentlich die

Bewertung dieses Heeresbeitrages

Beschlossen werden. Aber vielleicht findet sich dafür keine Mehrheit. Jedenfalls aber muß die Verteilung auf 3 oder 4 Jahre beschlossen werden, schon weil der Ertrag gar nicht voraussehen ist, und weil uns gar nichts daran liegen kann, der Regierung etwa Gelder in den Schoß zu werfen, für die vorläufig noch der Verwendungszweck fehlt, der aber von ihr bald gefunden werden würde. Die Schätzung der zu veranlagenden Vermögen ist ja außerordentlich verfahren. Wenn Ueberhörsche gemacht werden, müßten sie zunächst verlangt werden zur Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, vor allem, damit die ewige Kriegstreiberi durch die heute an der Rüstungsindustrie interessierten Privatleute aus der Welt geschafft wird. Wir haben hier zum ersten Male eine Zwecksteuer, daher können wir den Zweck auch ausdehnen und in das Gesetz hineinmischen, daß die Erträge auch Verwendung finden für die Verstaatlichung dieser Rüstungsfabriken. Glauben Sie nicht, daß das eine geringfügige Sache sei. Zwei Merkmale hat diese Industrie, das Merkmal der Robilität und das andere, daß sie durchaus international ist. In England gehören zu den Interessenten dieser Industrie Herzöge, Marquis, Grafen, Barone, weite Kreise der Offiziere, Zeitungsbesitzer. Aber auch in Deutschland ist ein großer Teil des Adels an den kolossalen Profiten dieser Industrie beteiligt. Die Deutschen Waffenfabriken geben 32 Prozent Dividende. (Hört! hört!) Sie haben ihre Anlagen bis auf 1 M. heruntergeschrieben. (Hört! hört!) Was Wunder, daß da die Besitzer dieser Werte immer treiben und treiben zu neuen Rüstungen, die neue Profite ihnen zuschanzen. Aber nicht nur außerordentlich einflußreiche Leute sind an dieser Industrie beteiligt. Wir beziehen den größten Teil der deutschen Panzerplatten aus der Dillinger Hütte. An dieser Hütte sind hervorragend französische Kapitalisten beteiligt, die Geschäftssprache in der Generalversammlung ist die französische. (Hört! hört!) Im Aufsichtsrat sitzt Herr Konrad v. Schubert, der Schwiegerohn des Königs Stumm, preussischer Generalleutnant z. D. Dieser Herr mit den französischen Herren zusammen die Preise der deutschen Panzerplatten ausfallend — dies Bild möchten wir der Zukunft ersparen, indem wir die Rüstungsindustrie verstaatlichen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Grundzüge für die Veranlagung des Vermögens zum Wehrbeitrag müssen durch das Reich festgelegt werden. Eine Organisation hierzu läßt sich ebenso gut schaffen wie für das Reichsheer, die Reichszölle und andere Einrichtungen.

Die Fürsten sind in der Vorlage nicht erwähnt und deshalb sind sie einbezogen. Man kann es nicht gutheißen, daß die Begründung sagt, es sei

ein besonderes Geden- und Jubiläumsgeschenk,

wenn die Fürsten jetzt Steuern wollen. Ihr Millionen- und Milliardenvermögen kann man nicht freilassen. (Zuruf: Und wenn sie abwandern!) Herr Kollege, das wäre ein Gedanke (Große Weiterkeit), darüber ließe sich reden. Das geforderte Opfer von einer Milliarde stellt man als etwas Außerordentliches hin, aber das deutsche Volk zahlt seit 1906 jährlich eine Milliarde für die drei Wäcker und soll nach dem Wunsch der Rechten in alle Ewigkeit weiter zahlen. Das Opfer der Besitzenden kommt also gar nicht in Betracht gegenüber den großen Lasten, die der Masse des Volkes aufgewälzt sind, und die sie schweigend tragen muß. (Zuruf rechts: Schweigend?) Sofern ihr nicht in der Sozialdemokratie Fürsprecher entfinden. (Zurufe bei der Volkspartei.) Auch Sie, Herr Gothein, sind Fürsprecher, ich erkenne das an.

Man wirft der Vorlage vor, in die Selbständigkeit der Einzelstaaten einzugreifen. Wir erkennen die kulturelle Notwendigkeit der Einzelstaaten an; so lange Preußen nicht ein Kulturstaat geworden, ist es ein Bild, daß wir Einzelstaaten haben, in denen noch Reste demokratischer Einrichtungen sind, in denen die Gedankenfreiheit noch einen Schutz findet gegenüber der schwarzen Herrschaft in Preußen. Aber das Natürliche ist doch die Entwicklung zur straffen Zentralisation des Reiches und zum Staatenbund des westlichen Europas. Sogar diese Vorlage beweist den Fortschritt des demokratischen Gedankens, da man sie nur mit dem Hinweis auf die allgemeine Wehrpflicht zu empfehlen gewagt hat.

Die Geschichte der deutschen Finanzreformen ist

eine Geschichte gebrochener Versprechungen.

Jede neue Reform brachte eine neue Belastung. Diesmal hat man überhaupt keinen Finanzplan, der es ermöglicht, getroffenen Mutes in die Zukunft zu leben. Noch keinem Schatzsekretär ist es gelungen, das Finanzwesen so zu gestalten, wie es die zwingende Notwendigkeit erfordert. So wie die Dinge liegen, kann eben nicht ein Schatzsekretär ein Reformator der Finanzen sein, sondern nur eine Koalition der Parteien, nur die Volksvertretung. Freiheiten haben sich die Völker nur zu Zeiten finanzieller Schwierigkeiten ihrer Herren errungen. Auch wir müssen die Zeiten der schweren Opfer benutzen zur Erringung von Freiheiten. Dann kann aus den toten Zahlen dieser Vorlage blühendes und reiche Früchte tragendes Leben sprießen. (Lebhaftest anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kaempf: Sie haben preussische Beamten hinterlistige Vereinträchtigung der Rechte der Minderbemittelten vorgeworfen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das stimmt.) Ich rufe Sie dafür zur Ordnung.

Abg. Sped (3.): Nach der Finanzreform von 1909 glaubten wir mit den Steuern in einem Beharrungszustand angekommen zu sein, und jetzt haben wir schon wieder gewaltige Steuererhöhungen zu beraten. Der Vordröner freilich scheint sehr be-willigungsfreudig; er will noch über die Vorlage hinaus Besitzsteuern bewilligen. Jedenfalls müssen wir die Heeresvorlage genau prüfen; denn wir sind nicht gewillt, zunächst die Heeresvorlage zu bewilligen und die Deckung durch eine andere Mehrheit beschließen zu lassen. Wir werden keine Ausgabe ohne vorherige Deckung bewilligen. Daß die Deckung durch die Veranlagung der breiten Massen geschehen kann, war für uns selbstverständlich. Der Gedanke des einmaligen Wehrbeitrages ist in Handwerkerkreisen sehr populär. Dort wird sogar der Gedanke propagiert, mit diesem Ei des Columbus die Reichsschulden zu tilgen. (Weiterkeit.) Sollten sich Ueberhörsche ergeben, so können sie in der Tat zur Schuldentilgung verwendet werden. Allerdings ist aber eine Ernüchterung gegenüber dem Gedanken

der einmaligen Vermögensabgabe eingetreten. Zu solchen Maßnahmen greift man doch nur in Zeiten höchster Not und Gefahr, die doch bei uns nach den Ausführungen des Reichsfinanzlers keineswegs vorliegt. Die normale Besteuerung ist die des Ertrages und Einkommens, jede Besteuerung der Vermögensfabrikation führt zu einer Unterhöhung des Vermögens selbst. Die einmalige Abgabe vom Vermögen ist ein Schritt weiter auf dem Wege, der mit der Erbschaftsteuer, der Wertzuwachssteuer betreten ist. Auf demselben Wege liegt das Erbrecht des Staates, die sogenannten Besitztümer, der Wehrbeitrag. Welchen Bestrebungen man damit entgegen kommt, beweisen die Ausführungen des Vorredners und der sozialdemokratischen Presse. So verlangt die „Münchener Post“, daß der Wehrbeitrag recht oft und recht hoch erhoben wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie bestreiten, daß diese Steuerentwürfe ganz Ihren Anschauungen entsprechen. (Abg. Dr. Südekum (Soz.): Nicht ganz!) Gewiß, Sie wollen noch weiter gehen, entsprechend Ihrem Grundsatze: Eigentum ist Diebstahl. Wir aber, die wir auf dem Boden einer konservativen Wirtschaftspolitik stehen, können uns nur schwer zu einer einmaligen Vermögensabgabe entschließen. (Zustimmung rechts und im Zentrum.)

Die Begründung der Vorlage betont die Finanzhoheit der Einzelstaaten; aber noch nie ist sie so angegriffen und ratiophant worden wie durch dieses Gesetz. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Opferjahr 1913 ist der Anfang vom Ende der Finanzhoheit der Einzelstaaten. Ich erinnere an die Entziehung der Stempelabgaben, an die Befugnis des Bundesrats, den Verteilungsmaßstab der veredelten Matrularbeiträge nachzuprüfen und festzusetzen; weiter seine Befugnis, nachzuweisen, ob neue Steuern wirklich Befähigern sind oder nicht. Wie konnte der Schatzsekretär unter solchen Umständen behaupten, an den Grundlagen des Finanzwesens der Einzelstaaten werde nicht gerüttelt und der föderative Charakter des Reiches werde nicht angegriffen!

Der Wehrbeitrag ist geeignet, einer Reichsvermögenssteuer den Weg zu bahnen. Diese Gefahr liegt um so näher, als die Rüstungsanstrengungen, die von hundert Millionen zu sprechen gewohnt sind, die Forderungen der Vorlagen als das Mindeste bezeichnen. Vor allem muß der Mittelstand höher geschützt werden. Es ist in höchstem Maße ungerecht, Vermögen schon von 10 000 M. an zum Wehrbeitrag heranzuziehen, Einkommen erst von 50 000 M. an. Wir werden die Vermögensgrenze heraufsetzen müssen: auf 50 000 oder mindestens auf 80 000 Mark. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch müssen die höheren Vermögen prozentual höher erfasst werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch müssen den Familien, aus denen mehrere Söhne dienen, Erleichterungen verschafft werden. (Bravo! im Zentrum.)

In Welschen hört nicht nur die Gemütslichkeit, sondern auch der Patriotismus auf.

(Weiterleit.) und deshalb sind Kanteln für die richtige Erfassung des Vermögens geschaffen, und daran hat man wohl getan. Es wird zu unterfragen sein, ob sie ausreichen, namentlich zur Erfassung des mobilen Kapitals. (Sehr richtig! im Zentrum.)

In welschen Kreisen hat es annehmlich herüber, daß die Bundesfürsten sich bereit erklärt haben, sich an dem Opfer des Wehrbeitrages zu beteiligen. Aber den Satz der Begründung, daß die Bundesfürsten der direkten Besteuerung durch das Reich nicht unterliegen, kann ich nicht anerkennen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir haben also schwere Bedenken gegen den Wehrbeitrag, und jedenfalls darf eine solche Belastungsprobe dem deutschen Volke nicht zum zweiten Male zugemutet werden. (Lebhaftes Zustimmung im Zentrum.)

Gegen die sogenannte Besitzsteuer, die Vermögenszuwachssteuer haben wir ebenfalls schwere Bedenken — bringt sie doch die Heranziehung der Erbschaften der Kinder und Ehegatten. Schwere Bedenken haben wir auch gegen die Art der Regelung der Matrularbeiträge.

Für die laufenden Ausgaben soll die Ermäßigung der Zuersteuer noch weiter hinausgeschoben werden. Dem stimmen wir gern zu; denn von der Ermäßigung hätten die Konsumenten doch keinen Vorteil. (Widerspruch links.) Auch der Umsatzzweck soll bis 1918 in derselben Höhe erhoben werden wie jetzt. Gegen diesen Vorschlag haben wir schwere Bedenken. Den aller schwersten Bedenken aber begegnet bei uns die Vorlage in bezug auf das Erbrecht des Staates; denn hier trifft das

Konfiskationsprinzip in nacktester Form

zugabe, das nachher ein unentbehrliches Requisite moderner Steuerentwürfe zu sein scheint. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Wir treten also den Deeres- und Dedungsvorlagen nicht mit hurrapatriotischer Begeisterung gegenüber, sondern wir werden sie sehr genau prüfen. Wenn man meint, im Volk herrscht Begeisterung über diese Vorlagen, so täuscht man sich und andere. Das Volk schaut unter ungeheuren Steuerlasten (Zuruf links: Sie haben sie dem Volke auferlegt), von Freude über die Rüstungen ist im Volke nichts zu entdecken. Wenn es nicht anders sein kann, wird es die Lasten tragen und ich hoffe, daß die Vorlagen die Grundlage abgeben werden, um die bürgerlichen Parteien zu gemeinsamer nationaler Arbeit zusammenzuführen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Ich hoffe, daß der Charakter des Volkes und speziell der besitzenden Kreise ebenso groß ist wie vor 100 Jahren. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Woran der Vorredner eigentlich hinaus wollte, ist mir nicht ganz klar geworden. Es mag ja politisch klug sein, sich nicht festzulegen, und ich will dem Redner in gewissem Sinne folgen. (Große Weiterleit.)

Dr. Südekum hat hier ein Bild der Not und des Elends im Volke gemalt. Es war sehr deplaziert, den Feinden Deutschlands zu zeigen, wie seien schwach, viel besser wäre es, zu zeigen, das deutsche Volk ist stark und kräftig und hat den Willen, seine Interessen nach außen zu verteidigen und Opfer für seine Wehrfähigkeit zu bringen. (Lebhaftes Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Dr. Südekum nahm die Vaterhaftigkeit des Wehrbeitrages für den Kollegen Dr. David in Anspruch; in der Tat hat Dr. David bei der letzten Finanzreform einen Wehrbeitrag gefordert. Fürst Bülow sprach damals mit Bezug darauf von perfiden und phantastischen Anträgen der Sozialdemokratie (Schallende Weiterleit.), doch das nur nebenbei.

Angeichts des Bedarfs bleibt für die einmaligen Ausgaben zunächst der Weg der Anleihe. Früher haben wir Anleihen in leichtfertiger Weise gemacht für Kanonen und Gewehre, die jetzt längst altes Eisen sind, während uns die Zinsen noch schwer drücken. Sollten wir aber gerade jetzt mit einer Anleihe auf den Anleihemarkt treten? Dadurch wären alle Kurse gedrückt worden und die Besitzenden hätten mehr verloren als durch

den einmaligen Wehrbeitrag. Die Vermögensgrenze von 10 000 M. möchten wir beibehalten; bis zu 50 000 M. könnten unter bestimmten Bedingungen bei geringem Einkommen Befreiungen eintreten. Doch der Wehrbeitrag auch bei geringem Einkommen als 50 000 M. erhoben werden muß, halten wir für selbstverständlich, ebenso eine Staffelung. Darüber wird in der Kommission zu reden sein.

Die Steuerpflicht der Fürsten ist nach dem Wortlaut des Gesetzes ganz zweifellos. In der Begründung heißt es aber: „die nach völkerechtlichen Grundsätzen steuerfreien Fürsten“ — nebenbei, seit wann werden die Verhältnisse der Fürsten zu den Völkern denn nach völkerechtlichen Grundsätzen geregelt (Weiterleit.) —; also die Fürsten haben sich bereit erklärt, das patriotische Opfer zu bringen. Gegen wen haben sie sich bereit erklärt, und zu einem Opfer in welcher Höhe? Sind sie auch bereit zu dem Opfer, wenn wir den Prozentsatz erhöhen? (Sehr gut! links.) Das richtigste ist es also, die Fürsten einfach in das Gesetz einzubeziehen. (Zustimmung links.)

In Bezug auf die dauernden Ausgaben bedauern wir, daß das Versprechen auf Ermäßigung der Zuersteuer und des Umsatzsteuers nicht eingelöst wird, doch erkennen wir an, daß es nicht möglich ist.

Der Wertzuwachssteuer haben wir früher mit schwerem Herzen zugestimmt, aber wer jetzt die Durchführung kennengelernt hat, muß zugeben, daß das ein schwerer Fehler war. (Hört! hört! links.) Nun zu den veredelten Matrularbeiträgen. Das soll eine allgemeine Besitzsteuer sein. Wir stehen noch heute auf dem Standpunkt der allgemeinen Besitzsteuer und sind der Meinung, daß die Vorlage der Regierung diesem Gedanken recht wenig entspricht. Wir müssen zu einer direkten Besteuerung durch das Reich kommen. Ich und der größte Teil meiner Freunde (Hört! hört! links) halten eine direkte Vermögenssteuer oder Erbschaftsteuer noch heute für das Beste. Nur fürchte ich, wenn wir eine solche beantragen, wird man uns ein Unannehmliches entgegenhalten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Allerdings wenn man die verschiedenen Wandlungen in den Anschauungen der Regierung selbst beobachtet, wird man das Wort der Chronik: „Die Entwidlung steht nicht still“ auch auf die Regierung selbst anwenden können. (Weiterleit und Sehr gut! links.) Was hat man früher alles über die Finanzhoheit der Bundesstaaten gesagt! Heute heißt es: wenn du nicht parierst, tritt das Reichsgesetz in deinem Einzelstaat in Kraft. Damit fällt eines der wesentlichsten Motive gegen die Reichsvermögenssteuer fort. Aber wir kaprizieren uns nicht auf die Vermögenssteuer, und liegt daran, eine wirklich allgemeine Besitzsteuer für die Dedung der Wehrevorlage zu bekommen und eine solche ist auch die Erbschaftsteuer. Im Bundesrat ist ja eine große Mehrheit dafür vorhanden. Ich betone aber ausdrücklich im Namen meiner Freunde, wir kaprizieren uns nicht auf ein Wort, weil es im Wahlkampf einmal eine große Rolle gespielt hat. Wenn es auf andere Weise gelingt, so ist und der andere Weg ebenso lieb, aber immer nur eine direkte Besitzsteuer, die direkt der Kontrolle des Reichs unterliegt. Für den Umweg über die Einzelstaaten sind wir nicht zu haben. Die Reichsvermögenszuwachssteuer ist auch keine glückliche Lösung. Den Grundgedanken der Vorlage über das Erbrecht des Reichs halten wir für richtig. Viel einbringen wird sie kaum. — Beim Wehrbeitrag müssen auch die großen Vermögen der Toten Hand herangezogen werden. (Sehr richtig! links.) Alle diese Fragen werden in der Kommission eingehend zu prüfen sein, wo es hoffentlich gelingt, für die notwendige Wehrevorlage auch die notwendige Dedung zu finden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Westphal (L.): Die Vorlage ist trotz der Kürze ihrer Begründung doch gründlich durchgearbeitet. Es handelt sich hier um das schwere Problem der Abgrenzung der Finanzhoheit des Reichs und der Einzelstaaten und der ebenso schwierigen Aufgabe, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Auffassungen der Parteien zu finden. Diesen Ausgleich zu finden, ist der Regierung im allgemeinen gelungen. In einzelnen Punkten haben wir allerdings die schwerwiegendsten Bedenken. — Ein großer Fehler des Finanzplanes liegt darin, daß 1913—15 157 Millionen zur Dedung fortwährender Ausgaben fehlen, weil verschiedene Einnahmen erst später eintreffen. Das Charakteristische der Vorlage ist, daß der allergrößte Teil der Lasten auf die Besitzenden, auf den kleinen Teil der Bevölkerung gelegt wird, der ein Vermögen besitzt. Handel und Verkehr, Industrie und vor allem die breite handarbeitende Klasse werden in einer Weise geschnitten, wie das wohl niemand erwartet hat. Dabei haben sicher besonders auch die Arbeiter große Vorteile von der Wehrevorlage. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Auf die Dauer wird es nicht möglich sein, die Lasten ausschließlich auf die starken Schultern zu legen. Sie könnten zusammenbrechen und so auch die schwachen Schultern nicht mehr schützen können. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Kein anderer Staat verzichtet ganz auf indirekte Steuern. Bei der Agitation gegen die indirekten Steuern vergißt man immer auf die Lasten hinzuweisen, die dem Volk in den Einzelstaaten und den Kommunen auferlegt sind. Es ist Pflicht der Regierung, für die Anklörung des Volkes hierüber zu sorgen. (Gelächter links. Sehr richtig! rechts.) In dem Antrag Wasserberg-Graberger lag nicht die Tendenz, den Besitz ganz einseitig zu belasten, wie das hier geschieht. Trotz alledem sind wir bereit, die einseitige Belastung des Besitzes im wesentlichen im Umfang der Regierungsvorlage zu bewilligen, weil unter allen Umständen unter Vermeidung tiefgehender Reibungen unter den bürgerlichen Parteien die Kosten der Wehrevorlage aufgebracht werden müssen. (Bravo! rechts.) Die konservative Partei ist stets bereit gewesen, Opfer für die Dedung der Wehrevorlagen zu bringen. (Lautes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wie gerade Sie zu dem Vorwurfe der Steuererhöhung kommen, ist mir unverständlich. (Sehr wahr! rechts.) Haben Sie schon je eine Steuer bewilligt, die die hinter Ihnen stehenden Arbeiter belastet hat? Im Gegenteil, Sie erheben Steuern von den Arbeitern in Form der Partei- und Gewerkschaftsbeiträge, um ein großes Heer von circa 12 000 Parteistellen zu besetzen. (Große Weiterleit bei den Sozialdemokraten.) Aber wenn es sich darum handelt, die Arbeiter für die Sicherheit ihres Vaterlandes zu besteuern, versagen Sie vollständig. (Lebhaftes Bravo! rechts. Gelächter bei den Sozialdemokraten.) — Dem Wehrbeitrag stimmen wir zu. Der Anregung, daß auch über eventuelle Ueberflüsse Bestimmung getroffen wird, stimmen wir zu. Dadurch wird der Charakter der Vorlage als einer Zwecksteuer noch klarer. Den Entschluß der Landesfürsten, sich an der Steuer zu beteiligen, begrüßen wir. Wichtig ist, daß ein Recht der Fürsten zu besteuern, den Einzelstaaten nicht zusteht und ebensowenig dem Reich. (Widerspruch links.)

Zu prüfen wird sein, ob nicht auch die Gewerkschaften der Wehrbeitrag herangezogen werden können. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Land der Landwirte!) Die Besteuerung des Grund und Bodens nach dem Ertrag und nicht

nach dem Ertragswert halten wir für gerechtfertigt. Die Heranziehung der kleinen Vermögen halten auch wir für zu weitgehend. Richtiger wäre es, das Einkommen zugrunde zu legen. Aber dem stehen große Schwierigkeiten entgegen, denen nur durch ein Reichseinkommensteuergesetz zu begegnen wäre. Aber wir können unmöglich den Bundesstaaten auch noch ihre letzte Steuerquelle, die Einkommensteuer, nehmen. Daher werden wir die Unvollkommenheiten der jetzigen Vorlage im großen und ganzen in Kauf nehmen müssen, zumal es sich nur um einen einmaligen Beitrag handelt. Zu einer Regression im Interesse der kleinen Vermögen sind wir bereit. Der Ausfall kann durch stärkere Heranziehung der Einkommen gedeckt werden. Die Finanzhoheit der Einzelstaaten muß soweit wie möglich gewahrt werden. (Sehr richtig! rechts.) Eine Beeinträchtigung des Reichsgedankens liegt darin nicht. 1800 Millionen Mark reichseigener Einnahmen stehen nur 130 Millionen Mark gegenüber, bei denen den Einzelregierungen die Erhebung überlassen ist. Eine Reichserbschaftsteuer würde weniger bringen als die vorgeschlagene Besitzsteuer. Was an Zuwachsteuer aufkommen kann, ist ganz zweifelhaft.

Dieses Gesetz fiele am besten fort. Es unterscheidet nicht zwischen verdientem und unverdientem Zuwachs, wie das seinerzeit von uns befürwortete Wertzuwachssteuergesetz. — Das Erbrecht des Reichs kann unsere Billigung nicht finden. Bloß um eine Einnahmequelle zu schaffen, darf man aus dem großen Werk des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht einen einzelnen Stein herausbrechen. Der Familiengemeinschaft ist keineswegs schon so gelodert, wie dieser Gesetzentwurf annimmt, und wenn es so wäre, sollte die Gesetzgebung diesem Prozeß entgegenwirken, nicht ihn fördern. (Sehr richtig! rechts.) — Bei der Zuersteuer und dem Umsatzsteuern hat man noch das Gefühl, daß Versprechungen nicht gehalten sind. — Die Erledigung der Dedungsvorlagen muß nach unserer Meinung unbedingt und ungehörige Verwendung von Soldaten gutgehen. — General Wandel gab die Erklärung ab, daß das Kriegsministerium in diesem Falle die Verwendung von Soldaten nicht billigte und dementsprechend auch das Generalkommando unterrichtet habe.

Die weitere Debatte wird auf Freitag 1 Uhr (pünktlich) verlag.

Schluss 7 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Militäretat in der Budgetkommission des Reichstages.

In der Donnerstagssitzung brachte Genosse Gradnauer die wiederholten schweren Eingriffe militärischer Kommandostellen bei Streiks zugunsten der Unternehmer zur Sprache. Gradnauer exemplifizierte besonders auf den Vorgang in Stolp, wo Osaren in einem Transportarbeiterstreik Arbeitswilligen dienste leisten mußten. Das Generalkommando in Danzig hat diese recht unbillige und ungehörige Verwendung von Soldaten gutgeheißen. — General Wandel gab die Erklärung ab, daß das Kriegsministerium in diesem Falle die Verwendung von Soldaten nicht billigte und dementsprechend auch das Generalkommando unterrichtet habe.

In ihm hat der Kommandeur des 120. Infanterieregiments der Regimentsmusik verboten, an einer von Generalitäten im Stadttheater arrangierten Aufführung der Operette „Fledermaus“ mitzuwirken. Der württembergische Militärbefehlshaber glaubte das Verbot damit rechtfertigen zu können, daß die Sozialdemokraten den Militäretat ablehnen. — Einen schweren, militärischen Terrorismus brachte Genosse Liebnecht zur Sprache. Einem Volkereibesitzer in Spandau, der einen Garten zu einer sozialdemokratischen Versammlung hergegeben hat, ist die Milchlieferung für die Truppen entzogen worden, ferner der Bezug von Speiseresten zur Viehfütterung unterbunden. Der Mann ist dadurch ruiniert worden. — Der Kriegsminister sagte eine Untersuchung des Falles zu.

Abg. Müller-Weinigen brachte zur Sprache, daß das vom Kronprinzen geführte Infanterieregiment Exerzieren für kinematographische Aufnahmen abgehalten hat. — Der Kriegsminister betonte, daß die Filmfabrikanten sich wegen Aufnahmen gerade an dieses Regiment herandrängen, ein Armeebefehl des Kaisers habe aber streng untersagt, daß die Truppen für solche Zwecke benutzt werden dürfen. — Zu einer längeren Debatte über die Unterstützung, die die Militärbehörden dem Jung-Deutschlandbund und angeben lassen. — Gen. Liebnecht protestiert dagegen, daß finanzielle Mittel zur Förderung dieser Bewegung verwendet werden. — Die Militärverwaltung behauptet, daß der Jung-Deutschlandbund irgendwie materiell unterstützt wird. Wenn Offiziere und Unteroffiziere sich in ihrer freien Zeit in den Dienst dieser Bewegung stellen, sei das nur zu begrüßen. Die Deeresverwaltung freue sich der Bestrebungen, die körperliche Lüstigkeit der jungen Leute zu heben. — Genosse Schöpllin betonte, wenn die Militärverwaltung jetzt an die körperliche Ausbildung junger Leute herangehe, so folge sie einer alten sozialdemokratischen Forderung. Aber die Art, wie die Ausbildung vorgenommen wird, müsse energisch bekämpft werden. Für eine allgemeine körperliche Jugendausbildung, frei von allen politischen Bestrebungen, trete die Sozialdemokratie ein.

Zu einer lebhaften Aussprache führte noch die vom Zentrum beantragte Streichung einer Anzahl von Kommandanten in Residenzstädten. Vertreter der sächsischen, württembergischen und bayerischen Regierung, wie auch der Kriegsminister, wendeten sich gegen die Streichung, für die Genosse Stücken eintrat. Jetzt sei der günstigste Moment, mit diesen Einreden aufzuräumen und Ernst mit Ersparnissen zu machen. Die Debatte hierüber wird am Freitag fortgesetzt werden.

Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstages.

Die Kommission stellte in der Donnerstagssitzung den Bericht über die Wahl des Abg. v. Röcher fest, in dem die Ungültigkeitserklärung dieser Wahl beantragt wird.

Dann trat die Kommission in die weitere Prüfung der Wahl des Abgeordneten Laffer (Natl.) ein. Da ein Gegenprotest vorliegt, erörterte die Kommission die prinzipielle Frage, ob die in Gegenprotesten neuangeführten Tatsachen, die nicht Bezug auf Angaben des Protestes nehmen, von der Kommission berücksichtigt werden können, wenn der Gegenprotest innerhalb der festgestellten Frist beim Reichstage eingegangen ist. Mit elf gegen drei Stimmen beschloß die Kommission, daß künftig die in Gegenprotesten angeführten neuen Tatsachen, die sich nicht auf den Protest beziehen, von der Kommission bei der Prüfung einer Wahl berücksichtigt werden können. — Die Prüfung der Wahl Laffers kam noch nicht zu Ende.



Um mühelos grösste Reinheit zu erzielen, ist nur dreierlei nötig: Wasser, Lappen (oder Bürste) und **VIM**. Einfachste Anwendung!

VIM

das neuzeitliche Scheuer-, Polir- und Putzpulver.

Hergestellt von Sunlight Seifenfabrik, Rheinu-Mannheim

Hände, die geschwächt, berusst, beledet sind reinigt **VIM** schnell Selbst ganz alte eingetrocknete Schmutzflecken müssen seiner reinigenden Kraft weichen.





A. Wertheim



Leipziger Str. 126-130
132-137

König-Str.

am Bahnhof
Alexander-Platz

Rosenthaler Strasse

Oranien-Strasse

G. m. b. H.

Versand-Abteilung:
Leipzigerstr. 132/137

Fleisch

- Schmorfleisch . . . Pfund 85 Pz bis 1.00
 - Kamm und Querrippe . . . Pfund 65 Pz
 - Brust Pfund 70 Pz Fehlrippe Pfund 75 Pz
 - Pökelbrust Pfund 90 Pz -Zunge Pfund 1.30
 - Talg Pfund 45 Pz, ausgelassen . . . Pfund 55 Pz
 - Schinken im Ganzen . . . Pfund 85 Pz
 - Rückenfett . . . Pfund 65 Pz, 3 Pfund . . . 3.10
 - Kalbskeule u. Rücken im Ganzen Pfund 1.00
 - Kalbskamm, Bug, Brust 80, 85 Pz
 - Brustspitze . . . Pfund 95 Pz
 - Hammel-Dünnung . . . Pfund 75 Pz
 - Hammel dicke Rippe . . . Pfund 85 Pz
 - Kasseler Rippespeer im Ganzen Pfund 1.00
 - Eckstück bis 2 Pfd. 90 Pz, Mittelstück Pfund 1.10
- | | Keule | Rücken | Blatt |
|-----------------|----------------------------|--------|------------|
| Renntier | 1.10 | 1.20 | 1.00, 1.10 |
| Wilde Kaninchen | gestrichelt 80 Pz bis 1.00 | | |

Freitag und Sonnabend Kolonialwaren

- | | |
|---|---|
| Victoria-Erbisen . . . Pfund 18, 22 Pz | Kalif. Pflaumen 22, 28, 38, 45 Pz |
| Kleine Erbsen . . . Pfund 15 Pz | Entsteint. Pflaumen Pfund 50, 58 Pz |
| Glasierte Erbsen Pfund 22, 26 Pz | Kaliforn. Birnen Pfund 38, 48, 58 Pz |
| Glasierte Erbsen geth. sp. Pfund 20 Pz | Kaliforn. Aprikosen Pfund 65, 80 Pz |
| Grüne Erbsen . . . Pfund 18 Pz | Kalif. Pfirsiche Pfund 42, 52 Pz |
| Grüne glasierte Erbsen Pfund 28 Pz | Amerik. Ringäpfel Pfund 42, 52 Pz |
| Französ. Erbsen grün, gepulvert Pfund 32 Pz | Bohräpfel . . . Pfund 55 Pz |
| Linzen . . . Pfund 16, 21, 26 Pz | Kirschen sauer, Pfund 60, Pfund 45 Pz |
| Kleine weiße Bohnen Pfund 18 Pz | Kaliforn. Kirschen ohne Steine Pfund 1.40 |
| Mittelbohnen . . . Pfund 22 Pz | Heidelbeeren getrocknet, Pfund 75 Pz |
| Salat-Bohnen . . . Pfund 28 Pz | Java-Reis . Pfund 24, 30, 36 Pz |
| Gem. Backobst Pfund 28, 40, 50 Pz | Rangoon-Reis . Pfund 18, 20 Pz |

Wurstwaren

- | | |
|-------------------------------------|---|
| Rotwurst Pfund 55, 85 Pz | Teewurst Pfund 1.30 |
| Landleberwurst Pfund 1.00 | Zervelat- u. Salamiwurst Pfund 1.25 |
| Feine Leberwurst . . . Pfund 1.20 | Schinkenspeck in Stücken von 1/2-1 Pfd. ca. 2-3 Pfund schwerer . Pfund 1.40 |
| Pasteten-Leberwurst Pfund 1.25 | Mausschinken . . . Pfund 90 Pz |
| Bauernmettwurst . . . Pfund 1.25 | Fetter Speck . . . Pfund 1.00 |
| Jagdwurst Pfund 1.10 | Magerer Speck . . . Pfund 1.00 |

Fische

- Kabeljau ohne Kopf in ganzen Fischen, Pfd. 12 Pz
- Seelachs ohne Kopf in ganzen Fischen, Pfd. 8 Pz
- Schellfisch Pfd. 12, Zander (frische) Pfd. 60 Pz
- Schollen gross, Pfund 20, Bratschollen Pfund 12 Pz
- Rotzungen Pfd. 12, Lachs in ganz. Fisch, Pfd. 63 Pz
- Grüne Heringe 2 Pfund 15 Pz
- Leb. Hechte Pfund 88, über 6 Pfd. schwer Pfund 68 Pz
- Lebende Plötzen Pfund 35 Pz
- Lebende Aale Pfd. 1.05, 1.20, 1.35
- Leb. Spiegel-Karpfen 4-6 Pfund schw. Pfd. 85 Pz
- Lebende Krebse Mandel 50 Pz bis 4.00

Geflügel Soweit vorhanden

- Junge Gänse Pfd. 90 Pz, 1.15
- Junge Tauben 45, 60, 75 Pz
- Suppenhühner Stück 1.45 bis 2.75
- Brathühner Stück 1.45 bis 2.75
- Enten Stück 2.10 bis 3.00
- Masthühner Stück 2.85 bis 3.25
- Poulets Stück 1.65 Kiebitzeier

Obst und Gemüse

Soweit vorhanden

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------------|
| Amerik. Äpfel . . . Pfund 20 Pz | Engl. Gurken . . . Stück 30, 40 Pz |
| Kalif. Äpfel Pfund 28, 35, 45 Pz | Petersilie, Schnittlauch Topf 14 Pz |
| Kanarische Bananen Pfund 28 Pz | Zitronen Dtz 35, 45 Pz |
| Ananas Pfd. 65, 78, Chicoree 20 Pz | Malta - Kartoffeln . . Pfund 10 Pz |
| Apfelsinen . . . Dtz 30, 45, 55 Pz | Ital. Kartoffeln . . . Pfund 8 Pz |
| Blut-Apfelsinen Dtz 30, 45, 70 Pz | Meerrettich Pfund 15 Pz |
| Mandarinen Pfund 22 Pz | Junge Schoten . . . Pfund 35 Pz |
| Locums-Feigen . . . Pfund 60 Pz | Rhabarber Bund 10 Pz |
| Locums-Feigen Kiste 35, 43 Pz | Mohrrüben 3 Pfund 10 Pz |
| Blumenkohl . . . 10, 15, 20 Pz | Rote Rüben 3 Pfund 10 Pz |
| Salat Kiste 10, Spinat 2 Pfd. 45 Pz | Schwarzwurzeln . . 3 Pfund 20 Pz |

Butter u. Käse

- Kochbutter Pfund 1.20
- Tischbutter Pfund 1.25
- Tafelbutter Pfund 1.34, 1/2 Pfd. 67 Pz
- Tafelschmalz . . . Pfund 68 Pz
- Pflaumenmus . . . Pfund 30 Pz
- Marmelade leloht gefärbt, Pfd. 33 Pz
- Holländerkäse . . . Pfund 80 Pz
- Tilsiter Käse vollfett . Pfund 85 Pz
- Limburger Pfd. 50, Romatour u. 30 Pz
- Brie vollfett Pfund 75, Schweizer Pfd. 88 Pz
- Bayer. Emmentaler Pfund 1.05
- Allgäuer Alpenkäse Pfund 68 Pz

Wein

Moselwein

- | | |
|--|-------------------|
| inkl. Flasche | 1/2 Fl. bei 10 Pz |
| Obermoseler 65 Pz 63 Pz | |
| Wormeldinger 75 Pz 73 Pz | |
| 1911 Remicher 80 Pz 78 Pz | |
| 1909 Conzer natur rein . . . 95 Pz 92 Pz | |
| 1911 Langsurer 1.05 1.02 | |
| 1909 Eitelbacher 1.15 1.10 | |
| 1911 Lieserer natur rein . . . 1.35 1.30 | |
| 1908 Brauneberger Falkenberg 1.90 1.80 | |

Bordeauxwein

- | | |
|---|-------------------|
| inkl. Flasche | 1/2 Fl. bei 10 Pz |
| 1909 Les-Bessannes 90 Pz 88 Pz | |
| 1907 Castillonais 95 Pz 93 Pz | |
| 1909 Crü du Marin 1.05 1.02 | |
| 1906 Beaufils-Blaye 1.15 1.10 | |
| 1907 Parempuyre 1.30 1.25 | |
| 1907 Chät. Duhard Milon 1.50 1.45 | |
| 1907 Chät. Calon Segar 1.70 1.65 | |
| 1907 Chät. Dacré-Branaire 2.05 2.00 | |

Theater.

Freitag, 11. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Ramon. Königl. Schauspielhaus. Seitlich. Der lebende Leichnam.
Anfang 8 Uhr.
Urania. „Hohenzollern“-Fahrten.
Deutsches Schauspielhaus. Ill. Heloidberg.
Kammertheater. Die Fama von Berg-op-Boom.
Königgräber Straße. Die fünf Franken.
Theater des Westens. Der liebe Augustin.
Berliner. Filmzauber.
Theater in der Königgräber Straße. Abends 8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Deutsches Schauspielhaus. 8 Uhr: Alt-Heidelberg. (Karl Heinz; Harry Walden.)
Theater des Westens. 8 Uhr: Der liebe Augustin.
Residenz-Theater. Anfang 8 Uhr: Die Frau Präsidentin. (Madame la Présidente). Morgen und folgende Tage: Die Frau Präsidentin.
Montis Operetten-Theater (r. Neuss Theater). 8 Uhr: Der Zigeunerprimas.
Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. (Maysel, Britton, Schrader.)
Anfang 8 Uhr.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.
Berliner Eisballett. Lebende Eisballett.
Sternwarte. Invalidenstr. 87-82.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr: Klein Dorrit.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Andere.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Das Konzert.
Sonntag, abends 8 Uhr: Klein Dorrit.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr: Cyrano von Bergerac.
Sonnabend, nachmittags 3.10 Uhr: Wallensteins Tod.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Gyges und sein Ring.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: König Lear.
Sonntag, abends 8 Uhr: Cyrano von Bergerac.
Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Theater in der Königgräber Straße.
Abends 8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Deutsches Schauspielhaus.
8 Uhr: Alt-Heidelberg. (Karl Heinz; Harry Walden.)
Theater des Westens.
8 Uhr: Der liebe Augustin.
Sonnt. 7 1/2 Uhr: Der Zigeunerprimas.
Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr: Die Frau Präsidentin. (Madame la Présidente). Morgen und folgende Tage: Die Frau Präsidentin.
Montis Operetten-Theater (r. Neuss Theater). 8 Uhr: Der Zigeunerprimas.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger. (Maysel, Britton, Schrader.)
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 1/2 Uhr.

Theater am Nollendorfplatz.
8 Uhr: Liebeleli.
Sonnabend, 12. April, nachm.: 2. Aufl. der Opernschule d. Sternischen Konjerto.
Luisen-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr: Vor 100 Jahren oder: Napoleons Sieg und Fall.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Im wunderschönen Monat Mai.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vor 100 Jahren oder: Napoleons Sieg und Fall.
Sonnt. 8 Uhr: Wer war es? oder: Der Film als Detektiv.
ROSE-THEATER.
Große Frankfurter Str. 122.
Anfang 8 Uhr.
Sherlock Holmes.
Defestioformid. in 4 Akten von Reisinger.
Sonnabendnachm.: Zapf und Schwarz.
Abends 8 Uhr: Die größte Täube.
Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr: Wenn Frauen reisen
Sonntag 3 Uhr: Der selige Topinot.
Passage-Panoptikum.
DER LEBENDE LEICHNAM.
Das Wunder atavistischen Verschleissens. LEBEND!
FUSSKÜNSTLER SARTON.
Der armlose PAGANINI.
Alles lebend! Alles ohne Extra-Entree!

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr: „Hohenzollern“-Fahrten.
Metropol-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Cloufossé.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.
Karl Bachmann J. Giampietro
G. Thielscher V. Norbert
H. Ballot J. Russka Ly Winter
Herrnfeld Theater.
Schonzeit-Jäger.
Komödie in 2 Akten von Anton u. Donat Herrnfeld.
Liebesprobe.
Pseuderei in 1 Akt v. Ernst Klein.
Anfang 8 Uhr.
Ververkauf 11-2 (Theaterkasse).
„Clou“ Berliner Konzerthaus.
Mauerstraße 32. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert.
Gastspiel des Philharmonischen Blasorchesters aus Holland. Dirig. Maestro Loreto Tesona.
Musik des 1. Garde-Regiments. Dirig. Oberst. Baars.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert.
Eintritt.

Circus Carré.
Telephon 1753.
Neukölln - Pfingststraße.
Freitag, den 11. April: Vormittags 11-1 Uhr: Probe mit Konzert.
Erw. 20 Pf. — Kinder 10 Pf.
Abends 8 Uhr: Große Highlife-Festspiele.
35 Attraktionen 85.
Billott-Vorverkauf bei A. Wertheim.
Voigt-Theater.
Gubstraße 38.
Freitag, den 9. April: Lassalles Ende.
Drama in 4 Akten von J. Rheinwald.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Casino-Theater.
Lehringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis Montag, den 5. Mai: Der uralte Völkensänger: Arius Flitterwochen.
u. das glänzende kritische Programm.
Sonntagnachm.: Papas Seitensprung.
Schluß der Saison: Montag, 5. Mai.
Admiralspalast Eis-Arena.
Abends 9 Uhr: Das sensationelle Eisballett Flirt in St. Moritz.
Die kleine Charlotte. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenspreise.
Restaurant I. Ranges. Wein- und Bier-Abteilung.

Donnerstag, den 17. April: Letzte Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann.
Heute Freitag, den 11. April, abends 8 Uhr: Große Elite-Vorstellung.
U. a.: Direktor A. Schumann m. sein. neuesten Kreationen. 10 Lio-Hoi-Tsch'n 10 chinesische Gaukler. Aerobatic-Doppel-lockey-Act Gebr. Powell.
Eles Kegelpartie zu Pferde, geritten von 8 Herren.
Um 9 1/2 Uhr: Das große Ausstattungsspiel: Der unsichtbare Mensch.
Walhalla-Theater.
Weinbergsweg 19/20. Täglich 8 1/2 Uhr.
Parole: Walhalla!
Große Jahresrevue.
Borgungsfarben haben täglich Gültigkeit.
Folies Caprice.
Des Löwen Erwachen.
Poffe von Bernhard Kastel.
Der Rehbod.
Poffe mit Gelang von Heco Galton.
Floh-Seitenfrünge.
Poffe von Müller und Tausch.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.
Theater Königstadt-Casino.
Ede Goldmann. u. Alexanderstraße. 1 Minute v. Bahnh. Jannitschbrücke.
Ich komme von Herrn Meyer!
und das kritische Spezialitäten-Programm.
Kino-Theater Marienbad.
Badstr. 35-36.
Heute Premiere.
Im Konzert-Restaurant: Heute großes Militär-Konzert.
Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Eine Erklärung Andlers.

Paris, 6. April. (Fig. Ber.)

Der „Clair“ veröffentlicht heute eine längere Zuschrift Andlers. Wie wir schon berichtet haben, hat Jaurès Andler, der sich über die falsche Interpretation seiner Artikel in der „Action Nationale“ be- schwerte, auf diesen Weg verwiesen. Wir erfahren also jetzt, wie Andler seine Enthüllungen über den „Imperialismus“ in der deutschen Sozialdemokratie verstanden wissen will. Er sagt im wesentlichen folgendes:

„Der „Temps“ und die sozialistischen Blätter haben sich total geirrt. Ich habe nicht auf die traditionelle deutsche Sozial- demokratie gezielt, die alle meine Sympathien hat“, trotzdem sie ihre Formeln „aus alten Büchern“ schöpft. Der von mir beschriebene Imperialismus, militaristische und Geschäftssozialismus ist ein verwandelter Sozialismus, eine neue Doktrin, die von einem bedeutenden Bruchteil der deutschen Sozialdemokraten an- erkannt wird, von jungen Führern, von einer führenden Elite. Ich gehe indes, daß ich an drei Stellen meiner Broschüre den Fehler begangen habe, von „Sozialisten“ und vom „heutigen Sozialismus“ fälschlich zu sprechen, welche Ausdrücke, aus dem Zusammenhang gerissen, wohl zu Mißverständnissen den Anlaß geben konnten. Ich bedaure diesen lapsus. Was das Verbot-Brot anlangt, habe ich natürlich nicht unterlassen wollen, daß er selbst das Signal zu neuen Rüstungen geben sollte. Aber ich habe den Wortlaut nicht anders geben können, weil Verbot in Jena den Zusatz vom „bürgerlichen Europa“ nicht gesprochen hat. Er hat ihn nachträglich angefügt. Ich habe die erste Ausgabe des offiziellen Stenogramms, wie sie im „Vorwärts“ erschien, wiedergegeben. Die spätere Re- touché bezeugt ein Vereuen des Gedankens oder des Ausdrucks. Darum kann man mich nicht fälschlich heißen. Nebenbei hat Verbot in Jena einen schwachen Fehler begangen. Wohl nicht in seiner Eröffnungssprache, aber in seinem Bericht über die marokkanische Frage, wo sein Gefühl dargelegt wird. Er hat sich darin die Kritik, die MacDonald an der Rede von Lloyd George am 21. Juli 1911 geübt hatte, zu eigen gemacht. Die Rolle der sozialistischen Parteien aller Nationen ist aber, die Regierenden ihres eigenen Landes zu kritisieren. Da- durch, daß Verbot von dieser Regel abwich, hat er, ob mit Willen oder nicht, die Partei der brutalen germanischen Junker genommen. Ich gehe nicht soweit, Roske seine patriotische Reichstagsrede vom April 1907, die General von Einem anerkannte und Verbot lobte, vorzuwerfen. Der defenstive Patriotismus gehört zu den strengen Pflichten des Sozia- listen. Und ich begreife nicht, was meine historische Studie mit der Vorlage über die dreijährige Dienstzeit zu tun haben soll. Die Sympathien der deutschen Sozialdemokratie haben doch im französischen Mobilisationsplan keine Rolle spielen können! Was ich wiederhole, ist, daß der internationale Sozialismus noch nicht die Kraft hat, seinen Friedenswillen durchzusetzen. Ich weiß auch, daß der alte Sozialismus in Deutschland wie in Frank- reich auf allen seinen Kongressen bezeugt hat, daß er eine Friedensmacht ist. In der Außenpolitik der deutschen Sozial- demokratie hat es wohl Ungeheuerlichkeiten und schwere Fehler ge- geben, aber noch ist nichts Irreparables geschehen. Ich bin sogar bereit, den neuen imperialistischen Sozialisten wie Duesel Ge- rechtigkeit widerfahren zu lassen, wenn sie nachweisen können, daß ihre Methode friedliebend sein kann. Ich bewundere ohne Rücksicht die eheliche Begeisterung der tieferen Schichten des deutschen Proleta- riats im Kampfe gegen die neuen Rüstungen. Die Begebenheiten haben es aufgerüttelt. Wohl erfüllt sich zweifellos manche meiner traurigen Prophezeiungen. Die Abgeordneten von Elsaß- Lothringen scheinen mir in ihrem Widerstand mutiger und logischer zu sein als die sozialistischen Reichstags- abgeordneten. Der deutsche Sozialismus ist noch zu

ohnmächtig, um seiner Mission voll gerecht zu werden, aber er gibt, was er kann, aus vollem Herzen. Und sein millionen- stimmiger Friedensruf wird jetzt Hunderttausende Schwankender fortstreifen.“

Also spricht jetzt Charles Andler. Man sieht, die Weise und der Text haben sich bedeutend geändert. Nicht nur seit den Novembertagen, wo Anders Angriffe in der „Action Nationale“ erschienen, sondern seit dem Brief, den er vor ein paar Tagen an James Guillaume schrieb. Denn dort zählt er nur eine Million bewußter deutscher Sozialdemokraten, die dem Friedensgedanken treu anhängen, während die übrigen drei Millionen unklare Demokraten seien, die von den Imperialisten eingefangen werden könnten. Dagegen sieht er jetzt den Friedenswillen aus den Tiefen des deutschen Proletariats hervorbrechen. Aber am Ende würde Andler die Meinung, daß da ein Widerspruch vorhanden sei, als „pedantische Haarpalterei“ ansehen. Vergnügen wir uns also mit dieser „Erläute- rung“ seiner früheren Behauptung. Wenn Andler nun auch den „imperialistischen“ Sozialdemokraten, offenbar aus Anerkennung, weil sie nicht aus „alten Büchern“ schöpfen, die bedingte Verurteilung vergönnen will, werden seine unbefangenen Leser leicht auf den Verdacht kommen, daß er mit Kanonen nicht auf Spagat, sondern einfach ins Blaue hinein geschossen hat. Dabei ihm begreiflicherweise das Malheur passierte, daß ihm die Geschosse auf die eigene Nase fielen. Andler meint, er habe nur mißverstanden werden können, wenn man seine Sätze aus dem Zusammenhange gerissen habe. Wer aber hat Verbot's Sätze aus dem Zusammenhange gerissen? Aus dem Zusammenhange nicht nur einer Rede, sondern einer monatelangen Diskussion? Andler versteift sich jetzt mit professionalem Eigensinn auf das Recht, den Text der Verbot'schen Rede im „Vorwärts“- Bericht und nicht im Protokoll als authentisch anzusehen, und geht in dieser Rechthaberei, hinter der allerdings die Verteidigung seines kompromittierten Philologengewissens zu suchen ist, bis zur perfiden Unterstellung einer „Neue“ Verbot's, wo es sich doch höchstens um die Präzisierung eines Gedankens und um eine Versicherung gegen unrichtige Mißdeutungen gehandelt haben könnte. Wenn Andler weiter, nur um gegen Verbot recht zu behalten, dielem vor- wirft, daß er sich MacDonalds Kritik der Rede Lloyd Georges zu- eigen gemacht habe und dabei das merkwürdige Gesey aufstellt, daß Sozialisten nur ihre eigene Regierung, nicht ausländische kritisieren dürften — woraus folgen würde, daß es überhaupt keine interna- tionale sozialistische Politik geben könne — ist das um so ergötzlicher, als er selbst in einem Atem gegen dieses proklamierte Verbot verstößt, indem er über Wolff-Metternich und Adlerer- Wachter als „brutale germanische Junker“ herfällt — mit einer Wendung, die allerdings weniger aus dem „alten Büchern“ des internationalen Sozialismus, als aus dem Legion des Massen- chauvinismus geholt zu sein scheint. Wir bezweifeln sogar, daß Andler selbst aus den Schriften der „imperialistischen“ deutschen Sozialdemokraten irgend eine Parallelfälle gegen „politische“ Kauf- kapitalisten anführen könnte. Doch hat er vermutlich nur die Klasse und nicht die Klasse im Auge gehabt und bloß einen neuen „Lapsus“ begangen.

Wir begreifen Andlers Verlegenheit. Er hat erst durch seinen Artikel dem Nationalismus Wasser auf die Mühle geleitet und hernach durch die Unterfährte, die er auf das Protestmanifest der „Intellektuellen“ gegen die Rüstungsvorlagen setzte, den Vorwurf der Unlogik gegen sich heraufbeschworen. Jetzt sucht er um jeden Preis nachzuweisen, daß er nicht in Widerspruch mit sich geraten sei. Deshalb einerseits sein abgeschwächter und lächerlicher Versuch, einen Gegenlag zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und den Ab- geordneten Elsaß-Lothringens nachzuweisen, andererseits sein Wohl- behaltungsgewinn für das deutsche Proletariat. Aber mit dem ersten rechtfertigt er ebenso wenig die Anlagen seiner Broschüre, wie er mit dem zweiten die nationalistiche Kritik seiner Unterfährte widerlegen kann. Denn es handelt sich nicht darum, ob die Sozialdemokratie derzeit

„mächtig“ oder „ohnmächtig“ ist. Was Andler — zuletzt noch in seinem Brief an Guillaume — behauptet hat, ist, daß der Imperialismus in der deutschen Sozialdemokratie eifrige und einflussreiche Verfechter habe und das Proletariat zu ergreifen drohe. Wäre dem so, dann hätten in der Tat diejenigen, die in Frankreich die Notwendigkeit verstärkter Rüstungen behaupten, recht, wobei höchstens nur noch in Frage käme, ob just die dreijährige Dienstzeit das richtige Mittel sei. Und dann hätte Andler seine Unterschrift nicht unter einen Protest setzen dürfen, der sich gegen die Rüstungspolitik im allgemeinen wendet. Er sagt jetzt zwischen zwei Stühlen und wird die Beaglichkeit dieser Situation schwerlich dadurch steigern, daß er der Welt versichert, daß sie logisch und mutig sei.

Verichtigung. Ein Druckfehler hat im ersten Satz unseres Artikels „Andler und sein Anwalt“ in der Nummer vom 5. April die „Vice Dubriere“ zu einer „monarchistisch-syndikalistischen „Revue“ gemacht. Im Manuskript stand „anarchistisch-syndikalistische“.

Abgeordnetenhaus.

162. Sitzung. Donnerstag, den 10. April 1913, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trost zu Solz.

Der Kultusetat. — Elementarschulwesen.

Abg. Fehr v. Belsky (ft.) ist für Vertiefung der Schul- inspektion und spricht dann über Lehrerbefordlungsfragen. Kultusminister v. Trost zu Solz warnt davor, durch eine Ab- änderung der Lehrerbefordlung wieder Kämpfe heraufzubeschwören. Zur Prüfung der Belastung der Gemeinden durch die Schulkosten müssen erst die statistischen Unterlagen beschafft werden. Der Minister schilbert dann, was zur höheren wissenschaftlichen Aus- bildung der Lehrer, an Errichtung von Seminaren usw. geschehen ist. Die Lehrerbefordlung sind von 1906—1911 um ein Drittel, insgesamt 100 Millionen Mark, gestiegen. (Beifall.)

Abg. Graß (Sp.) fordert Befreiung der überfüllten Schulklassen und tritt für das Einheitsgehalt für alle Lehrer ein. Die haarsträubenden Schulkonflikte in der Ostmark schreien nach Abhilfe. Besonders schroff ist das Vorgehen des Ge- heimrats Dr. Wajnow, der in seiner Eigenschaft als Revisor die Lehrer schuldig und drangsaliert, so daß ein junger Lehrer aus Verzweiflung kürzlich Selbstmord verübt hat. (Hört! hört! links.)

Ein Regierungskommissar: Zwei Zeitungen, die das behauptet haben, sind vom Staatsanwalt zur Rechenschaft gezogen worden. Die Sache schwebt noch, so daß der Minister hierzu noch nicht Stellung nehmen kann.

Abg. v. Trautzsch (Vot.): Den polnischen Kindern wird die deutsche Sprache gewaltsam beigebracht. In keinem Lande der Welt wird in der Volksschule den Kindern nicht ihre Muttersprache ge- lehrert. Die Schule verfolgt in den polnischen Gegenden poli- tische Ziele.

Abg. Borchardt (Soz.):

Ueber einen reuigen Sünder ist mehr Freude als über 99 Ge- rechte. Und wir freuen uns, daß die Mehrheit erkennt, wie töricht sie gehandelt hat, als sie die Generaldebatte abschchnitt. Aber darum müssen wir manches jetzt eingehender vorbringen. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die preussische Volksschule soll so unnahbar sein wie der preussische Leutnant. Aber hat und nicht der Schuster sagt den preussischen Hauptmann nach- gesamt? (Heiterkeit.) Also Vorsicht mit solchen Behauptungen! — Wir sollen nur 0,05 Proz. Analphabeten haben, da rechnen Sie aber alle die Millionen, die nach einem elenden Schulunterricht nur gerade ihren Namen schreiben können, nicht mit. Wir sollen keinen Lehrermangel haben, „nur“ etwas über

6000 Schulen mit 1 085 000 Kindern sind überfüllt, also fast ein Sechstel! Und erst bei 71—80, ja über 120 Schülern, je nach der Zahl der angestellten Lehrer, gilt Ihnen eine Klasse für überfüllt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Trotz dieser

wobei sie nun ihrerseits von dem Freier der Rechte erloppt werden. Schluss: die beiden Paare „kriegen“ sich. Das ist doch allzu dürrig. Der Komponist tut sein mögliches, um die Armut der Handlung durch schallhafte Musik, namentlich bei der allerdings schon von Mozart Vorbildlich ausgestatteten Jofe zu beleben. Es fehlt auch nicht an hübschen Einzelheiten, wozu das Orchester am Schluß zu zählen ist. Allein das Orchester wird doch meist zu wuchtig be- dacht und hier durch die tadelnde Grazie mehr als wünschenswert beeinträchtigt.

Dingegetn konnte sich der Instrumentalmusiker in der nachfolgenden Pantomime „Der Schleier der Pierrette“ in seiner ganzen Stärke zeigen. Arthur Schnitzler hat diese Pantomime aus seiner erschütternden Tragödie „Der Schleier der Beatrice“ ge- schöpft, aber ins altwäuer Bürgertum verlegt. Die Handlung ist nur vereinfacht und auf drei Bilder zusammengezogen. Sonst blieb der Vorgang der gleiche. Als Kommissar erinnert die Pantomime an die altitalienische „Commedia dell'arte“, mit dem Unterschied je- doch, daß Schnitzler deren burlesk-komischen Charakter im Bestreben poetisch-psychologischer Vertiefung tragikomisch gewandelt hat. Dohnányis Musik steht zwar unerkennbar unter Mozart- Wagnerischer, ja selbst Johann Straußscher Einwirkungen. Er bringt aber neben ungarisch-wienerischer Silbermengenung auch genug Eigenart mit. Die Instrumentation, die sinfonische Charakter- färbung beherrscht er in allen ihren modernsten Formen. Originell ist seine Musik jedenfalls. Die weibliche Hauptgestalt in der vom Komponisten persönlich geleiteten Pantomime, die Pierrette nämlich, wurde von Elsa Galafra's schauspielerisch, bis auf die Bühnensignale, die noch überzeugender herausgearbeitet werden müßte, ganz vortrefflich, das Tanzkinästhetische weniger ansprechend gegeben. Einat Linden (Pierrot) und Edwin Feyer (Arlecchino) allompag- nierten gut. Die tanzende Hochzeitsgesellschaft, das altwäuerische Musikantenvierblatt, die Räumlichkeit tragen Naturtreue. Bis auf die halben Räume war die Regie auch in „Lante Simona“ fleißig am Werk. Gesanglich und darstellerisch traten hier Mizzi Fink (Jofe), Ernst Lehmann (Graf Florio) und Luise Waza (Donna Simona) hervor. Rudolf Kraffelt dirigierte mit musikalischem Feingefühl. e. k.

Notizen.

— Wagners Liebesmahl der Apostel, ein Jugend- werk, soll Anfang Mai an der Stätte, wo es 1843 seine Urauffüh- rung erlebte, in der Dresdener Frauenkirche, von ersten Dresdener Musikern unter Schuch's Leitung aufgeführt werden. — Lilla Durieux will den Hellerer-Festspielen bei- springen. Sie wird in Paul Claudels Mysterienspiel „Verlin- digung“ mitwirken. — Kunst auf der Bauhausausstellung. Der Verein Leipziger Jahresausstellung, den Max Klingner leitet, wird auf der Leipziger Bauhausausstellung einen Rückblick über die letzten dreißig Jahre in der Figurenmalerei bieten. — Der plattdeutsche Dichter J. H. Fehrs beging am Donnerstag in Nyehoe unter allgemeiner Teilnahme plattdeutscher Vereine seinen 75. Geburtstag. — Zum Herbst sollen seine Schriften (darunter der große Roman Naren) gesammelt erscheinen. — Der Erfinder des Schiffskreuzers Otto Schild ist am Donnerstag, 79 Jahre alt, in Hamburg gestorben.

Kleines feuilleton.

Das graue Pulver und der Detektiv Schwarz. Die „Zeit im Bild“ mit ihrem Kriminal-Preisausgaben ist durch die Char- lottenburg-Rummelsburger Wirklichkeit in den Schatten gestellt. In Charlottenburg hängte sich im Oktober vorigen Jahres ein Ober- sekundaner an eine Lärklise — eine Vereicherung des Kapitals Schülerelbstmorde. Die Eltern aber, wie Eltern nun einmal so sind, unvertut mit dem Seelenleben der Pubertätsjahre und den Mythen des Frühlingserwachens, da der Schritt in das große Dunkel so leicht und schnell getan wird, witterten Nord und besteten dem früheren Dienstmädchen einen Privatdetektiv an die Fersen. Der, als Möbelhändler, schleiht sich in Rummelsburg erst in die Familie und dann ist das Vertrauen des Mädchens ein, heuchelt heiße Zuneigung, legt öfters die Hand aufs Herz, bringt Blumen und verlobt sich eines schönen Tages mit der Rummels- burgerin, nur zu dem Ende, aus ihr herauszuloden, daß jener Obersekundaner gewaltsam durch ihre Mithilfe ums Leben gekommen. Unter den Suggestivfragen des „Bräutigams“ erzählt sie endlich eine abenteuerliche Geschichte von ihrem Liebhaber, der im Affekt den jungen Menschen umgebracht habe. Hinter der Tür aber doch ein Kolliseergeant, der springt im geeigneten Moment hervor, das Mädchen wird verhaftet, widerruft natürlich vor dem Untersuchungsrichter den ganzen Unsinn, macht in ihrer Verzweiflung einen Selbstmordversuch — und die Presse behandelt sie bereits als erledigte Mörderin.

Der Detektiv Schwarz aber — o er ist ein Gentleman! Und lortest! Und weiß, was sich gehört! — veröffentlicht folgende Ent- lobungsanzeige:

Nach erfolgreicher Tätigkeit und durch das eigene Gehändnis der Verduldigten ist es mir endlich gelungen, die Berliner Nord- affäre Tiemann-Heinrich aufzuklären. Die Verhaftung der Verduldigten ist erfolgt, und die Verlobung mit Fraulein Elisabeth Heinrich erkläre ich für aufgehoben.

Paul Schwarz, Detektiv, Inhaberschaft am königlichen Polizeipräsidium, Berlin-Charlottenburg.

Zimmer lortest! Reht nur noch; empfiehlt sich für Auskünfte, Beobachtungen, Ehehindernisse, Anlante Bedingungen! Möglic, daß trotz allem ein Nord vorliegt! Aber dieser ge- heimnisvolle Unbekannte, der Schloffer sein soll, also ein Mensch mit kräftigen Muskeln, und einem Rennhals, um ihn unschädlich zu machen, ein geheimnisvolles graues Pulver in den Mund schütten muß (!), der dann auch nicht eine Stecknadel raubt, obwohl er noch eine ganze Stange ungeschört ist — wie sehr schmeckt das nach Suggestion und Hinterzettel!

Aber der Fall hat das Gute, daß der Gentleman Paul Schwarz ins P-le tritt. Dingen, einem Mädchen Liebesworte vorstammeln, schmachtend sein, ein Bräutigam, wie er im Liebesbriefsteller steht, und gewinnen und voll Heiligkeit, und das alles, um eine arme Dirne aufs Schafott zu bringen und das alles für 10 Mark Tage- lohn und Erstattung der Auslagen — ei! dazu gehört eine feilsche Gewandtheit, die nicht jeder besitzt.

Musik.

Deutsches Opernhaus Charlottenburg. Nach Puccini, dem Italiener, hat uns nun die Direktion mit Ernst von Dohnányi, einem in Berlin anässigen deutschungarischen Komponisten, bekannt gemacht. Dohnányi buldigt neueren Ver- strebungen, die darauf abzielen, der modernen Oper eine von Wagner ablenkende Richtung zu geben. Dieses neue Genre heißt „Lustspiel- oper“. Ob es Bestand hat, mag die Zukunft lehren. Im Hinblick auf Dohnányis einaktige Spieloper „Lante Simona“, die hier ihre Uraufführung erlebte, wird von einer tieferen Interesse über den Tag hinaus schweulich zu reden sein. Der Librettist griff einen Stoff auf, der in der Kololozeit mit ihren Schäfer- und Gärtner- spielen beliebt war. Donna Simona liest auf Grund eigener schlechter Erfahrungen ihre Nichte Beatrice ängstlich vor Wärmern, kann aber doch nicht verhindern, daß deren gräßlicher Verehrer als Gärtner Zugang zu verschaffen weiß. Die Liebenden werden im Park erwischt, und der Graf wird hinausgewiesen. Ausz darauf jedoch fälschlich ein anderer Graf ein, der frühere Verehrer der Donna Simona. Es gibt zwischen beiden eine zärtliche Zwiefsprache,

Zustände weigert sich die Regierung, die Mittel zur Abhilfe zu fordern. Die Kinder aus überfüllten Klassen sind aber geschädigt für ihr ganzes späteres Leben, und Sie, die Staatserhaltenden, tragen die Verantwortung dafür, wenn Sie nicht sofort Abhilfe schaffen. Nach amtlicher, uns vorgelegter Statistik ist die Schulüberfüllung und der Lehrermangel auf dem Lande besonders verbreitet, dort kamen auf 79 000 Klassen nur 65 000 Lehrstellen, also man rechnet gar nicht mit genügend Lehrkräften! 327 000 Schulkinder besuchen Halbtags- und 600 000 einlässige Schulen, die ja fast gar keine Schulen sind. (Abg. Kesternich (Z.): Idealisten sind Sie!) Also die Klasse, wo alle 8 Jahrgänge beisammen sitzen, ist das Schulideal des Zentrums! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Der Minister lächelt.) Die zwei- und dreiklassigen Schulen mit nur zwei Lehrkräften gehen ja über das Ideal des Zentrums und des Ministers noch hinaus — aber das ist äußerst geringwertig und unzureichend, ist nicht zu bezweifeln. Nur 2 200 000 Kinder besuchen solche minderwertigen Schulen, wovon alle bis auf 50 000 auf dem Lande sind!

Der Herr Minister geruhte vorhin, über meine Worte zu lachen — aber er hat öfter bewiesen, daß er bei den höheren Schulen sehr wohl die Notwendigkeit des persönlichen Kontakts der Lehrer mit den Schülern zu würdigen weiß, der bei überfüllten und Halbtagsklassen usw. nicht möglich ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Der Minister hat den Saal verlassen.) Die Durchschnittsschülerzahl im Gymnasium ist 18, in der Volksschule 50! Selbst die normalen Zustände an den Volksschulen zeigen ein noch viel schlimmeres Bild. Der Redner weist die gewaltige Überfüllung vieler Ländlicher und Kleinstadtklassen zahlenmäßig nach, selbst in Klassen mit über 120 Schülern waren 52 000 Kinder und in Klassen mit über 70 Kindern insgesamt 658 000 Kindern! An der Spitze stehen da die Regierungsbezirke Marienwerder, Posen, Trier, Danzig, Gumbinnen, Allenstein, Königsberg — der äußerste Osten und Westen; da wo die Zunker und da wo die Pfaffen herrschen, ist die Schulüberfüllung am meisten verbreitet. (Hört! hört! links.) Warum verwendet man die vielwüchsigsten Kandidaten für höhere Schullehrstellen nicht an den Volksschulen; Herr Prof. Eichhoff hat ja selbst erklärt, daß für die kleinsten Schüler die bestausgebildeten Pädagogen nötig wären. Aber das kostet Jähren ja zu viel und deshalb wollen Sie möglichst viel Religionsunterricht. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Ohne Religion soll keine wahre Sittlichkeit möglich sein. Der Kaiser Konstantin, der Große, der das Christentum zur Staatsreligion gemacht hat, war ein Verbrecher, ein Rassenmörder, gegen den Sternbild ein Waisennabe ist. (Weiterlekt.) Er steht aber bei den christlichen Kirchen im höchsten Ansehen. Seine Verwandtenmorde gab nach einem Bericht der „Aöna. Jg.“ auch der katholische Historiker Dr. Louscher zu, aber sittliche Verfehlungen können gegen wahre Religiosität nicht in Betracht! (Hört! hört! links.) Unförmlich ist es, die Kinder zu lehren, daß sie das Gute tun und das Schlechte lassen sollen, nicht um dessentwillen selbst, sondern wegen der Belohnung oder der Bestrafung! Wir schreiben ein aktiver Lehrer einen wahren Koffschreiber über die stehende Heuschrecke, zu der sie gezwungen werden und die den Lehrern schließlich das Gefühl dafür raube, was noch echt und was nur vorgeschrieben ist; er schreibt, daß die Bibel nicht in die Hand der Kinder gehöre und bittet mich, zu betonen, daß die Religion nicht in die Schule gehöre. Er stellt fest, daß die Lehrereinsleitungen sich mit ihrem Eintreten für den Religionsunterricht in Widerspruch setzen mit den Lehrern selbst. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. — Pfu! rechts.)

Der preussische Etat wendet pro Volksschulkind 17 M., pro höheren Schüler 88 M. auf. Man hat schon Geld für Schulen, z. B. auch für das jetzt zur Landeshochschule mit Willen für die Schüler gewordene Joachimsthalsche Gymnasium, das man von Berlin nach Templin verlegt hat. Man weiß schon, was Schulen brauchen, aber man will den Volksschulen das gleiche Recht nicht gewähren!

Im vorigen Jahre haben Sie mich verhöhnt, Herr Heß zu antworten. Er entgegnete mir auf meine Forderung nach Klassen mit 10—12 Schülern, daß dies — mir der Beförderung, die das sozialistische Schulideal sein soll — das also anders aussieht, als das keiserliche Schulideal — 6300 Millionen jährlich kosten würden, und fragte mich, woher wir das Geld nehmen wollen. (Abg. Heß, der eben in den Saal getreten war, verläßt ihn wieder. Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Herr Heß hat etwas hoch gerechnet und z. B. auch die Kleider der Schüler mit gerechnet. Nehmen wir an, er hätte sich nur um 100 Proz. geirrt, trotzdem immer noch 3000 Millionen. Vielleicht könnte das der heutige Staat nicht aufbringen, dann wäre von Herrn Heß bewiesen, daß dieser Staat nicht zur Erfüllung einer seiner wichtigsten Aufgaben befähigt ist, also umgestürzt werden muß. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Herr Heß warf mir vor, daß ich zuerst für die Deduktion sorgen müßte. Nun, dann muß doch immer erst das Erfordernis festgestellt sein! So ist es ja immer und überall und auch bei den offiziiellen Militärverträgen! Das Deutsche Reich hat ja jährlich mindestens

3000 Millionen fürs Morden und Totschlagen

übrig. Eine solche Forderung für die Volksbildung aber finden Sie unerhört. Das ist bezeichnend für das Niveau dieses Parlaments und des offiziellen Preussens. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie die ausschlaggebende Bedeutung der Volksbildung für die Landesverteidigung, der Intelligenz für die Großmachstellung des Reiches, leugnen? Wie es aber damit steht, beweisen die bekannten Intelligenzprüfungen der Rekruten, daß in sechs Jahren alles möglich, das ABC, das Rechnen, der Lauf des Heimalstromes usw. vergessen wird. (Eine Anzahl solcher Prüfungsresultate erregt stürmische Heiterkeit, z. B. die Bezeichnung von Wackfiß und Kollmops als Fische, Luthers als eines Papstes.)

Selbst in den besten, den großstädtischen Schulen lernt nur ein winziger Bruchteil der Schüler seine Muttersprache beherrschen; wir sehen es an den bildungsbereiten armen Opfern ihres Schulsystems, die in Scharen zu uns kommen. Die heutige Volksschule löst also ihre Aufgaben nicht und dadurch muß die Wehrkraft und die industrielle Zukunft unseres Landes, seine Weltmachstellung, gefährdet werden. Der Geist der Schule muß ein anderer werden, die ganze preussische Volksschule wird ja heute für den politischen Zweck der Bekämpfung der Sozialdemokratie mißbraucht. (Widerbruch rechts.)

Der leider verstorbene, von uns hochverehrte Abg. Dr. Hadenberg hat anerkannt, daß er und wir gleichermaßen an dem Gedächtnis der Volksschule interessiert seien. Wenn er uns auf die Bedeutung der Autorität hingewiesen hat, so verwerfen wir nur die Autorität des Zwanges und schämen nur die durch das eigene Verhalten erworbene Autorität. In unserer Volksschule aber spielen noch immer der Stolz und die Strafe ihre Rolle! Man fürchtet, daß bei gründlichen Reformen nicht mehr der Wille der Schüler gebrochen und ihre Unterordnung erzwungen werden könnte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und man fürchtet auch die Kosten, die nach Herrn Heß' Meinung nicht einmal im Zukunftsstaat aufgebracht werden würden. Herr Heß sagte im vorigen Jahre: da könnte schließlich jeder Mensch verlangen, jeden Morgen ein Zehnmarkstück auf dem Frühstückstisch zu finden. Nun, manche Leute finden heute schon viel mehr Geld täglich auf ihrem Tisch, z. B. die Staatsgläubiger. (Abg. Hoffmann: Jüdische!) Als das Zentrum 1907 mit der Regierung wieder einmal spinnfeind war, hat die „Kölnische Volkszeitung“ die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen, die ungeheuren Reichtümer einzelner festgestellt. Eine Gesamtheit, die überdies die 3000 Millionen jährlich für Rüstungen spart, würde durch diese fabelhaften Reichtümer längst in der Lage sein, die notwendigen Reformen durchzuführen und die wahre Volksschule zu schaffen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Im vorigen Jahre hat der Minister behauptet, daß in Hannover unter den Schülern sozialdemokratische Flugblätter verbreitet worden wären, in denen alles, was in der Schule gelehrt wird, als Unsinn

bezeichnet worden sein soll. Als wir dem Minister zuriefen, daß dies Märchen seien, antwortete er, daß er uns diese Flugblätter zugänglich machen würde. Das ist nicht geschehen, ich fordere ihn auf, sein Wort zu halten. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kloppeborg (Däne) wünscht aus pädagogischen Gründen Einführung dänischen Unterrichts in den Volksschulen Nord-Schleswigs.

Abg. Dr. v. Schenkendorff (nass.) tritt, wie alljährlich für Förderung des Handarbeitsunterrichts für Knaben ein.

Abg. Butte (L) für Erhöhung der Umzugsentschädigung der Lehrer und Vereinerung von den Militärdiensten, sowie für Verbesserung der Lehrerwohnungen, um die Bodenständigkeit der Lehrer auf dem Lande zu sichern.

Abg. Dr. Dietrich (Z.) erklärt, daß die Kirche nicht die Herrschaft, sondern nur die Mitaufsicht über die Schule erstrebe.

Abg. Heine (nass.) erucht, die Schulferien der verschiedenen Schularten in die gleiche Zeit zu legen und

Abg. Kambor (fr.) regt eine gleichmäßigere und höhere Bezahlung der Kirchendiener an.

Ein Schlußantrag wird angenommen. — Mehrfach vom Präsidenten unter der Federleit der Linken zur Sache gemahnt, weist Abg. Heß (fr.) eine Bemerkung des Ministers, als ob seine Rede über die Lehrerbildung von den kommenden Neuwahlen angeregt worden sei, als „völlig unbegründete Verleumdung auf das nachdrücklichste zurück“. — Abg. Hoff (Sp.) bedauert den Schluß als eine Vergewaltigung, die ihm unmöglich macht, die Angriffe Dr. Heß' auf den Deutschen Lehrerverein zurückzuweisen. (Beifall links.) — Abg. Dr. Heß (Z.) bezeugt, nimmere verhöhnt zu sein, die zu erwartenden Behauptungen des Abgeordneten Hoffmann „schlagend“ zu widerlegen. (Schallende Heiterkeit links.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Wenn ich den Schluß bedauere, so ist das aufrichtig, denn wir haben gegen ihn gestimmt!

Weiterberatung: Freitag 10 Uhr.
Schluß 5/4 Uhr.

Urteil im Stallmann-Prozeß.

Gegen 1/4 Uhr verkündete gestern Landgerichtsrat Lampe das Urteil dahin:

Es werden verurteilt Stallmann wegen Betruges zu einem Jahre Gefängnis, unter Anrechnung von neun Monaten der Untersuchungshaft, sowie 3 Jahren Ehrverlust.

Kramer wegen versuchter Erpressung zu 3 Jahren Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust, unter Anrechnung von 3 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Der Angeklagte Niemela wird freigesprochen.

Nach Ansicht des Gerichts ist Herr v. Dippe planmäßig hierher gelockt worden und im Zimmer Niemelas im „Fürstenhof“ ebenso planmäßig in das Glücksspiel verwickelt worden. Man hat zunächst das Spiel in der Weise begonnen, daß durch das Bridgepiel zunächst die Gedanken des Herrn v. Dippe auf das Kartenspiel überhaupte gelenkt wurden und dann sein Rat von Stallmann für das „Rouge et noir“ erbeten wurde, um ihn nach Auffassung des Gerichts schließlich in das Spiel hineinzuziehen, was um so leichter war, da Herr v. Dippe angetrunken war. Er wurde zunächst in dem Glauben erhalten, daß es sich um eine Wette zwischen Stallmann und Quies handelte, bis er schließlich 80 000 M. verloren hatte. Das Gericht hält für erwiesen, daß gegen v. Dippe falsch gespielt worden ist, und zwar aus folgenden Gründen: Die Zusammenkunft zwischen den vier Personen war keine zufällige, sondern sie war verabredet; das folgt schon aus der Tatsache, daß Niemela später zu Vergell gefogt hat: „Wenn ich doch von den Hundes löskäme!“ Das beweist, daß er von jenen abhängig war und zu einer ihm widerstrebenden Handlung benutzt werden sollte. Diese Handlung aber kann nur als schändlich gelten sein. Auch die Tatsache, daß „Rouge et noir“ gespielt wurde, spricht dafür, ferner die Tatsache, daß Stallmann die Karten gerissen hat und endlich die Anweisung Niemelas an Vergell, daß er die Lederzeugung gehabt habe, es sei im „Fürstenhof“ falsch gespielt worden, wobei er noch spezielle Anweise der Falschspieler angegeben hat. Daß Stallmann auch verloren hat, ist nicht ein Falschspiel nicht aus. Dies hat nur den Zweck gehabt, in dem Opfer keinen Verdacht aufkommen zu lassen. Ebensovienig spricht dagegen die Tatsache, daß Stallmann den Dippeschen Wechsel dem Quies diktiert hat. Stallmann wußte ja, daß v. Dippe aus sehr reicher Familie stammt, er wußte, daß er Offizier war und deshalb den Wechsel auch einlösen mußte. In welcher Art falsch gespielt wurde, hat allerdings nicht festgestellt werden können.

Niemela ist der Rittatterschaft des Betruges beschuldigt und dieserhalb auch von England ausgeliefert. Als Rittatter kann er nicht in Frage kommen, weil er am Spiel nicht beteiligt war, die Handlungen aber, an denen er beteiligt war, könnten nur als vorbereitende Handlungen angesehen werden. Es mußte geprüft werden, ob Beihilfe vorliegt. Wenn auch ein erheblicher Verdacht in dieser Beziehung besteht, so sprechen doch andererseits manche Umstände zu jenen Gunsten, und seine Behauptung, daß er nur darauf gewartet habe, den Quies zu entlarven, erscheint nicht ganz unglauwürdig; es spricht vielmehr alles dafür, daß er mit einem Falschspiel nicht einverstanden war und solches auch nicht unterstützen wollte. Er ist deshalb freigesprochen worden.

Kramer wollte nach Ansicht des Gerichts keine Kenntnis von dem Dippeschen Brief an Niemela finanziell ausnützen; er ist deshalb mit v. Dippe in Verbindung getreten und hat brieflich auf Weineid und auf die Möglichkeit erwachsender Gefahren für Dippe hingewiesen. Die Briefe enthalten nach Ansicht des Gerichts wenn auch keine direkte, so doch verdeckte Drohungen. Dazu kommt, daß Kramer dem Dr. Rosenfeld bei dessen Abfahrt von London ein Telegramm geschickt hat, nach welchem für den Dippeschen Brief angeblich 100 000 Fr. geboten sein sollten. Dies ist nach Ansicht des Gerichts die versteckte Drohung, daß er den Dippeschen Brief den Gegnern, nämlich Stallmann und Quies, zur Verfügung stellen würde, wenn man ihm nicht mindestens diese Summe böte. Diese Drohung ist dann in einem folgenden Telegramm noch deutlicher geworden. Einen Rücktritt vom Versuch nimmt das Gericht nicht an.

Gegen Stallmann hat das Gericht lediglich mit Rücksicht darauf, daß auch Quies nur 1 Jahr Gefängnis erhalten hat, nur auf die geringe Strafe von 1 Jahr erkannt. Kramers Handlungsweise erscheint ganz außerordentlich verwerflich, und dies mußte auch im Strafmaß zum Ausdruck kommen. Mit Rücksicht auf die bewiesene ehrlose Gesinnung ist auch gegen beide Ehrverlust ausgesprochen. Die Kosten des Verfahrens mußten diesen beiden Angeklagten auferlegt werden. Der Haftbefehl gegen den freigesprochenen Niemela wird aufgehoben.

Auf Befragen erklärt Stallmann: Er verzichte auf Rechtsmittel und werde Dokumente bringen, die beweisen, daß er unschuldig sei. Kramer verzichtete nicht auf Rechtsmittel.

Stadtverordneten-Versammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 10. April 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Nischelet eröffnet die Sitzung mit warmen Worten des Nachruhs für den am 8. April im Alter von 81 Jahren verstorbenen Senator der Versammlung Stadtbr. Bracke (R. L.). Die Versammlung hat sich während des Nachruhs von den Sitten erhoben.

Die Abteilungen haben vor der Sitzung die Ausschüsse für die Vorlagen 1. wegen Herrichtung einer Anzahl für Leichterfranke auf dem Gelände des ehemaligen Johannistiftes in Böhsenec, 2. wegen Neubaus einer landwirtschaftlichen Erziehungsanstalt in Struweshof gemahnt. Die sozialdemokratische Fraktion ist in ersterem durch Pinke, Roblenger, Schneider, Tolk, Dorf und Dr. Wehl, bei den Vorstößen vertreten.

in dem letzteren durch Brunz, Leib, Mann und Dr. Rosenfeld.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort

Stadtbr. Heimann (Soz.): In dem Protokoll der letzten Sitzung des Staatsausschusses findet sich die Bemerkung bei den Ausgaben für Geschäftsbüro, daß von allen Seiten des Ausschusses die lebhaftesten Klagen über das so außerordentlich späte Erscheinen der topographischen Berichte erhoben worden sind. Dementsprechend wurde vom Ausschuss eine Resolution einstimmig angenommen, wonach die topographischen Berichte binnen vier Tagen nach Auslegung erscheinen und, falls die Korrekturen nicht rechtzeitig eintreffen, die unrichtigen Stenogramme zum Abdruck gelangen sollen. Aus Gründen, die sich bisher noch nicht haben aufklären lassen, ist in der Plenarsitzung vom 27. März über diese Resolution nicht abgestimmt worden, obwohl der Berichterstatter darauf hingewiesen hat; dementsprechend findet sich diese Resolution auch nicht in dem Protokoll der Sitzung vom 27. März, abgedruckt im Gemeindeblatt vom 3. März. Ich hatte nun die Absicht, den Herrn Vorsteher zu bitten, nachträglich eine Abstimmung über die Resolution herbeizuführen. Denn es ist doch ganz klar, daß hier eine Abstimmung stattfinden muß. Die nähere Einsicht in die Akten hat mir nun aber gezeigt, daß eine solche nachträgliche Abstimmung sich erübrigt. Die Klagen über das so verspätete Erscheinen beruhen nämlich nicht von heute und von gestern. Die Versammlung hat vor nunmehr bereits 5 Jahren, am 24. März 1908, einstimmig einen ganz analogen Beschluß gefaßt. Ich habe daher den Vorsteher nur zu bitten, doch dafür Sorge zu treffen, daß von unserem Bureau dieser Beschluß rüchhaltig und ohne jede Ausnahme durchgeführt wird. Die Zeitungsberichte sind bei dem Stoffandrang so kurz, daß sie kein genaues Bild geben.

Vorsteher Nischelet: Ich bin Herrn Heimann äußerst dankbar und kann ihm nur in allen Punkten zustimmen. Das bedauerliche Versehen, infolgedessen die Resolution nicht zur Abstimmung gekommen ist, trifft nicht mich; ich war zu der Zeit gerade außerhalb des Saales. Ich werde aber ganz bestimmt das Bureau dahin anweisen, daß in Zukunft nach dem Beschluß verfahren wird.

Für die Herstellung gärtnerischer Anlagen auf einem Teil des sog. Aufmarschgeländes zur Erweiterung des Viktoriaparkes hat der Magistrat in einer Vorlage vom 22. März ca. 200 000 M. beantragt, wovon im Etatsjahre 1913 120 000 M. verbraucht werden sollen. In einem Nachtrag vom 25. März werden noch weitere 100 000 M. für die Herstellung der Wasserleitung, Errichtung einer Bedürfnisanstalt, für Herstellung von Mauerwerk, Treppen usw. verlangt.

Der sächsische Teil des Aufmarschgeländes soll bewaldet werden. Der Magistrat legt seinen Bauplan vor.

Stadtbr. Imberg (R. L.) beantragt Ausschubberatung für beide Vorlagen, um noch einige Auffklärungen zu erhalten. Im allgemeinen begrüßt er beide Entwürfe mit Freuden und spricht die Hoffnung aus, daß der Austausch nicht so lange Zeit für die Beratung nötig haben werde, als der Magistrat gebraucht habe.

Stadtbr. Bruns (Soz.): Auch wir sehen in dem vorgeschlagenen Bauplan gegenüber dem bisherigen Schiem einen Fortschritt, namentlich in dem Ausschluß der Hinterhäuser. Bedauern muß ich nur, daß diese erste Reform nicht der ärmsten, bedürftigsten Bevölkerung, sondern nur den besseren Steuerzahlern zugute kommt. Aber es wird immerhin ein Anfang gemacht und bei dem wird es hoffentlich nicht bleiben. Wir wünschen, daß noch ein Schritt weitergegangen würde. Das schon jetzt wertvolle Terrain muß im Laufe der Jahre einen bedeutenden Wertzuwachs erfahren durch die dauernde Erhaltung der erweiterten Anlage des Viktoriaparkes, also durch Ausbesserungen der Allgemeinheit. Diesen Wertzuwachs sollte man auch der Allgemeinheit erhalten, und die Stadt kann das, wenn sie das Terrain nicht ein für allemal veräußert, sondern es in Erbbaupacht gibt. Ich bitte den Magistrat, diesen Vorschlag Folge zu leisten.

Die Vorlagen gehen in einen Auspruch.

Der Magistrat legt die Ferienordnung für die Gemeindegymnasien im Schuljahre 1913 vor.

Stadtbr. Leib (Soz.): Wir haben hier zunächst zu bemängeln, daß der Ferienplan erst so spät zur Kenntnis gelangt. Als unsere Schulverwaltung an den Plakataulen die Eltern aufberbete, die einzuschulenden Kinder anzumelden, war diese Ferienordnung noch nicht bekannt, und aus diesem Grunde waren auch die Schulvorsteher noch nicht in der Lage, den Eltern den Termin des Schulbeginns anzugeben; die Eltern mußten sich wiederholt deswegen zu den Schulvorstehern verfügen. Weiter müssen wir einen der festgesetzten Termine des Planes beanstanden. Das neue Schuljahr beginnt danach am 31. März. Dieser Termin hat zweifellos die größten Bedenken gegen sich, weil an diesem und dem nächsten Tage eine große Anzahl von Umzügen stattfindet und für die umziehenden Eltern die größten Unzulänglichkeiten entstehen müssen, indem sie eventuell die Kinder am 31. März in die alte und am nächsten Tage in die neue Schule schicken müssen. Der Schulbeginn für die Schüler der höheren Lehranstalten war auf den 3. April angesetzt; es ist gar kein Grund für diesen Unterschied einzusehen. Wir ersuchen die Schulverwaltung um Aufklärung.

Stadtbr. Dr. Fischer: Die Schulverwaltung erkennt diese Bemängelung als durchaus berechtigt an, ist aber leider nicht in der Lage, Abhilfe zu schaffen. Wir hatten das Provinzialschulkollegium gebeten, die Ferienzeit von jährlich 70 Tagen wegen des dreimaligen Ostertermins um zwei Tage zu verlängern. Sobald wir wissen, hat die Behörde den Vorschlag beim Minister befragt, aber dort eine abschlägige Antwort bekommen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Die Zahlung von Entschädigungen an die durch den Gewitterregen vom 2. Juli v. J. Geschädigten der Greifswalder Straße hat der Magistrat abermals und entgegen dem Beschluß der Versammlung abgelehnt.

Stadtbr. Max Schulz (R. L.): Ich möchte die Gründe des Magistrats kennen lernen und beantrage dafür abermals Ausschubberatung. Der Magistrat legt hier eine Art Halsstrick an den Tag, die nicht verständlich ist. Es handelt sich um das Prinzip der Gleichberechtigung aller Berliner Bürger.

Stadtbr. Krause: Anlaß zu einer tiefgehenden Differenz ist hier nicht gegeben. Die Versammlung hat Billigkeitsgründe als vorhanden anerkannt, der Magistrat nicht. Die Greifswalder Straßenanwohner waren gewarnt, Ueberschreitungen völlig zu verhüten, sind wir außerstande. Nach 4 Jahren ist eine Prüfung der behaupteten Schäden auch nicht mehr möglich.

Stadtbr. Max Schulz: Um die Frage, weshalb zwischen Greifswalder Straße und Schönhauser Allee ein Unterschied gemacht wird, geht auch der Stadtbaurat immer herum.

Stadtbr. Alberti: Die Anwohner der Schönhauser Allee waren nicht gewarnt.

Stadtbr. Cappel (R. L.): Wenn schließlich die Hausbesitzer sich selber schaden müssen, so ist es unfair, warum man in einem hohle Billigkeitsgründe gelten läßt, im anderen nicht. Die Prüfung der Ablehnungsgründe des Magistrats in einem Ausschub kann ich nur unterstützen.

Der Antrag Schulz wird angenommen.

Zur wiederholten Beratung steht hierauf eine Angelegenheit, welche die Annahme eines Vermächtnisses der Witwe Stockhaus geb. Reibhardt zum Gegenstand hat. Der Oberpräsident hatte verlangt, daß die Stadt aus dem Nachlaß dem Julius Stockhaus 300 M. und der Richt Helene Reibhardt 1000 M. Abfindung gewähren sollte. Die Versammlung hatte den entsprechenden Magistratsantrag Ende Oktober v. J. abgelehnt und der Magistrat ersucht, die Erteilung der landesherrlichen Genehmigung erneut ohne die geforderten Abfindungen zu beantragen. Durch Erlaß vom 28. Februar 1913 hat der Oberpräsident mitgeteilt, daß der Minister allerhöchsten Ortes die Genehmigung der Genehmigung beantragt werde, wenn die Stadt nicht binnen 6 Wochen die Verpflichtung zur Gewährung von 1000 Mark Abfindung an die Reibhardt übernimmt. Auch die Gewäh-

...ung der geringfügigen Abfindung von 200 M. für den Schwager ...

Stadtv. Kommiss. (Fr. Fr.) beantragt Ausschussberatung. Man ...

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.): Wir halten ebenfalls für nötig, ...

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.): Wir halten ebenfalls für nötig, ...

Stadtv. Kommiss. Es handelt sich hier in der Tat um einen ...

Die Stadtv. Dahn und Galland (A. L.) haben zwar nicht ...

Stadtv. Kommiss. findet diese Ausführungen sehr bedauerlich. ...

Stadtv. Cassel hat seine Kollegen Dahn und Galland bezüg- ...

Stadtv. Dr. Rosenfeld: Ich bedaure mit dem Kollegen Kom- ...

Stadtv. Galland: Herr Rosenfeld nennt offene Türen ein. ...

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. ...

Der Magistrat teilt mit, daß der Oberpräsident die beiden ...

Stadtv. Jabel (Soz.): Bis heute ist es unserem Kammerer ...

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. ...

Der Magistrat teilt mit, daß der Oberpräsident die beiden ...

Stadtv. Jabel (Soz.): Bis heute ist es unserem Kammerer ...

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. ...

Der Magistrat teilt mit, daß der Oberpräsident die beiden ...

Stadtv. Jabel (Soz.): Bis heute ist es unserem Kammerer ...

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. ...

Der Magistrat teilt mit, daß der Oberpräsident die beiden ...

...reisen zu verlegen, und zwar auf das an das städtische Grund- ...

Der Anlauf wird beschloffen, nachdem auf Antrage des Stadtv. ...

Die Stadtv. Robler, Landberg, Gronwald (A. L.), Baum- ...

Da die Erbauung des Kaiserlichen Gymnasiums, dessen ...

Stadtv. Robler: Unser Antrag ist ein veritabler Schmerz- ...

Stadtv. Dr. Michaelis: Der Magistrat wird alles tun, ...

Stadtv. Robler: Die Vorlage hört sich wohl, allein wir fehlt ...

Stadtv. Robler (Soz.): Wir können dem Antrag Robler ...

Stadtv. Robler: Die Vorlage hört sich wohl, allein wir fehlt ...

Aus Industrie und Handel.

Gegen Herrn v. Liebert.

Vor kurzem hat das „Berliner Tageblatt“ gegen Herrn ...

Der Deutsche Stahlwerksverband hat behufs Hebung des ...

Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten beweisen, daß die ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Soziales.

Nachtarbeit für die ununterbrochenen Betriebe.

In der neuesten Nummer der „Hygiene“ bespricht Professor ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

...nationale Delegiertenversammlung für geschlichen Arbeiterschuh ...

Für den Hygieniker steht es außer Zweifel, daß die ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Gerichts-Zeitung.

Ein Volkseisergeant Mörder seiner Frau.

Vor dem Südhannoverschen Schwurgericht wurde am Mittwoch ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Die Nachtarbeit der Jugendlichen, d. h. der Personen im ...

Briefkasten der Redaktion.

B. 100. Und lohnend bekannt. — Gr. Väterseide. Arbeiter- ...

27. April. Benden Sie sich an die Stützungsdeputation des Magistrats, Poststr. 16. — **28. April.** Sie sind unleres Brachens zu einer Prüfung nicht verpflichtet. — **29. April.** Sie werden praktisch handeln, wenn Sie den jungen Mann an einen Lehrer der Hochschule (Alchemie) verweisen, um sich dort Rat zu holen. — **Frau Gentel, Neukölln.** Sie sollten ohne ärztlichen Rat nicht kurieren. Wir lehnen solche Wünsche ab. — **H. W. 812.** Der Vorstand der Kreisorganisation deren

Wahled derjenige ist. Über die Beschwerde geführt werden soll. — **W. 2. 44.** Frau Gertrud Eulentz, Charlottenburg, Stuttgarter Pl. 9. — **2 Streittöpfe 75.** 1. Der Bahndirektor. 2. u. 3. Parteinoffizier Max Cohen. 4. Abweisung des Verkehrs von der Schenke (Nichtung Süd nach Nord) durch die Charlottenstraße. — **H. W. 22.** 1. März 1898. — **H. W. 15.** Sie finden in der Buchhandlung „Vorwärts“ eine ganze Reihe geeigneter Werke. — **H. W. 82.** Das ist nicht Aufgabe des Vereinstens.

Sehen Sie die Hochadvehdächer nach (Haaftenstein u. Bogler, Rud. Koffe u. u.). — **Votenexpent 000.** Gewerksaal Strahmannstraße 6. Redungen Montag und Freitag von 10—11 Uhr beim Direktor. — **H. W. 1.** Unstimm! Das gibt es nicht. — **H. W. 22.** Sprechen Sie mit einem Arzt. — **Rofonier 88.** Fr. Steinweg, Reußbän, Reuterstr. 34. — **H. W. 18.** Verein Hauspflege, Königgräber Str. 97/99, Dienstag und Sonnabend von 11—12^{1/2} Uhr.

Dem Silberpaar
Bernhard Wächter
und Frau
Böhmstraße 28
gratulieren herzlich
3246
Die Genossen u. Genossinnen
des 434. Bezirks, 4. Kreis.

Todes-Anzeigen

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Tischler

Hermann Greinke
im 39. Lebensjahre am Dienstag, den 8. d. Mts., nach langem schweren Leiden verschieden ist. Um stille Teilnahme bitten im Namen der trauernden Hinterbliebenen
702
Frau **Minna Greinke.**
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. April, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Bezirk 132, VII. 901.
Am 8. April er. verstarb unser Genosse, der Tischler

Hermann Greinke
Diesenbachstr. 72.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 12. April, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. 205/18
Um rege Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Gustav Dobrowsky
Kammerstraße 39 im Alter von 64 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 14. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gethsemane-Kirchhofes in Niederschönhausen aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Hermann Greinke
Diesenbachstr. 72 im Alter von 38 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. April, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
81/15 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Eduard Stein
Neukölln, Pfäfersstr. 63, am 8. d. Mts. an Bluthvergiftung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. April, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
116/6 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Alfred Schuppan
am Sonntag plötzlich verschieden ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 11. d. Mts., nachmittags 5^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Simons-Kirchhofes in Britz, Tempelhofer Weg, aus statt.
Die Kollegen der Firma **Jon. Klein.**

Am Mittwoch, den 9. April, früh 5^{1/2} Uhr, verschied nach langem schweren Leiden mein innigst geliebter Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Tischler

Gustav Dobrowsky
im 65. Lebensjahre. — Dies zeigt tiefbetrübt an
Frau **Elise Dobrowsky geb. Korth** nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Montag, den 14. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gethsemane-Friedhofes, Nordend, aus statt.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Schmiegermaler und Großvater, der Drechslermeister

Friedrich Hagel
im Alter von 69 Jahren plötzlich verschieden ist.
702
Im Namen der Hinterbliebenen
Gustav Hagel.
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 12. April, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Halle des Philippus-Apostel-Kirchhofes in der Müllerstraße, Ecke Seelstraße, aus statt.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Einäscherung meines Gatten und meines Vaters

Hermann Müller
lagen wir allen Bekannten und Verwandten, dem Metallarbeiter-Verband, dem Sozialdemokratischen Wahlverein 6. Kreis, Bezirk 817, den Beteiligten der H. G. V., insbesondere Herrn **Manasse** für seine kostbaren Worte unseren besten Dank.
292
Wwe. Hedwig Müller, Paul Müller.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter

Luise Wudick
lagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

Hermann Wudick und Sohn.
Tischler-Verein.
(E. G. 89.)

General-Versammlung
Sonnabend, den 12. April, abends 8^{1/2} Uhr, Gewerkschaftshaus, Engeliner 15, Saal 11:
Bericht vom 1. Vierteljahr. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern. Bisherige Kassensangelegenheiten. 3376
Der Vorstand.

Zur Beachtung! Die neue Satzung ist am 7. März vom Königl. Preuss. Staatspräsidenten genehmigt und ist am 26. März in Kraft getreten.
D. D.

Gemeinnützige Baugenossenschaft „Ideal“
Amt Neukölln 1314 Neukölln, Weichselstr. 8 Bureauzeit 9-12 u. 4-7 U.

Kleinhaussiedlung Britz
Nähe Rathaus, Hannemannstraße, Rungiusstraße, Aronsweg, Eberstadt-Allee.

Besogene Wohnungen: 86, Oktober 1913 fertig; 46, April 1914 fertig; 100, später; 280. Sämtliche Einfamilienhäuser haben einen anschließenden Garten, billiges elektrisches Licht und sind hygienisch bestens eingerichtet. 104/19

Sonntag, den 13. April
von vormittags 10 Uhr an
Oeffentliche Besichtigung.

Auskunf und Führer in der Baukantine Rungiusstraße.
Straßenbahnlinien:
I, 7, 13, 19, 21, 28, 29, 47, 48, 53, 55, 58, 94.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2 5-7. Sonntags 10-12 3-4

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.
Bureau: Weichselstr. 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachw.: Räderstr. 9, Fernspr.: Amt Moritzpl. 4787. Fernspr.: Amt Norden 6708

Liste der vom Verband der Maler gesperrten Firmen:
Kurt Herrmann, Reichenberger Str. 129
Jübel, Fasanenstr. 37
Vorliebender ist der Geschäftsführer der Firma Otto u. Wilhelm Schwarz, Steglitzer Str. 77/78.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Wenn Sie direkt in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III. 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eige
Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 — Permanente Musterzimmer-Ausstellung. — 35

Dichte Dächer — Farbige Dächer — Neue Dächer
dauerhaft — billig — bei Verwendung unserer **Dachpax-Fabrikate!**
Dachpax schwarz zur Reparatur und Anstrich — nicht tropfend! Pixfarbe weiß, rot, grün usw. Pixpappe unübertroffen! Farbige Carbolinum zur Holzimprägnierung! Farbe für alle Zwecke. Preise, Muster kostenlos.
Dachpax-Gesellschaft, Berlin S. 61, Planufer 38.

Vorjährige
feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge, Smokings, Fracks a. Seide 30-70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer, Gebunden 32R.
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Radem).

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. — C. 54, Liniestr. 83/85.
Verwaltung: Teleph.: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachw.: Amt Norden 1239, 9714.

Am Montag, den 14. April cr., abends 8 Uhr, findet im großen Saale der „Brauerei Friedrichshagen“, Am Friedrichshagen 16/23, die Fortsetzung der

General-Versammlung
unserer Verwaltungsstelle statt. 116/5
Mitgliedsbuch und Legitimationskarte ist vorzuzeigen. — Ohne dieses keine Zutritt.
Vertretung ist nicht zulässig.
Besondere Einladungen erfolgen nicht. Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.
Ordentliche **General-Versammlung**
am **Montag, den 28. April 1913,**
abends pünktlich 8 Uhr,
im großen Saale des Klubhauses,
Ohmstraße 2.
Tagesordnung:
1. Rechnungslegung für das Jahr 1912 durch den Rentanten.
2. Bericht des Rechnungsausschusses bezw. Erteilung der Entlastung.
3. Beratung und Beschlußfassung über das nach der Reichsversicherungsordnung abzuändernde Kassensstatut.
Berlin, den 31. März 1913. 208/7
Der Vorstand. **Johannes Blenz, Vorsitzender.** **Otto Wontzki, Schriftführer.**

Zentralkrankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“
Zahlstelle Neukölln.
Sonntag, den 13. April, vormittags 10 Uhr, bei Wolf, Kirchhofstraße 41. 151/5

Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Umwandlung unserer Kasse in eine Hilfskasse. 2. Beschlußfassung von Anträgen zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen wünscht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Die Verwaltungsjahung am Freitag fällt aus.
Einfacher.
Sonntag, den 13. d. Mts., vormittags 10 Uhr, finden die **Bezirksversammlungen** in den bekannten Lokalen statt.
In Charlottenburg Reimahl eines Bezirksleiters.
Sonntag, den 13. April 1913, vormittags 10 Uhr, im Neuen Gesellschaftshaus (S. Verghner), Treptower Chaussee 14 (direkt am Bahnhof Treptow):

Berjammlung
aller in der Flugzeug-Industrie Beschäftigten.
Tagesordnung:
1. „Entwicklungsbedingungen der modernen Technik.“ Referent: Arbeitersekretär Rud. Bissell. — 2. Bericht von den Funktionär-Konferenzen und der aufgenommenen Statistik. — 3. Diskussion.
Die Ortsverwaltung. 81/4

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser (Weißbinder und Stukkateure) Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (Sitz Altona)
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 13. April 1913, vormittags 10 Uhr, bei Frh. Wille, Sebastianstraße 39:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Die Generalversammlung in München und Anträge zu derselben.
2. Wahl von 4 örtlichen Bezirksverwaltungen.
3. Verschiedenes. 151/5
Kollegen! In Anbetracht des Umstandes, daß am 1. Juli eine Aenderung in der Verwaltung unserer Verwaltungsstelle eintritt, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Die Ortsverwaltung.

„Neue Zeit“ 12 Jahrgänge (1891-1902) geb., sehr gut erh., billig abgegeben.
A. Krapf, Cofeebaude (Einfach).

Weiche ein mit Henkel's Bleich-Soda.

Achtung!
6-700 Anzüge sowie Sommerpaletots u. Ulster
Monatsgarderobe in feinsten Werkstätten Berlin gearbeitet, teils auf Seide für jede Figur passend, verkauft zu hauseben billigen Preisen
Nathan Wand
129 Staller Str. 129.
Hochbahnhafion Kottbuser Tor.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
abt II: **Neue Garderobe.**

Vorwärts-Bibliothek
Der Prinzipienreiter
Eine Erzählung aus dem Jahre 1840
Von Wilhelm Bloß
Preis gut gebunden 1 M.
Der neue Band.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. — C. 54, Liniestr. 83/85.
Verwaltung: Teleph.: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachw.: Amt Norden 1239, 9714.

Am Montag, den 14. April cr., abends 8 Uhr, findet im großen Saale der „Brauerei Friedrichshagen“, Am Friedrichshagen 16/23, die Fortsetzung der

General-Versammlung
unserer Verwaltungsstelle statt. 116/5
Mitgliedsbuch und Legitimationskarte ist vorzuzeigen. — Ohne dieses keine Zutritt.
Vertretung ist nicht zulässig.
Besondere Einladungen erfolgen nicht. Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.
Ordentliche **General-Versammlung**
am **Montag, den 28. April 1913,**
abends pünktlich 8 Uhr,
im großen Saale des Klubhauses,
Ohmstraße 2.
Tagesordnung:
1. Rechnungslegung für das Jahr 1912 durch den Rentanten.
2. Bericht des Rechnungsausschusses bezw. Erteilung der Entlastung.
3. Beratung und Beschlußfassung über das nach der Reichsversicherungsordnung abzuändernde Kassensstatut.
Berlin, den 31. März 1913. 208/7
Der Vorstand. **Johannes Blenz, Vorsitzender.** **Otto Wontzki, Schriftführer.**

Zentralkrankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“
Zahlstelle Neukölln.
Sonntag, den 13. April, vormittags 10 Uhr, bei Wolf, Kirchhofstraße 41. 151/5

Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Umwandlung unserer Kasse in eine Hilfskasse. 2. Beschlußfassung von Anträgen zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen wünscht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Die Verwaltungsjahung am Freitag fällt aus.
Einfacher.
Sonntag, den 13. d. Mts., vormittags 10 Uhr, finden die **Bezirksversammlungen** in den bekannten Lokalen statt.
In Charlottenburg Reimahl eines Bezirksleiters.
Sonntag, den 13. April 1913, vormittags 10 Uhr, im Neuen Gesellschaftshaus (S. Verghner), Treptower Chaussee 14 (direkt am Bahnhof Treptow):

Berjammlung
aller in der Flugzeug-Industrie Beschäftigten.
Tagesordnung:
1. „Entwicklungsbedingungen der modernen Technik.“ Referent: Arbeitersekretär Rud. Bissell. — 2. Bericht von den Funktionär-Konferenzen und der aufgenommenen Statistik. — 3. Diskussion.
Die Ortsverwaltung. 81/4

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser (Weißbinder und Stukkateure) Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (Sitz Altona)
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 13. April 1913, vormittags 10 Uhr, bei Frh. Wille, Sebastianstraße 39:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Die Generalversammlung in München und Anträge zu derselben.
2. Wahl von 4 örtlichen Bezirksverwaltungen.
3. Verschiedenes. 151/5
Kollegen! In Anbetracht des Umstandes, daß am 1. Juli eine Aenderung in der Verwaltung unserer Verwaltungsstelle eintritt, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Die Ortsverwaltung.

„Neue Zeit“ 12 Jahrgänge (1891-1902) geb., sehr gut erh., billig abgegeben.
A. Krapf, Cofeebaude (Einfach).

Weiche ein mit Henkel's Bleich-Soda.

Achtung!
6-700 Anzüge sowie Sommerpaletots u. Ulster
Monatsgarderobe in feinsten Werkstätten Berlin gearbeitet, teils auf Seide für jede Figur passend, verkauft zu hauseben billigen Preisen
Nathan Wand
129 Staller Str. 129.
Hochbahnhafion Kottbuser Tor.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
abt II: **Neue Garderobe.**

Vorwärts-Bibliothek
Der Prinzipienreiter
Eine Erzählung aus dem Jahre 1840
Von Wilhelm Bloß
Preis gut gebunden 1 M.
Der neue Band.

Engelhardt
Special Hell
Flasche 10 Pf.
Überall käuflich!
Ein **Qualitätsbräu**



Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch arbeitende **Mann**
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorzuziehbar geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma
Kohnen & Jöring, Berlin 49. Arbeitskleidung - Berufskleidung.
Größtes Spezialgeschäft dieser Art.
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenfelder Str. 53 - Landsberger Allee 158 - Neukölln: Bergstr. 66.
Keine billige Preisse, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Die Gefinnungschnüffelei in königlichen Instituten

steht in vollster Blüte. Aus den Spandauer Militärwerkstätten wird berichtet, daß dort fast täglich Arbeiter entlassen werden, die im Verdacht sozialdemokratischer Gefinnung stehen. Eine große Rolle hierbei spielt die Polizei, die über jeden Arbeiter, der in einer königlichen Fabrik in Arbeit tritt, Auskunft erteilt, ob er der sozialdemokratischen Partei angehört. Die Auskünfte werden von der Polizei in geradzug leichtfertiger Weise gegeben nach einem Mitgliedsverzeichnis des Wahlvereins vor Inkrafttreten des neuen Reichsvereinsgesetzes, das aber gar nicht mehr stimmt. Arbeiter, die aus zehn oder mehr Jahren einmal dem Wahlverein angehört haben, aber seitdem keine Beiträge mehr bezahlten, werden ohne weiteres als sozialdemokratische Mitglieder entlassen. Wer das Pech hat, einen Namenszettel zu besitzen, der einstmal dem Wahlverein angehört, kann auch mit einer Entlassung bzw. großen Scherereien rechnen.

Welche Formen die Bespitzelung annimmt, dafür nur ein krasse Beispiel. Bei der Mutter eines in den Spandauer Werkstätten beschäftigten Schlossers in der Steglitzer Straße in Berlin erschien ein Mann und erklärte, vom Kassierer des 2. Wahlkreises, dem Genossen Gustav Schmidt, zu kommen, um nachzusehen, ob das Mitgliedsbuch des Sohnes in Ordnung sei. Der Mann wurde darauf hingewiesen, wiederkommen, wenn der Sohn selber da sei. Er erschien auch wieder und erklärte dem Schlosser, er wolle das Wahlvereinsbuch revidieren. Obwohl der Schlosser sich wunderte, daß nicht der Bezirksführer kam, fiel er auf den Schwindel rein und zeigte das Wahlvereinsbuch. Eine Nachfrage beim Kassierer ergab die völlige Unmöglichkeit der Angabe des fremden „Revisors“. Es dauerte 14 Tage, da erhielt der Schlosser die Aufklärung. Er wurde zum Meister gerufen, wo ihm sofort die Entlassungspapiere ausgehändigt wurden. Auf Anfrage nach dem Grunde der Entlassung wurde ihm mitgeteilt, es sei eine Auskunft eingegangen, nach der er — der Schlosser — dem Wahlverein angehört. Und solche Personen könnten in einem königlichen Betriebe nicht gebildet werden. Der Fall lehrt, daß die Genossen nicht allzu vertrauenselig sein sollen.

Im allgemeinen ist aber das Verhalten der Behörden unerhört; auch die königlichen Institute werden von den Großen der breiten Massen erhalten.

Partei-Angelegenheiten.

6. Berliner Landtagswahlbezirk und Stralan. Sonntag, den 13. April, von morgens 8 Uhr, wichtige Flugblattverbreitung. Es ist das Erscheinen aller Genossen unbedingt notwendig.

Sandtagwahlkreis Ober- und Niederbarnim.

Heute Freitagabend in folgenden Orten von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung: Bernau, Forstwalde, Friedrichsfelde, Friedrichshagen, Hohen-Schönhausen, Karlshorst, Wichtenberg, Nieder-Schönhausen, Dranienburg, Pantow, Reinickendorf-Ost und West, Rosenhag, Stralan, Tegel. In allen übrigen Bezirken, in den Landorten sowie in Oberbarnim wird das Flugblatt am Sonntag, den 13. April ausgetragen. Das Zentral-Wahlkomitee.

Charlottenburg. Heute abend 7 Uhr von den bekannten Lokalen aus: wichtige Flugblattverbreitung, an der sich jeder Parteigenosse beteiligen muß.

Charlottenburg. Montag, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Rosinenstr. 8, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher die Genossin Matilde Wurm über das Thema: „Der preussische Wahlrechtskampf und die Frauen“ sprechen wird. Es wird erlucht, auch unter den Frauen für den Besuch der Versammlung rege zu agitieren.

Wannsee. Sonnabend, den 12. d. Mts., abends 8 Uhr, im Restaurant „Fürstentum“ (D. Adernann): Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vortrag über die Entwicklung der Wirtschaftsformen. Renowahl des Gesamtvorstandes. Verschiedenes.

Nieder-Schöneweide. Heute abend 7 Uhr Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Berlin-Oberschöneweide. Heute, Freitag, von 9 Uhr ab: Zahlmorgen bei Prodomski (Neue Post). — Sonntag, den 13. April, von morgens 8 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitung.

Friedrichshagen. Der Bildungsausschuss veranstaltet morgen Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, in Conrad Jessen, Friedrichstr. 137, einen Bildervortrag. Genosse R. G. Baerger spricht über „Brutpflege und Jugendfürsorge bei den Tieren“. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf. Nach dem Vortrage findet ein Tanz-Kränzchen statt. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Reinickendorf-West. Sonntag, den 13. d. Mts., findet die Besichtigung des Asyls in der Biesenstraße statt. Treffpunkt der Teilnehmer bei Palmann, Schwarwedersstr. 54, nachmittags 2 Uhr. Die Bibliothek des Wahlvereins ist wegen Umzuges vom Sonntag an geschlossen. Die Genossen werden ersucht, entliehene Bücher bis Donnerstag, den 17. d. M., zurückzubringen.

Lichterade. Sonnabend, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, Zahlabend. Für den Ostbezirk im Lokal von Paul, Kaiser-Wilhelm-Straße; Westbezirk im Lokal von Th. Janke, Hohenzollernstraße, Ecke Reiterstraße.

Pantow. Heute abend von 7 Uhr ab wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. — Um 1/2 9 Uhr findet bei Kocisch, Arngr. 34 (kleiner Saal) der zweite Vortragabend über „Die Technik der Landtagswahl“ statt. Sämtliche Funktionäre und Teilnehmer des ersten Abends sind verpflichtet zu erscheinen. Mitglieder haben unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches ebenfalls Zutritt.

Wittenau. Freitag, den 11. April, von den bekannten Lokalen aus Handzettelverbreitung für die am Sonntag, den 13. April, nachmittags 2 Uhr, im Wittenauer Gesellschaftshaus stattfindende öffentliche Wählerversammlung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Für die Genossinnen und Genossen, die an der Versammlung am Sonntag, den 13. April, in Schloßhorn teilnehmen, erfolgt der Komarsch 1 1/2 Uhr von Protowogel, Nordend, aus. Die Mitglieder des Gesangsvereins „Zukunft“ werden gebeten, ebenfalls zu erscheinen.

Mantelau, Jepernitz, Busch. Sonntag, den 13. April, abends 6 Uhr, veranstaltet der Jugendauschuss im Lokal von Aramm in Busch, Kaiser-Friedrich-Straße, einen Elternabend, bestehend in Vorträgen, Rezitationen, Gesang und Feste. Es wird eine rege Beteiligung der Genossen und Genossinnen hierzu erwartet.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte Genosse Seimann eine „häusliche Angelegenheit“ zur Sprache.

Er rügte, daß die amtlichen stenographischen Berichte über die Stadtverordnetenversammlungen immer erst nach Wochen fertig werden. Dabei stellte er fest, daß in der Stadtverwaltung eine vom Ausschuss angenommene Resolution, die Abschaffung der stenographischen Berichte gar nicht zur Abstimmung vorgelegt worden ist. Vorsteher Michalek gab entgegen das Versehen zu, doch lehnte er für seine Person die Verantwortung ab. Den Vorsitz hatte damals in Stellvertretung — Herr Cassel.

Das Aufmarschgelände am Viktoriapark, das jetzt der Stadt gehört, wird zum Teil mit Voranlagen ausgestattet, zum anderen Teil zur Bebauung hergegeben. Zu der Vorlage über den Bebauungsplan hob Genosse Bruns hervor, daß hier wieder mal eine Gelegenheit sich bietet, es mit einer Erbaupacht zu versuchen. Von anderer Seite ging niemand hierauf ein. Die Vorlage wird in einem Ausschuss näher geprüft werden.

Die Ferienordnung der Gemeindeschulen wurde erst jetzt zur Kenntnisnahme vorgelegt. Genosse Leid gab der Klage Ausdruck, daß durch die Verspätung der Ferienfestlegung die Ostereinstellung erschwert worden ist. Er tadelt auch, daß man den Termin des Schulbeginns diesmal in die Tage des Umzuges gelegt hat. Stadtrat Fischer erkannte die Berechtigung dieser Klagen an, entschuldigte aber die Schulverwaltung mit ihrer Ohnmacht gegenüber der staatlichen Aufsichtsbehörde.

Um ein der Stadt zugefallenes Vermächtnis ist ein Konflikt zwischen dem Oberpräsidenten und dem Magistrat entstanden. In der Debatte, die sich hierüber entspann, wurde das Verhalten des Oberpräsidenten von verschiedenen Rednern scharf getadelt. Genosse Rosenfeld kennzeichnete mit einem kräftigen Wort den Versuch, die Stadt zur Zahlung einer Abfindung an einen durch Testament von der Erbschaft ausgeschlossen entfernten Verwandten des Erblassers zu zwingen. Zur Verlesung zog er die dem Kaiser zugefallene Erbschaft Cadinen heran. In einem Ausschuss soll der Antrag des Magistrats, dem Zwange nachzugeben, näher geprüft werden.

Daß die Vier- und Rindsteuer von der Regierung genehmigt worden ist, teilte der Magistrat zur Kenntnisnahme mit. Genosse Zubeil stellte fest, daß die daran geknüpften Befürchtungen größtenteils bereits eingetroffen sind. Herr Cassel, dem er sein Schuldkonto vorhielt, — schweig.

Wegen der Verlegung des Luisenstädtischen Gymnasiums nach der Schönhauser Vorstadt forderte ein Antrag Modler die Bereitstellung von Mieträumen. Die Antwort des Stadtschulrats Michaelis war ein vernichtendes Urteil über die Mietkulisere. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Koblenzer sich grundsätzlich gegen alle Mietschulen. Der Antrag wurde schließlich zurückgezogen.

Schleusendefekt am Großschiffahrtsweg.

Der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin sollte bekanntlich am 1. Mai vollständig seiner Bestimmung übergeben werden. Jetzt kurz vor der allgemeinen Betriebsübergabe ist aber eine Schwierigkeit entstanden, deren allgemeiner Umfang sich noch nicht übersehen läßt. Zunächst ist eine dreimonatige Sperrung der Fahrstraße verhängt worden. Der Grund liegt in einem Schleusendefekt an dem Sparboden der Schleuse 2 in Niederfinow. Hier ist im linken Mittelspindel eine Unrichtigkeit entstanden, die man zunächst durch Sandläufe anzustopfen und dicht zu machen versuchte. Obwohl 400 Sandfüße verwendet wurden, konnte man eine Dichtung nicht erzielen, weswegen man sich in letzter Stunde dazu entschloß, die Sperrung zu verfügen. Auf welche Ursachen die Katastrophe zurückzuführen ist, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. Nach einer allem Anschein von der Bauverwaltung ausgehenden Erklärung, ist der Sand in großer Tiefe mit Wasseradern durchsetzt, die angeblich aus nicht ersichtlichen Gründen einen anderen Weg gesucht haben, wodurch zwischen Sohle und Seitenboden durch Abspaltung ein Hohlraum entstanden sei, infolge dessen der hohe Wasserdruck der Schleuse die Betonstütze und die Zondbichtung durchdringt habe. Andere Erklärungen gehen dahin, daß bei dem Bau der Sparboden gar zu sehr gepakt worden sei, daß die Zondbichtungen derartig gering und der Ton von so schlechter Beschaffenheit sein sollen, daß ein solcher Defekt von vornherein schon etwas sehr in dem Bereich der Möglichkeit gegeben werden müßte. Die Untersuchung, die angestellt werden muß, sollte hierauf ihr Augenmerk richten. Beispielsweise soll die Stärke der Zondbichtung, obwohl dreißig Zentimeter vorgegeben sind, stellenweise nur zehn Zentimeter stark sein. Einmal seien einige Säcker die Geschädigten, die mit ihren 507 bzw. 358 Tonnenlöhnen vor der Schleuse festliegen und die ihren Bestimmungsort Schwedt a. O. nur erreichen können, wenn sie bis auf 1,00 Meter Tiefgang abtackern und einen großen Umweg machen. Ob mit der dreimonatigen Sperrung der Schaden behoben ist, läßt sich noch nicht absehen. Einmal seien ist der auf den 4. Juni festgelegte Monarchenbesuch, der schon so manches Patriotenherz erschüttert hat, verschoben worden.

Die „Fingigkeit“ der Post ist unter Herrn Kraetzel glanzvoller Leitung auf dem Nullpunkte herabgesunken. Die Verwaltung gibt sich immer weniger Mühe, solche Postsendungen, die nicht auf den ersten Versuch zu bestellen sind, an die richtige Adresse zu bringen, und hat ungemein schnell den Stempel „Nicht ermittelt“ zur Hand, was allerdings die bequemste Sache ist. Auf diese Weise kommt es vor, daß Briefschaften innerhalb desselben Bestellbezirks an ganz bekannte Namen nicht bestellt werden, wenn nur die Hausnummer verzeichnet ist. Die Beamten sind ja nicht dazu da, Käsel zu lösen, aber etwas mehr Fingigkeit könnte man im Interesse des Verkehrslebens denn doch erwarten. Einst legte Stephan höchsten Wert darauf, auch Sendungen mit zunächst nicht auffindbarer Adresse auf dem schnellsten Wege zu bestellen. Bei Sendungen nach auswärtigen Städten ist geradezu eine zunehmende Unzulänglichkeit der Verwaltung zu bemerken. Es mag zwar verlangt sein, wenn die Post bei den vielen „Schuldes“ und „Müllers“ aus dem Stadtadressbuch die näheren Wohnadressen ermitteln soll, aber auch Briefe, die an allgemein bekannte Personen gerichtet sind und nicht die ganz genaue Wohnadresse tragen, werden nicht mehr bestellt, gehen an den Absender zurück. Mit der Zeit sprechen, ist ja sehr häufig, nur darf darunter nicht das Verkehrsinteresse des einzelnen leiden.

Als ein Unbefund bei der Straßensanierung wird die Einrichtung empfunden, daß der Schaffner dem Wagenführer das Halte- oder Abfahrtszeichen vermittelt. Die Einrichtung ist eine sehr oft passiert es, daß bei besetztem Hinterperron der Schaffner den Kopf der Fahrgäste berührt, weil die Schürze an der Decke des Wagens befestigt ist. Es kommt vor, daß bei der Armbewegung des Schaffners den Fahrgästen der Hut vom Kopfe gestochen wird oder daß einem Fahrgast, der Augengläser trägt, durch Anstoßen der Klemmer zu Schaden fällt. Dabei kann man die Schaffner, so sehr sie sich in acht nehmen, kaum für eventuellen Schaden verantwortlich machen, denn Schuld trägt die unzeitgemäße Einrichtung. In anderen Orten, wie in Dresden, wird das Klingelzeichen durch Drücken auf einen Knopf gegeben, der an der Seite des Wagens angebracht ist.

Würde es sich nicht empfehlen, daß die Große Berliner eine gleiche Einrichtung träge?

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Donnerstag nachmittag vor dem Hause Weisstr. 25. Dort war der Klempner Hermann Stovak damit beschäftigt, von einem Blechschilde eines Schuhwarengeschäftes die Buchstaben zu entfernen. Hierbei glitt er von der Leiter ab und stürzte auf den Bürgersteig, wo er bewegungslos liegen blieb. Mit einer Droßke schaffte man den noch im jugendlichen Alter stehenden Verunglückten nach dem Krankenhaus Moabit.

Die Aufklärung des Todes des Gymnasialisten Ernst Niemann aus Charlottenburg ist noch keineswegs gelungen und es ist nach dem gegenwärtigen Stand der Angelegenheit immer noch nicht ganz gewiß, daß Niemann wirklich das Opfer eines Mörders geworden ist. Die unter dem Verdacht der Beihilfe an dem behaupteten Verbrechen in Rummelsburg in Pommern verhaftete Eise Heinrich hat ihr Geständnis bereits widerrufen. Die ganze Sache bleibt noch wie vor mysteriös. Bei ihren Angaben vor dem Untersuchungsrichter hat sie sich allerdings in Widersprüche verwickelt, zum Teil auch Dinge ausgesagt, die, wie bereits festgestellt, der Wahrheit nicht entsprechen. Die Akten sind gestern von Stovak an den Staatsanwalt am hiesigen Landgericht III eingeliefert worden. Die behördliche Untersuchung wird natürlich mit größtem Eifer betrieben und alle bisherigen Ermittlungen des Privatdetektivs werden peinlich nachgeprüft. Zu welchem Ergebnis diese Prüfung führen wird, läßt sich noch nicht sagen. Eine Freitau der Heinrich, eine gewisse Lange, auf die sich die Verhaftung berief, ist bereits ermittelt, doch vermochte sie keinerlei Verbindungen über ein Verbrechen zu machen. Der mysteriöse Schulz konnte noch nicht aufgefunden werden. Die Charlottenburger Kriminalpolizei sieht der ganzen Angelegenheit immerhin noch skeptisch gegenüber. Die von einigen Mäthern gebrachte Meldung, daß der hiesige Staatsanwalt, der erst gestern in Besitz der Akten gelangt ist, die Exhumierung der Leiche des Niemann bereits angeordnet habe, ist falsch. Von anderer Seite wird gemeldet: Die Heinrich hat ihr Geständnis tatsächlich bereits widerrufen. Sie behauptet jetzt, die früheren Angaben nur unter dem Druck des angeblichen Möbelfabrikanten Schwarz und aus Furcht, daß er das Verlöbniß wieder aufheben könnte, gemacht zu haben. Das wäre ihr um so unangenehmer gewesen, als sie mit ihm schon wochenlang öffentlich als mit ihrem Bräutigam verlobt habe. In den Drohungen mit der Aufhebung des Verlöbnisses sei noch hinzugekommen, daß Schwarz sie wiederholt durch Verleitung zu starkem Alkoholgenuß beeinflusst habe.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich gestern nachmittag in dem fertiggestellten Neubau der Buchdruckeri Elser u. Co., Dranienstraße 140. Einem 22-jährigen Maler, der unten im Fahrstuhl nach die Schienen strich, wurde vom Kontergewicht des plötzlich in Bewegung gesetzten Fahrstuhls der Kopf buchstäblich abgerissen. Durch welche Umstände dieser bedauerliche Unfall entstanden ist, muß erst die nähere Untersuchung ergeben.

Seinen Verletzungen erlegen ist gestern im Paul Gerhardtstr. das 6 Jahre alte Ebnchen Walter des Zimmermanns Wohl aus der Tärchenstr. 16. Der kleine wurde am Dienstag nachmittag von einem Straßenbahnwagen der Linie 26, der nach Tegel zu fuhr, überfahren. Ehe der Führer den Wagen zum Stehen bringen konnte, war das Kind erlegt und umgestoßen worden. Es geriet unter den Schienen und wurde hier mit einem Beckenbruch und schweren inneren Verletzungen hervorgezogen. An deren Folgen verstarb es gestern.

Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde gestern vormittag vor dem Grundstück Schiffbauerdamm 24 aus der Spree gelandet. Im den Hals war dem Knaben, der völlig unbekleidet war, eine starke Schnur gewickelt. Nach dem Befunde scheint es jedoch mit dieser nicht erdroffelt worden zu sein. Wahrscheinlich war die Leiche in Papier eingewickelt und mit Bindfaden verschmirt worden. Das Papier hat sich dann im Wasser gelöst und die Schnur um den Hals des Knaben gewickelt. Zur Feststellung, ob das Kind bei der Geburt gelebt hat oder getötet worden ist, wurde die Leiche dem Schauhause überwiesen.

Ein Konzert veranstalteten am Sonntag, den 13. April, im großen Saale der Theater „Friedrichshagen“ die Philharmoniker, deren Leistungen bei dem Arrangement in der „Neuen Welt“ aus Anlaß des Preussentages so begeistert aufgenommen wurden. Mitwirkende sind Konzertsängerin Hel. Meta Jottrida (Soprano), Berliner Konzerthausorchester (Franz v. Wion). Eintritt 60 Pf., an der Kasse 75 Pf. Saalöffnung 5 Uhr, Beginn des Konzerts präzis 6 Uhr. Kinder unter zehn Jahren haben keinen Zutritt.

Die akademischen Unterrichtskurse wollen Männern und Frauen Gelegenheit zu gründlicher Ausbildung in den elementaren Unterrichtsfächern bieten. Vor allem sollen die Hörer richtig schreiben, sprechen und rechnen lernen. Personen unter 18 Jahren können nicht aufgenommen werden. Das Unterrichtsprogramm ist politisch und religiös auf durchaus neutralem Boden. Den Unterricht erteilen Studierende der Berliner Hochschulen. Ein aus ihrer Mitte gewählter Vorstand leitet das Unternehmen unter Mitwirkung der Vertrauensleute der Hörer. Für Erteilung des Unterrichts wie für die Verwaltung wird keinerlei Entschädigung gewährt. Der Unterricht wird erteilt in Deutsch, Rechnen, Stenographie, Schreiben, Erdkunde und Chemie.

Unterrichtsstellen sind: 1. Gemeindeschule Wipstr. 23a, nahe dem Bahnhof Börje. 2. Friedrich-Werderische-Oberrealschule, Niederwallstraße 12, am Spittelmarkt. 3. Fortbildungsschule Langestr. 31, am Schlesischen Bahnhof. 4. Gemeindeschule Panstr. 17, am Bahnhof Wedding. 5. Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Str. 208-210, in der Nähe des Hermannplatzes (Neukölln).

Anmeldungen werden angenommen: 1. Panstr. 17 am 18. April, abends 8-10 Uhr. 2. Wipstr. 23a am 17. und 22. April, abends 8-10 Uhr. 3. Langestr. 31 am 18. und 22. April, abends 8 bis 10 Uhr. 4. Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 208-210 am 21. und 23. April, abends von 8-10 Uhr.

Am 19. und 26. April, abends 8 Uhr, finden im Saale des Zentralarbeitsnachweises, Gormannstraße 13, allgemeine Hörerver-sammlungen statt, in denen nähere Mitteilungen über die Art des Unterrichts und die Organisation gemacht werden. In diesen Versammlungen werden auch Anmeldungen entgegengenommen. Bei der Anmeldung ist eine einmalige Gebühr von 60 Pf. für den Besuch jedes Kurzes sowie 25-30 Pf. für Lehrmittel zu entrichten. Beginn des Unterrichts am 5. Mai. Schluß: Anfang August.

Keugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie am 6. März dieses Jahres, vormittags 11 1/2 Uhr, an der Ecke der Dycker und Danziger Straße ein Mann von dem Anhängenwagen der elektrischen Straßenbahn herabgestiegen und dort, werden gebeten, ihre Adresse bei Ludwig Jech, Graunstr. 33 I, abzugeben.

Wer ist der Tote? Am 3. d. Mts. ist im Walde bei Hellenwink ein unbekannter Mann aufgefunden worden, der anscheinend Selbstmord durch Vergiften begangen hat und bisher noch nicht rekonstruiert werden konnte. Der Unbekannte ist etwa 65 Jahre alt, 1,65 Meter groß, unterseht, hat graues Haar und Spitzbart, volles Gesicht, hohe Stirn, blaue Augen, dicke Nase, lila-schwarze Zähne, keine Hände und Füße. Bekleidet war er mit schwarzem steifem Hut, graugestricheltem Anzug, schwarzen Schmalstiefeln, grauen Strümpfen, blau- und weißgestrichelter Strawatte und weissem Oberhemd. Er hatte zwei Kassen

Schlüssel, einen Schlüsselring mit 6 Schlüsseln, einen Teelöffel, zwei weiße Taschentücher, J. M. gezeichnet, eine gelbe Steinbüchse, zwei Bücher, ein Portemonnaie mit 2 M. und eine silberne Uhr mit Nadelkette bei sich. Die Leiche befindet sich in der Leichenhalle zu Rahnsdorf. Nachricht über die Persönlichkeit des Toten erbitet die Kriminalpolizei, Zimmer 349 III, zu den Akten 1371, IV, 7, 13, und nimmt jedes Polizeirevier Mitteilungen entgegen.

Cuttung.

Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem Unterzeichneten ein: Von den Kollegen der Firma Groß, Automobilbetriebsgesellschaft 28,50. Märzfranzübergang von den Arbeitern u. Arbeiterinnen der Postamerice 57.—, Franzübergang u. d. Kol. d. Firma S. Gull, 100.—, Märzfranzübergang u. d. Postern d. Böhm. Brauhaus 3.—, Anlaufübersch. vom 6. Kreis, Bez. 750 1,10. Sammlung Schenke 3,40. Ueberfranz vom Märzfranz u. d. Arbeiter der Dampfmotorenwerke 30,95. Durch Hiesch 12.—. Ueberfranz einer Kranzpende der D. W. M. durch Fritz Hoffmann 6,50. Von den Vätern der Firma A. S. 14,93. Von den Kollegen der Firma H. Krenker 7,80. Franzübergang vom Gesamtpersonal der Firma Baum u. Scholz 8.—. Von den freigestellten Hausdienern der Firma Veel u. Klöppner anstatt Märzfranz 10.—. 6. Kreis Bez. 506 7.—. Von d. Kol. d. Maschinenfabrik Götz in Weigenau 20.—. Franzübergang u. d. Personal d. Schultzebrüder, Abt. 2 3,95. Von d. meehan. Werkstatt (Muegelschiff) 24,95. Bezirk 278 durch Heinrich Böge 2.—. Durch Janz 20.—. Märzfranzsamml. u. d. Kol. d. Firma H. Kautner, Zuffenhausen 16,35. 4. Kreis, u. d. Arbeitern d. Firma Wedde u. Straß 20.—. 4. Kreis Bez. 407, Teil I u. II 8.—. 4. Kreis, Arbeiter der Fabrikerei A. Symonisch 30.—. 4. Kreis Kol. 31 75.—. 2. Kreis Buchhandl. 10.—. 2. Kreis Rahnsdorf 5,10. Kreis d. Arbeitern d. Firma Bengers u. Söhne durch R. Böhm 53.—. R. 3.—. Ein 3.—. Von den Kol. der Gasbetriebsinspektion 11 9,75. Arbeiter-Abt. Bund „Solidarität“ Abt. 5 2.—. Aus der Kasse der Korbwebererei A. Woldenhauer, Ackerstraße, für die Jugend 256.—.

Rosenfeld, An der Spandauer Brücke 1a.

Vorort-Nachrichten.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung

erfolgte am Mittwoch zunächst die Einführung des in einer Erklärungs- neugemachten Stadtverordneten Dr. Reichensfeld (lib.) sowie des neuen Stadtsyndikus Stadtrat Dr. Sembrecht, der bis dahin in Königsberg-Ordn. dieses Amt wahrgenommen hat.

Die Vorlagen, mit denen sich die Versammlung zu beschäftigen hatte, sind fast durchweg ohne allgemeines Interesse. Hervorzuheben ist die Annahme einer Magistratsvorlage betreffend den Erweiterungsbau im Kaiser-Friedrich-Erholungsheim im Ostseebad Dorf. Es handelt sich um die Erweiterung dieses von dem Verein für Ferienkolonien errichteten Gebäudes von 100 auf 150 Plätze. Dem Verein fehlen zu den Kosten noch 30 000 M., die die Versammlung auf Antrag des Magistrats bewilligte.

In einem Auspruch von 15 Mitgliedern ging die Magistratsvorlage betreffend Aufhebung des Wochenmarktes auf dem Bittenbergplatz. Eine dringende Magistratsvorlage betreffend Aufnahme einer Anleihe von 10 Millionen Mark wurde debattiert und genehmigt. Der Magistrat hat durch diese Vorlage die Ermächtigung erhalten, von der für die Durchführung des Bismarckstraßen-Unternehmens genehmigten 12 Millionen-Mark einen Betrag von 10 Millionen Mark im Wege eines Darlehens von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte aufzunehmen. Das Darlehen ist zu 4 1/2 Proz. zu verzinsen und planmäßig zu tilgen. Als einmalige Vergütung fordert die Reichsversicherungsanstalt 1/2 Proz. des Kapitals.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die zweite Lesung des sozialdemokratischen Antrages: „Der städtische Arbeitsnachweis hat sich während der gegenwärtigen Aussparung in der Malergewerbe jeder Art der Arbeitsvermittlung zu enthalten, die als Parteinahme zugunsten einer Partei erscheint.“ Mit Rücksicht darauf, daß der Bürgermeister Dr. Maier auf Grund der eingeleiteten Untersuchungen zugab, daß in der Tat ein Hilfsarbeiter, der ohne dazu befugt zu sein, die Funktion eines Vermittlungsbeamten ausübte, einen Arbeitsuchenden nach seiner Zugehörigkeit zur Organisation gefragt hat, und mit Rücksicht darauf, daß der Bürgermeister dieses Vorgehen scharf mißbilligte, verzichteten unsere Genossen auf eine weitere Debatte und beantragten, ihren Antrag durch die Aussprache in der ersten Lesung für erledigt zu erklären. Die Versammlung trat diesem Antrage bei.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der den Magistrat ersucht, mit den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen erneut in Verhandlungen über Abschluß eines korporativen Arbeitsvertrages einzutreten, wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.

Neukölln.

Heber einen empörenden Vorgang, der sich am Montag, den 7. April, nachmittags gegen 3 1/2 Uhr, vor dem Feuerwehrdepotgebäude, Donau- und Erntestraßen-Ecke, abspielte, teilt uns ein Leser des „Vorwärts“ folgendes mit: Wie alltäglich versammelten sich am Montag etwa hundert Arbeitslose vor dem Feuerwehrdepotgebäude an der Ernt- und Donaustraßen-Ecke, um den nachmittags zur Verteilung gelangenden Arbeitsnachweis abzuholen. Als eine Frau, deren Gemann im Krankenhaus liegt, mit ihren Kindern sich in die Schaar der Arbeitslosen einreihen wollte, wurde sie plötzlich von einem der dort postierten Schutzeleute des Polizeireviers 3, Angenubener, Ecke Donaustraße, heftig am Arm gezogen, daß ihr das Fackel in die Hand rief. Im nächsten Augenblick trat auch schon ein zweiter Polizeibeamter hinzu und jetzt wurde die Frau über den Straßendammbaum nach dem Polizeirevier geschleppt. Ein im nächsten Handstreich stehender Mann, der auf die Frau beruhigend einredete und dieselbe ermahnte, mitzugehen, wurde gleichfalls mit nach der Wache genommen. Dasselbe Schicksal widerfuhr einem jungen Mann. Obwohl sich die in Haft Genommenen legitimieren konnten, wurden sie in die Zelle gesperrt und längere Zeit einbehalten.

Soweit die Mitteilung. Verwundert muß man sich fragen, was die Polizei veranlaßt, in so rigoroser Weise gegen Arbeitsuchende vorzugehen.

Wirft die Tatsache, daß eine Anzahl Polizeibeamte harmlose Arbeitslose, deren einziges Streben ist, Beschäftigung zu erlangen, gleich Rekruten in Reih und Glied stellt und bewacht, schon aufreizend, so muß gegen das uns geschilderte Vorgehen der Beamten entschieden protestiert werden. Daß durch das Ansammeln zahlreicher Arbeitsloser auch nicht die geringste Störung hervorgerufen wird, zeigt sich am besten in der Berliner, Ecke Weißbierstraße, wo gleichfalls die tägliche Ausgabe des Arbeitsnachweises erfolgt. Dort steht nur ein Polizeibeamter von der Polizeiwache der Salzenstraße. Wie uns versichert wird, verläuft die Ausgabe der Blätter hier in bester Ruhe und Ordnung. Vielleicht überlegt es sich der Vorsteher der Polizeiwache des 3. Reviers einmal, ob die Beamten sich nicht etwas rationeller verwenden ließen. Jedem scheint eine eindringliche Mahnung an die Beamten zur Ruhe und Besonnenheit dem Publikum gegenüber dringend am Platze.

Die Zwangsumschulungen von Gemeindefachschülern haben zu Beginn dieses Sommerhalbjahres wieder in manche Familie großen Verdruß hineingetragen. Infolge Platzmangels in den Gemeindefachschulen ist die Schuldverpflanzung genötigt, überzählige Kinder dahin abzugeben, wo die Ueberfüllung minder groß ist. In den ersten Tagen des neuen Halbjahres kehrt so manches Kind heim mit der die Eltern überraschenden Mitteilung, daß es plötzlich in eine andere Gemeindefachschule überwiesen worden ist. Das geschieht auch dann, wenn die Eltern gar nicht die Wohnung gewechselt haben. Kinder der 28. Schule am Mariendorfer Weg waren schon bei Schluß des Winterhalbjahres vertrieben worden, daß sie nach den Osterferien, vom Beginn des Sommerhalbjahres ab die 6. Schule in der Kniescheidestraße zu besuchen hätten. Sie taten das auch; nachdem sie aber vier Tage hindurch in dieser Schule am Unterricht teilgenommen hatten, wurde hier eine neue Umschulung vor-

genommen. Diesmal wurden Kinder der 6. Schule, auch solche, die eben erst von der 28. Schule gekommen waren, an die 12. Schule in der Thomaststraße abgeführt. Doch ist auch hier die Ueberfüllung so arg, daß z. B. in einer Klasse III 61 Kinder hineingesteckt werden mußten. Vielleicht ist diese zweite Umschulung noch nicht die letzte, da eine Prozentsatz von 61 Kindern in einer Klasse III unmöglich dauernd aufrechterhalten werden kann. Eltern schütteln verwundert den Kopf, wenn sie sehen, wie ihre Kinder in dieser Weise hin und her geschoben werden. Ja, dafür sind es ja auch „nur Volksschulkinder“!

Todesprung im Hieberrahn. Der 34 Jahre alte Postkaffierer Karl Weige aus der Wipperfstraße 23 lag seit einiger Zeit krank darnieder. In den letzten Tagen fieberte er auch stark. In der vergangenen Nacht um 1 Uhr hat er seine Frau, die an seinem Bette wartete, daß sie ihm etwas zu essen geben möge, da er plötzlich großen Hunger verspüre. Als die Frau daraufhin in die Küche ging, sprang er aus dem Bett, riß das Fenster auf und stürzte sich auf die Straße hinab. Durch diesen Sturz aus der im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung erlitt er so schwere innere und äußere Verletzungen, daß er tot auf dem Bürgersteige liegen blieb. Der Verstorbenen hinterläßt seine Frau mit zwei Kindern.

Dachstuhlbrand. Gestern nachmittag wurde die Neudöllner Feuerwehr nach der Permannstraße 81 gerufen, wo der Dachstuhl des Hauses in größerer Ausdehnung in Flammen stand. Da sich eine starke Rauchentwicklung geltend machte, erfolgte anfangs der Löschangriff über eine mechanische Leiter. Im ganzen wurde aus drei Höhen Wasser gegeben, die von einer Dampfbrühe gepeist wurden. Nach einflüchtiger Arbeit war der Brand unterdrückt, doch zogen sich die Aufklärungsarbeiten dann noch längere Zeit hin. Der Dachstuhl ist fast vollständig eingestürzt worden. Ueber die Ursache des Feuers war nichts festzustellen. Unfälle sind bei den Dacharbeiten nicht vorgekommen.

Lichterfelde.

Der vom Gemeindevorstand im vergangenen Monat herausgegebene Verwaltungsbericht der Gemeinde für 1912 enthält eine Reihe wichtiger Mitteilungen. Zunächst bescheinigt er die Notwendigkeit des mit vieler Mühe und nicht ohne geheimen Widerstand einzelner Gemeindevorstandsmitglieder ins Leben gerufenen kommunalen Fleischverkauf. In den beiden Monaten November und Dezember sind 27 473 Pfund Fleisch auf den Wochenmärkten durch die Gemeinde verkauft worden. Der Umsatz ist bis Anfang Februar 1913 auf 47 857 Pfund gestiegen. Ebenso hat sich der öffentliche Verkauf billiger Seefische durchwegs bewährt und die Beibehaltung dieser Einrichtung ist im Interesse der minderbesitzenden Bevölkerung aufrechterhalten zu wünschen. Der Umsatz betrug im vergangenen Jahre 29 279 Pfund. Die Bevölkerungszahl des Ortes betrug Ende 1912 43 300. An dem allgemeinen Wadgang der Geburtenziffer partizipiert auch Lichterfelde, und zwar mit 17,5 auf je 1000 Einwohner pro 1912 gegen 18,3 im Vorjahre. Die gesundheitlichen Verhältnisse des Ortes sind durchaus günstig; sie finden in der Verminderung der Sterbefälle von 10,0 pro Tausend der Bevölkerung gegen 11,5 des Vorjahres ihren Ausdruck. Allerdings trägt hieran die sogenannte „Gesundheitskommission“ keine Schuld, die während des ganzen Jahres zwei ganze Sitzungen abgehalten hat; den Rekord in der Mindestzahl der Sitzungen erzielte jedoch die „Friedhofskommission“, die nur einmal zusammentrat und deren Schlußfolgerung durch den Titel genügend gerechtfertigt erscheint. Von speziellem Interesse sind auch die Zahlen bezüglich der Stimmberechtigten bei den Gemeindevahlen und die prozentuale Beteiligung der einzelnen Klassen an der Wahl. Dabei muß zunächst festgestellt sein, daß die Verschlebung in den einzelnen Klassen im verflochtenen Jahre sich plautokratischer gestaltet haben.

Die Wähler der ersten Klasse haben sich um 358 vermindert; von 236 auf 226; die zweite Klasse hat nur ein Plus von 26 Wählern zu verzeichnen (1557 gegen 1531 im Jahre 1911) während die dritte Klasse einen Zuwachs von 267 Wählern zu verzeichnen hat (3343 gegen 3076). Die Wahlbeteiligung ist bei den Leuten mit dem größten Besitz und der höchsten Bildung am miserabelsten; nur 13,93 Proz. der Stimmberechtigten übten ihr Wahlrecht aus. Das ist eine vortreffliche Illustration zu der von bürgerlicher Seite oft gehörten Phrase von dem „Staatsbürgerlichen Pflichtgefühl“ und der „politischen Reife“ der Angehörigen der besitzenden Klasse. In der zweiten Klasse wählten 27,01 Proz. und in der dritten 33,72 Proz. der Stimmberechtigten. Am stärksten ist die Wahlbeteiligung in den Bezirken mit dichter Arbeiterbevölkerung. Der zweite Bezirk (umfassend „Chauffee“ und die angrenzenden Straßen) wies eine Wahlbeteiligung von 42,71 Prozent auf. Ein Kapitel von besonderer Bedeutung bildet das Unterrichts- und Bildungswesen. Es bestehen am Orte vier höhere und fünf Gemeindefachschulen. Die Zuschüsse betragen im Jahre 1912 insgesamt 529 755 M., im Verhältnis zu den Gemeindefachschulen erfordern die höheren Schulen den Löwenanteil. Was für diese in mehr als reichlichem Maße aufgewendet wird, müssen die Gemeindefachschulen auf allen Gebieten des Schulbetriebes entschren. Auf die enormen Unterschiede zwischen den Kosten, die ein höherer und ein Gemeindefachschüler der Kommune verursachen, haben wir erst jüngst hingewiesen. An den höheren Schulen antieren 98 Lehrkräfte bei einer Schülerzahl von 2292, während in den Gemeindefachschulen 82 Lehrkräfte für 3628 Schüler in Frage kommen. Auf eine Lehrkraft der höheren Schulen kommen demnach 24, auf eine der Volksschule 44 Schüler. Ein ebensolcher Unterschied besteht auch in der Qualität der rein technischen Einrichtungen in den höheren und den Gemeindefachschulen. Während in den ersteren durchweg alles von guter Qualität ist, sieht es in den Volksschulen etwas anders aus. So ist z. B. vor einiger Zeit in der Turnhalle der vierten Gemeindefachschule (Kommandantenstraße) ein Schüler bei der Uebung an einer Leiter abgestürzt, weil diese infolge der schwachen Holme zerbrach; ein anderer war rechtsseitig abgesprungen. Wir wissen nicht, ob der Gemeindevorstand von diesen Dingen Kenntnis hat; es wäre dringend zu raten, die Turngeräte in den Gemeindefachschulen einmal einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, um die Schüler und schließlich auch die Gemeinde vor Schaden zu bewahren. In den engen, dumpfen und unzureichend belüfteten Räumen des Armenhauses waren im Jahre 1912 9 Familien mit 25 Köpfen und 13 Einzelpersonen untergebracht. Es wird endlich Zeit, die Armen in anderen, menschenwürdigeren Räumen unterzubringen, wobei der Degerter des Armenwesens höchstwahrscheinlich auf nicht wenig Widerstand bei einer Anzahl Gemeindevorsetzern stoßen wird. Kaufmanns- und Gewerbegericht (beide auch für Zeltow) sind Institutionen, die hier nicht allzuhäufig in Anspruch genommen werden. So hatte das Gewerbegericht zwölf, das Kaufmannsgericht nur neun Mal unter Zuziehung von Beisitzern zu verhandeln. Die Summe der anhängigen Streitigkeiten betrug 196 gegen 180 im Jahre 1911.

Lichtenberg.

Eine Jugendfeier findet am Sonntag, den 13. April, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Lokal „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chauffee 5/6, statt. Mitwirkende: Berliner Volkshoch (Dirigent Dr. Ernst Jander), Herr Otto Wiemer, Regitation; Herr Emil Eichhorn, Ansprache. Da dieser Nachmittag ein genußreicher zu werden verspricht, ist das Erscheinen eines jeden jugendlichen Arbeiters und jugendlichen Arbeiterin sowie deren Eltern und Freunde der Arbeiterjugend unerlässlich. Eintritt für Jugendliche unter 18 Jahren frei, Erwachsene 30 Pf. Billets sind in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften und bei W. Schulz, Kronprinzenstr. 17, erhältlich.

Wannsee.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde über den Ertrag eines Ortsteils betreffs Nutzung der öffentlichen Wege beraten. Die Reinigung soll von der Gemeinde ausgeführt und mit einer Haftpflichtversicherungsgesellschaft ein Vertrag abgeschlossen werden, zu den Kosten werden dann die Grundbesitzer herangezogen. Weiter wurde über die Eingemeindung forstwirtschaftlichen Geländes zu Bedauungszwecken verhandelt. Der Zweckverband hat darauf hingewiesen, daß das betr. Gelände als Wald bestehen bleiben soll.

Mit diesem Bescheide will man sich aber nicht zufrieden geben. Ueber die Ausgestaltung der hiesigen Krankenliste in eine allgemeine Ortskrankenliste nach der neuen Reichsversicherungsordnung wurde beschlossen, die weiteren Schritte der Liste zu übertragen, da genügend Mitglieder vorhanden sind und die Zahl ständig wächst. Bewilligt wurden zu Kirchenkonzerten 200 M., und für die freiwillige Feuerwehr 300 M.

Ober-Schöneweide.

Aus dem Bericht über das Gewerbe- und Kaufmannsgericht für 1912 ist folgendes zu entnehmen (die in Klammern beigefügten Zahlen beziehen sich auf das Kaufmannsgericht):

Es wurden 182 (30) Klagen anhängig gemacht, davon von Arbeitnehmern 177 (28), von Arbeitgebern 4 (2). In einem Falle handelt es sich um Differenzen zwischen Arbeitern eines und desselben Unternehmers. Zur Erledigung der Klagen waren 251 (86) Termine nötig, die in 58 (26) Sitzungen abgehalten wurden; die größte Zahl aller Klagen 124 (18) wurde in einem Termin zur Entscheidung gebracht. Erledigt wurden von den Klagen 58 (9) Fälle durch Vergleich, 5 (1) durch Anerkenntnis, 12 (2) durch Klagezurücknahme, 41 durch Gesamtsurteil, 19 (3) durch Beurteilung nach dem Klageantrag, 15 durch teilweise Beurteilung nach dem Klageantrag, 23 (8) durch Abweisung, 4 (1) durch Inzuständigkeitsklärung, 6 (2) durch Nichterscheinen der Parteien.

Besetzt wurde in der Mehrzahl der Fälle — 110 — wegen der Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis, in 64 Fällen wegen gegenseitiger Enttragungen in Zeugnissen, Arbeitsbüchern usw. bezw. deren Nichtabhandlung.

Beteiligt an den Klagen waren das Baugewerbe und die Fabrikanten mit je 54, Gastwirte mit 13, Metzger mit 12, Bauwerksbetriebe mit 8, Bäcker und Konditoren mit 7 Klagen. Die an dem Gericht mitbeteiligte Gemeinde Niederschöneweide war mit 61 (14) Klagen vertreten. Wie wir noch hören, ist dem Einspruch gegen die Arbeitgeberliste für die bevorstehenden Wahlen der Gemeindevorstand entgegengetreten, als aus der Wählerliste alle Werkführer oder Meister aus den großen Werken gestrichen wurden, welche dort als Arbeitgeber figurierten; nur die Obermeister sollen weitergeführt werden.

Rahnsdorf.

Die Gemeindevorstellung beschloß in ihrer letzten Sitzung die Einführung einer Biersteuer, deren Ertrag auf rund 1700 M. beziffert wurde. Ausschlaggebend für die Einführung dieser Steuer scheint zu sein, daß der Gemeindevorstand auf 100 Proz. stehen bleiben kann, damit Rahnsdorf den umliegenden Gemeinden etwas voraus hat. In der darauf folgenden Erörterung teilte dem auch der Gemeindevorsteher mit, daß durch erhöhte Sparsamkeit und Vermeidung unnötiger Ausgaben es möglich gewesen sei, mit dem bisherigen Steuerzuschlag von 100 Proz. auszukommen. Berechnet wird damit, daß noch in diesem Jahre Wilhelmshagen der Gemeinde Rahnsdorf eingemeindet wird. Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 126 000 M. Die Einnahmen betragen aus den Steuern rund 67 000 M.; veranschlagt ist die Gemeindefachschulleistung mit 16 000 M., die Grundbesitzer mit 25 000 M., die Umsatztsteuer mit 10 000 M., die Wertzuwachs- und Biersteuer mit je 1750 M., der Zuschlag zur Gewerbe- und die Hundsteuer mit 1000 M., bezw. 1200 M. Angenommen wird, daß in diesem Jahre von den vorausgelagten Pflasterkosten, die zur Aufschließung eines ausgedehnten Geländes aufgewendet wurden, der Gemeindevorstand 15 000 M. zurückhält werden. Für Gelder und Dienstbezüge stellt der Etat 14 000 M. in Ausgabe. Neben sächlichen Verwaltungskosten, die 3000 M., und Personalität des Amtes und Standesamts, die 6000 M. erfordert, sind für Kreisabgaben 6000 M. und für Straßenreinigung und Instandhaltung der Promenaden 13 000 M. vorgesehen. Die Ausgaben für die Schule haben keine Veränderung erfahren, dagegen sind für die Verwaltung des Friedhofes in diesem Jahre 1600 M. ausgeworfen worden. Im Laufe des Jahres sollen die Reifwegstraße in Rahnsdorf-Wahl sowie die Straßen auf der Insel in Hefenwinkel reguliert, die Zugangsweg vom Bahnhof Wilhelmshagen nach Hefenwinkel und die Stege in der Bahnhofsstraße in Rahnsdorf-Wahl neu hergestellt und die schon früher beschlossene Verformung der Hauptstraße mit Gas ausgeführt werden.

Kallberge-Rudersdorf.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst beschäftigten sich die Vorordneten nochmals mit der Angelegenheit betr. Zuschlag an das projektierte Kreiswasserwerk. Aber auch diesmal wurde keine Einigung erzielt. Die Sache wurde schließlich zur nochmaligen Durchberatung an die Wasserwerkskommission zurückverwiesen. — Der Brückenbau hat eine Mehrausgabe von rund 8000 M. verursacht. Diese soll durch Entnahme von 10 000 M. aus dem Elektrizitätsverfassungsfonds gedeckt werden. Der Rest dieser Summe soll für Pflasterkosten Verwendung finden. — Der Antrag, den Kindern der höheren Klassen der hiesigen Volksschule unentgeltliche Badegelegenheit in der staatlichen Badeanstalt am Kallsee zu verschaffen, wurde angenommen. Diese Einrichtung kommt ungefähr 250 Kindern zugute. Als Abfindung beantragt der Badeanstaltsbesitzer 150 M. u. a. wurden noch dem Bürgerverein für Kallseeswende 250 M. zur Verfügung gestellt. Bei dieser Gelegenheit wurde angeregt, daß auch die Straßenbahnverwaltung etwas Beklame für den Ort machen möchte, da sie zu diesem Zwecke gute Gelegenheiten hätte. Darauf entgegnete der Straßenbahndirektor Koeppich, daß dadurch natürlich ein stärkerer Verkehr bewirkt werden würde und die Benzolfahrt denselben dann nicht bewältigen könnte. Schon während der Osterfeiertage hätte der Verkehr nur mit knapper Not bewältigt werden können. Diese Argumentierung klingt sehr sonderbar. Bei der Besprechung der Bahnanangelegenheit wurde der Vorschlag gemacht, die Straßenbahn elektrisch auszubauen, da es mit dem Benzolbetrieb, wie die Erörterungen bereits bewiesen haben, eine recht heisse Sache sei. Direktor Koeppich meinte, daß sich der Kostenpunkt des elektrischen Betriebes mit dem des Benzolbetriebes etwa gleichstellen würde. Natürlich wäre der elektrische Betrieb aber ein viel sicherer. — Vorkünftig sollen die Resultate der Experimente auf Verbesserung des Benzolwesens abgemartet werden, die gegenwärtig ein Konstruktions der Deutzer Maschinenfabrik unternimmt.

Pantow.

Die Gemeindevorstellung stimmte in ihrer Sitzung am Dienstag der Errichtung einer neuen Stelle für eine wissenschaftliche Lehrerin an der neuen Mädchen-Volksschule zu. — Ferner erklärte sich die Vertretung damit einverstanden, daß bei Schadloshaltung der Armenverwaltung an hiesigen Kostplätzen zufallenden größeren Mitteln ein Betrag von 300 M. reserviert wird, der im Bedarfsfalle für Ausbildung der Kinder für ihren späteren Lebensberuf oder ähnliche nützliche Zwecke Verwendung finden resp. ihnen mit Eintritt der Großjährigkeit ausbezahlt werden soll. — In einer erheblicheren Debatte gab die Mitteilung des Bürgermeisters Veranlassung, daß es ihm gelungen sei, durch Vermittelung der Landesfunktkommission vom Kultusminister die geldwerte Ueberweisung eines pflanzlichen Kunstwerkes zur Aufstellung im hiesigen Bürgerpark zu erwirken. Das Werk entspricht einem Werte von etwa 13 000 M., es werden der Gemeinde nur die Kosten der Aufstellung zur Bedingung gemacht, was etwa 2000 M. erfordern dürfte. Von bürgerlicher Seite wurde der Wunsch ausgesprochen, das Werk nicht im Bürgerpark sondern an einer anderen geeigneten Stelle im Orte zur Aufstellung zu bringen. Dieser Vorschlag fand jedoch keine Gegenliebe, da fast allgemein der Bürgerpark als der geeignete Ort angesehen wurde und außerdem die Ueberweisung ausdrücklich für den hiesigen Bürgerpark erfolgt ist. Es wurde dem auch demgemäß beschlossen und für die Aufstellung die Summe von 2000 M. bewilligt. — Dann stimmte die Vertretung nach einem Vertrage mit der Gemeinde Pantow zu, nach welchem letzterer Vertrag vom Pantower Wasserwerk auf die Dauer von 20 Jahren zum Preise von 20 Pf. pro Kubikmeter geliefert werden soll. — Darauf geheime Sitzung.

Notawes.

Die Gemeindevorstellung bewilligte in geheimer Sitzung gegen die Stimmen unserer Genossen 500 M. für den aus Anlaß des

Devorsteckenden Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers zu bildenden Veteranenfonds. Unsere Genossen hatten beantragt, den am Orte wohnenden etwa 90 Kriegsveteranen eine einmalige Unterstützung von je 20 M. zu gewähren, so daß die Gesamtausgabe 600 M. betragen hätte. Die Veteranen hätten es gewiß auch lieber gesehen, wenn ihnen die beantragte Summe bewilligt worden wäre, statt daß die 500 M. einem Fonds zufließen, dessen Zinsen, auf die große Zahl der Bedürftigen verteilt, ja nicht mehr als einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten werden.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Budow. Heute Freitag, den 11. April, abends 7 1/2 Uhr, im Hermann-Rohrbach'schen Lokal, Dorfstraße.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Der Segen des Hungerjahres.

Aus Trier wird uns geschrieben: Die alljährlich finden um diese Zeit in Trier die großen Weinversteigerungen statt. An ihnen ist auch Freiherr v. Schorlemer — Preußens Landwirtschaftsminister — sehr hervorragend beteiligt. Es kamen am Dienstag die Erzeugnisse aus dem Jahre 1911 zum Verkauf. Wie noch allgemein erinnerlich, hatte dieses Jahr infolge der anhaltenden Trockenheit eine ungeahnte Steigerung der Lebensmittelpreise im Gefolge, so daß es nicht mit Unrecht von weiten Volkskreisen als Hungerjahr bezeichnet wurde. Für die großen Weingutsbesitzer und damit auch für den Herrn Landwirtschaftsminister war das Hungerjahr ein wahres Goldjahr. Die Weinerte war so groß, daß die Versteigerung in mehreren Terminen erfolgen mußte. Bereits vor Weihnachten erzielte der Herr Minister die Kleinigkeit von etwa 250000 M. aus der Versteigerung, und bei der am 8. d. M. stattgefundenen wurden wahre Rekordpreise erzielt. Einzelne Sorten kamen das Jahr auf 5000—8000 M. und Zellinger erreichte sogar den Betrag von 10650 M. Im ganzen erhielt der Minister für neunzig Fuder 302770 Mark. Eine weitere Versteigerung im Herbst wird ihm wohl noch weitere 300000 M. bringen, so daß das Hungerjahr 1911 dem Herrn Landwirtschaftsminister einen ganz netten Entschädigungslohn einbringen dürfte.

Trotz der großen Einnahmen der Schorlemer'schen Gutsverwaltung scheint der verkleidende Heberschuh nur sehr gering zu sein, denn sonst wären die Klagen der Gutsarbeiter über ungenügende Entlohnung ganz verständlich. Haben doch selbst katholische Arbeitervereine öffentlich gegen die geringe Entlohnung der Schorlemer'schen Arbeiter protestiert. Da ist es wenigstens ein Glück, daß der Herr Landwirtschaftsminister durch allerlei wohlfeile Rezepte und Empfehlung des Pferdefleisches, das seiner Ansicht nach einen günstigen Eiweißgehalt besitzt, nach besten Kräften zur Bedung der Lage der Arbeiterschaft beiträgt.

Appetitwürstchen.

Liebliche Würstchengeheimnisse sind in einem Urteil des Landgerichts Augsburg festgelegt worden. Es ist nachgewiesen, daß im Schlachthofe die weiblichen Geschlechtsteile der Schweine nicht, wie anderwärts, beseitigt und sofort vernichtet werden, sondern sie werden mit nach Hause genommen und verwurstet. Der wegen Raubmittelfälschung angeklagte Metzgermeister Friedl hat seit fünf Jahren mangelhaft gereinigte Geschlechtsteile zur Herstellung von Leberwürsten verwendet. Er wurde zu einhundert Mark Geldstrafe verurteilt. Und die anderen Kollegen vom Hacktrod?

Spionerie.

Auf die Straßburger Meldung eines Berliner Blattes, daß man in Colmar private drahtlose Verbindungen mit dem Pariser Eiffelturm entdeckt hätte, und es sich dabei um offenkundige Spionage handelte, ist nach einem offiziellen Telegramm aus Straßburg folgendes festzustellen: In mehreren Privathäusern und Schulen in Colmar und Mey haben seit einiger Zeit Physiklehrer und sonstige Fachmänner Empfangsapparate für drahtlose Telegraphie, also keine Gebetsstationen, angebracht, um mit diesen Apparaten die Zeitsignale des Eiffelturms, Feststellung der Mittagstunden usw. abzunehmen. Für einige dieser Apparate war die Genehmigung der Oberpostdirektion vorhanden, während anderen Besitzern solcher Empfangsstationen, denen die Anzeigepflicht bei der Postbehörde nicht bekannt gewesen ist, jetzt die Auflage zugeht, die Apparate zu beseitigen. Bei der ganzen Angelegenheit handelt es sich lediglich um wissenschaftliche Spielereien oder Experimente. Angenommen, daß es sich um Spionageakte handelte, liegt kein Grund vor.

Kleine Notizen.

Selbstmord eines Soldaten. Ein Soldat der dritten Kompagnie des 52. Infanterieregiments in Gleiwitz erschoss sich mit seinem Dienstgewehr, das er mit einer Flaspistone geladen hatte. Ueber das Motiv zu dem Selbstmord ist nichts bekannt.

Lebendig begraben. Bei Auffärbungsarbeiten an Bahndämmen in Wanne wurden zwei Arbeiter von Erdmassen verschüttet. Einer der Verunglückten war nach seiner Befreiung erstickt, während der andere lebensgefährliche Verletzungen davongetragen hat.

Der Alkohol. Eine Bluttat ereignete sich in dem pommerischen Dorfe Radessa am 7. April nach der Kontrollversammlung. Infolge reichlichen Alkoholgenußes entstand zwischen den Militärpflichtigen ein Streit, der in einer Schlägerei endete. Der Arbeiter Hochhaus aus Friedrichroda ergriff eine Faustlatte und schlug damit den Arbeiter Gewelddt aus Kollau nieder. Dem Geschlagenen wurde der Schädel zertrümmert, so daß der Tod sofort eintrat. Der Geiörete hinterläßt eine Frau mit einem Kinde sowie seine Eltern, deren Ernährer er war. Der Täter wurde verhaftet.

Der Knus des Böllerschießens. Bei dem feierlichen Einzuge eines neuen Dechanten der Kirche in Oberlaibach wurde der Gottesmann mit Böllerschüssen bewillkommt. Dabei explodierte eine Quantität Pulver; drei Kinder wurden so schwer verletzt, daß sie an den Brandwunden starben. Die Mutter des einen Kindes wurde über den schmerzlichen Verlust wahnsinnig, zündete ihr Haus an und fand den Flamme-rod.

Von Rechts wegen. Wie aus La Rochelle berichtet wird, hat der dortige russische Konsul die gesamte Befähigung des russischen Dreimaßers 'Balzer' verhaften lassen, weil die Mannschaft sich geweigert hatte, infolge der schlechten Ernährung wieder an Bord zu gehen. Unter der Mannschaft sollen sich auch mehrere deutsche Matrosen befinden.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Nowawes. Am Sonntag, den 12. April, nachmittags 2 1/2 Uhr: Desseitliche unpolitische Jugendversammlung in Singers Volksgarten. Tagesordnung: Die Arbeiterjugend am Scheidewege. Referent: Herr Erwin Raumann-Adlerhof. Nach dem Vortrage freie Aussprache. — Die Arbeiterältern werden ersucht, ihre schulenlosen Kinder auf diese wichtige Versammlung aufmerksam zu machen und selbst zahlreich zu erscheinen.

Arbeiter-touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 12. April: Wanderungen I. Gr. Kreuz—Kehlin—Beelit. Abfahrt nach Gr. Kreuz Potsd. Fernbf. 5.35. — II. Bus—Garinsee—Damsmühle—Stolpe. Abfahrt nach Bus Stett. Bf. 6.40. — Gäfte willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 12. April: I. Saumbärentour. Abfahrt 5.40 Potsd. Bahnhof bis Werder—

Ständen—Fehow—Schwielowsee—Mittelbusch—Fersch—Gr. und M. Hienemühle—Nahendorf. — II. Wanderschaft nach Grüneberg—Drechsler—Grundmühle—Neuenhof—Kehlin—Sellers Teerofen—Sachsenhausen—Trantenburg. Abfahrt 7.42 Stettiner Hauptbahnhof. Gäfte willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Die Naturfreunde“. Sitz Berlin. Wandertouren: 1. Strausberg—Zielensee. Abf. Schlf. Bf. 6.33 vorm. 2. Jossen—Großbeeren. Abf. Potsd. Ringbf. 6.38 vorm. 3. Ludwigshöhe—Kreuzberg. Abf. Kfz. Bf. 6.15 vorm. 4. Wannsee—Potsdam. Abf. Schlf. Bf. 7.00 vorm. 5. Friedrichsagen—Röpenitz. Abf. Schlf. Bf. 1.33 nachm. 6. Rindertour: Kaulsdorf—Sadoma. Treffpunkt: I. Bf. Wedding (eing. Reiterhofpl.) 7.30 vorm. II. Schlf. Bf. 8.00 vorm.

Deutscher Arbeiter-Abkündendend. Ortsgruppe Berlin. Freitag, den 11. April, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15 (Saal 5): Versammlung. Vortrag des Genossen Kay Dähler: „Alkohollismus und Raubkolonien“. Diskussion. Gäfte willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (G. S. 20). Hamburg. (Zentrale Baumhulenkweg) Den Mitgliedern, welche in Leipzig wohnen, zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 12. April, abends von 8 1/2—10 Uhr, im Lokal von Jul. Schmidt, Nieshofstr. 22, luffiert wird.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 28. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die neue Weltvorlage. Von H. Ströbel. — Diegenen Welt. Von Ant. Kanneker. — Der Kampf gegen den Militarismus in Frankreich und der Kongress in Brüssel. Von Ch. Kappoport (Paris). — Die Independent Labour Party. Von A. Sasse (London). — Das Proportionalwahlrecht. Von J. Leder. (Schluß.)

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Die Jungfrau am Scheidewege. Bearbeitet von Ingenieur C. Reben. 1.10 M. Selbstverlag Berlin N. Schönhauser Allee 84.

Ein Isl. presh. Oberkonfessionarist als Detektiv und Psychiater. Von A. Palm. 60 Pf. Selbstverlag in Bielefeld.

Die weichen Blutgefäße der Erregter sämtlicher Krankheiten. Von W. Gromel. 1 M. Verlag „Kritikgeschicht“, Berlin-Nikolaifeld.

Zur Verlässlichkeit. Von Prof. Dr. C. Rindermann. C. G. Moritz, Stuttgart. 2 M., geb. 3 M.

Marktpreise von Berlin am 9. April 1913, nach Ermittlungen des k. n. l. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20.01 bis 20.20, mittel 19.72—19.88, geringe 19.40—19.56. Roggen, gute Sorte 16.22—16.25, mittel 16.16—16.19, geringe 16.10—16.13 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16.20—16.20, mittel 16.00—16.10, geringe 15.00—15.50. Hafer, gute Sorte 17.50—19.70, mittel 16.40—17.40 (frei Wagen und ab Bahn). Mais (mitrd), gute Sorte 14.70—15.00, Mais (runder), gute Sorte 15.20—15.60. Weizenroh 4.70. Gerst 6.00—7.60.

Markthallenpreise: 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30.00—50.00. Speisebohnen, weiße 35.00—60.00. Erbsen 35.00—60.00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 5.00—8.00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Steile 1.60—2.40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1.30—1.80. Schweinefleisch 1.60—2.00. Kalbfleisch 1.40—2.40. Hammelfleisch 1.50—2.40. Butter 2.40—3.00. 60 Stück Eier 3.00—5.00. 1 Kilogramm Karotten 1.20—2.40. Mais 1.60—3.20. Haber 1.40—3.60. Heide 1.40—2.00. Barke 1.00—2.40. Schlei 1.60—3.20. Slei 0.80—1.00. 60 Stück Kräfte 2.40—45.00.

Was schenkt die Natur dem Kinde? Von Minna Wandtke. Kart. 1 M. B. G. Teubner, Leipzig und Berlin.

Witterungsübersicht vom 10. April 1913.

Stationen	Barometer humb. min.	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. d. Luft n. d. Boden	Stationen	Barometer humb. min.	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. d. Luft n. d. Boden
Schwetzingen	753.3	SE	3	bedeckt	5	Saparanda	739.3	SE	6	wolfig	1
Darmstadt	753.3	4	Regen	5	Petersburg	753.3	EO	1	Regen	1	
Berlin	756.3	6	bedeckt	4	Schiff	768.3	SE	4	wolfig	8	
Frankfurt a. M.	761.3	1	Regel	4	Kopenhagen	762.3	SE	2	bedeckt	4	
München	762.3	8	wolfig	4	Paris	765.3	SE	2	bedeckt	3	
Wien	759.3	8	Wind	4							

Weiterprognose für Freitag, den 11. April 1913.
N.M., zunächst vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich starken nordwestlichen Winden; später zeitweise aufklarend. Berliner Wetterbureau.

Die neuen **Condor-Schuhe**



In jeder Beziehung unübertroffen

Damen-Knopfschuhe. Die grosse Mode!

- l. Chromleder, 4 Knopf, Lackkappe 650
- braun Chevreau, 4 Knopf, sehr fest 750
- Chevreau, 4 Perlmutterknöpfe, Lackkappe 875
- Hell Mode-Kalbleder, 3 grosse Knöpfe, aparte Einsätze, Orig. Goodyear-Welt 1050
- Lack, 4 Knöpfe, farbige Einsätze 890
- Schnürschuhe, schwarz und farbig:** 675 750 850 1050 1250
- Chevreau, in den Hauptpreislagen:

Lack. — Die grosse Mode!
Damen-Schnürschuhe, leicht und solid 750



Unsere Spezialität: Condor-Patent-Herren-Schnürstiefel ohne zu schnüren. — Wunderbar bequem!

Hauptpreislagen: 1150 1250 1550 1750

Schuhwarenfabrik **Conrad Tack & Cie. Akt.-Ges. Burg b. M.**

Katalog umsonst

129 Verkaufsstellen im Deutschen Reiche, davon 21 in Berlin und Umgegend:

Personal über 2000

- C. Spillmeierstr. 15
- W. Schillstrasse 16
- NW, Beusselstrasse 29
- N, Reinickendorfer Str. 23
- O, Andreasstrasse 50
- SO, Oranienstrasse 31
- C. Rosenthaler Strasse 14
- NW, Turmstrasse 41
- N, Friedrichstrasse 127
- N, Brunnenstrasse nur 37
- O, Frankfurter Allee 135
- SO, Wrangelstrasse 49
- W, Potsdamer Strasse 50
- NW, Wilsener Strasse 22
- N, Müllersstrasse 3
- N, Danziger Strasse 1
- SO, Oranienstrasse 2a
- SW, Friedrichstr. 240—241
- Charlottenburg
n. d. Wilmersdorfer Strasse
122—123
- Neukölln: Bergstr. 30—31
Potsdam:
Brandenburger Strasse 54

